D 2442 F

DISKUS

Frankfurter Studentenzeitung
19. Jahrgang · Nr. 1/2 · Jan./Febr. 1969
Preis 1,— DM · Studenten 50 Pf

Was die Studenten in Frankfurt gelernt haben

Die Notwendigkeit einer historischen Analyse der Frankfurter Studentenrevolte ergibt sich aus folgenden objektiven Schwierigkeiten der politischen Situation an der Hochschule; wobei die Schwierigkeiten sich am deutlichsten gegenwärtig bei den Soziologen zeigen. Insofern könn-

macht an der wissenschaftlich-aufklärerischen Reflexion des Individuums, nicht aber an der Möglichkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel allgemein und der Kollektivierung des Produktionsmittels Wissenschaft im besonderen. Zweitens pro-

Da der „Schulfrieden" von der Schulautorität

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn

www.frankfurt-uni68.de

und Fakultäten abgeben.

Ungleichzeitigkeit

Analog der Ungleichzeitigkeit innerhalb der politisch aktiven Studenten der Gesamtuniversität, gibt es konkrete Ungleichzeitigkeiten bei den Teilnehmern der selbstorganisierten Arbeitsgruppen. Hier muß betont werden, daß es sich um objektive Schwierigkeiten handelt und nicht um ein Scheitern oder „Abbröckeln", wie es manche Leute offenbar wünschen. Das heißt, es besteht berechtigte Hoffnung, daß das Aufzeigen objektiver Schwierigkeiten zu deren Überwindung beiträgt.

Drei Gruppen von Teilnehmern mit dreierlei verschiedenen Bedürfnissen an der Selbstorganisation von Arbeitsgruppen lassen sich ausmachen: die einen nahmen teil, um Informations- und Verständnislücken die bisher gelehrte Frankfurter „kritische Soziologie" betreffend aufzufüllen, also wissenschaftstheoretische Diskussionen mit denjenigen zu führen, bei denen sie dieses Wissen vermuteten. Die zweite Gruppe verband mit der Abschaffung der Professoren und Lehrbeauftragten als Autoritäten das Bedürfnis, deren vorgegebene Themenstellungen und wissenschaftlichen Gegenstände abzuschaffen und an deren Stelle eigene Bedürfnisse nach „Organisation und Emanzipation" zu setzen. Die dritte Gruppe schließlich sah die Notwendigkeit, mit der Kritik am bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb unter Herrschaft der Ordinarien und der Diskussion anderer Wissenschaftsinhalte und -formen gleichzeitig politische Forderungen nach einem „autonomen Bereich" der Studenten zu verbinden. Aus diesen drei legitimen und notwendigen Bedürfnissen ergibt sich eine Ungleichzeitigkeit des Bewußtseins der Arbeitsgruppenteilnehmer, die notwendig zu Konflikten und Organisationsschwierigkeiten führen mußte.

Sackgasse

Dieses erste Dilemma konstituierte mittelbar ein zweites:

Die Hoffnung aller aktiv Streikenden, die Professoren (Habermas, Friedeburg und Adorno) würden den erkämpften Freiheitsspielraum der Selbstorganisation des Studiums institutionell absichern, hat sich nicht erfüllt. Zwar haben sich diese Professoren unter dem Druck der studentischen Argumente mehr und mehr „entlarvt", aber die Entlarvung hat keine Auswege aus der Sackgasse gezeigt, in die die Irrationalität der Professoren und der Bürokratie die Studenten gedrängt hat.

Projektion

Für die Irrationalität der Professoren gibt es zwei Erklärungen, die hier angedeutet werden müssen:

eine liegt im Wesen der hier betriebenen „kritischen Soziologie" begründet. Pauschal hat die „Frankfurter Schule" gesellschaftliche Veränderungen vorwiegend fest gegung: das heißt, die technokratische Hochschulreform entmachtet die Ordinarien als wesentliche Herrschaftsträger feudaler Autonomie der Universität zugunsten der Eingliederung der Hochschule in die Fungibilität des autoritären Staates. Die dazu notwendigen Maßnahmen der Staatsbürokratien sollten — auf eine längere Zeitspanne verteilt — hinter dem Rücken der Studentenmassen (und eines Teiles der Professoren?) getroffen werden. Die Öffentlichkeit des aktiven Streiks und der Selbstorganisation der Fächer und Fakultäten haben diese langfristige Taktik zunichte gemacht und dadurch diese Maßnahmen beschleunigt. Diese Beschleunigung wird dem politisierten Teil der Studenten von diesen linken Professoren als „Faschismus-Stalinismus" vorgeworfen. Darüber hinaus erklärt es die Vorliebe dieser Professoren für den Schütte-Entwurf eines hessischen Hochschulgesetzes, denn dieser Entwurf wirft den Ordinarien eine Garantie eines winzigen Teiles ihrer ehemaligen Macht als Köder hin.

Naivität

Wenn die Professoren meinen, sich mit ihrer Taktiererei gegen die Studenten vor der Entscheidung drücken zu können, ob sie mit der Bürokratie die Hochschule in ein Instrument der Unterdrückung verwandeln wollen, oder mit den Studenten den Widerstand gegen diese Unterdrükkung aufnehmen wollen, so ist das eine Naivität, die wenn nicht sie selber, so doch die spärlichen Reste ihrer „kritischen Wissenschaft" teuer zu stehen kommen kann. Die historische Analyse der Frankfurter Studentenrevolte kann die Voraussetzung einer mittel- oder langfristigen Strategie nur in soweit klären, als es Mobilisierungs- und Bewußtseinsstand der Studenten bzw. Arbeitsgruppenteilnehmer analysiert und damit ihre Kampfbereitschaft prognostiziert.

3 Phasen

Gegen Notstandsgesetze

Die aktiven Streiks für die Selbstorganisation durch die Studenten haben eine zweite Phase der Hochschulrevolte in Ffm. eingeleitet: Die erste Phase beginnt etwa mit den ersten tendenziell sprachlosen Aktionen anti-autoritärer Minderheiten, mit Go-ins, die den Angriff auf die Person des Ordinarius (einfach Ordinarienbekämpfung) als Träger und Stabilisator unterdrückender Funktionen im einseitigen Kommunikationszusammenhang Universität zum Inhalt hatten. Die erste Phase endete mit der Blockade der Societätsdruckerei, den Aktionen gegen die NS-Gesetze, der Rektoratsbesetzung, der Zerschlagung der Politischen Universität durch die Polizei.

Für diese Aktionen war charakteristisch, daß sie relativ abstrakte Ziele beinhalteten und auch relativ abstrakt legitimiert wurden. Mit den individuellen Bedürf-

(Fortsetzung auf Seite 3)

... dennoch wird, werden wir auch manchmal den Schulfrieden stören müssen

I. Aus „beobachter — eine Zeitschrift von Schülern der Ziehenschule" (6 Ffm. 50, Postfach 16):

„Es ist schon seit langem kein ‚beobachter' mehr erschienen. Dies ist der erste seit langer Zeit.

Die frühere Redaktion des ‚beobachters' hat zum einen Schwierigkeiten mit dem Geld. Wenn man nämlich eine herkömmliche Schülerzeitung macht, kostet die finanzielle Seite mehr Zeit als das eigentlich Wichtige, das Schreiben. Zum andern hatte man als ‚Schülerzeitungsredakteur' trotz des heimlichen Stolzes das unbestimmte Gefühl, irgendwo in der Luft zu hängen.

Die Redaktion ist eine Elite mit Hierarchie wie in der sogenannten ‚Erwachsenenwelt'. Die Zeitung selbst ist fein und sauber, mit relativ großem finanziellen Aufwand hergestellt. Der Inhalt ist die Entsprechung zur braven Form: harmlos, dümmlich, streberhaft, die Gebetsmühle der Untertanenfabrik. Kreuzworträtsel, öde Berichte von würdigen Feiern, langweilige Geschichten, Schulklatsch, Bücherbesprechungen, die niemand interessieren, Geschichten ‚für die Unterstufe', die die ‚Kleinen' für dümmer verkaufen, als sie in Wirklichkeit sind — das macht die traditionelle Schülerzeitung aus, das macht sie zur Zeitung der Schule, zum offiziellen Chronikblatt, zum aufgelockerten Amtsblatt der Schulfamilie, genau wie die SMV zur ‚Spielwiese der formierten Gesellschaft'. Wenn dann ein politischer Artikel drinsteht, vielleicht sogar ein kritischer, hat das nicht viel zu sagen. Es vermittelt den ‚jungen Menschen' nur das Gefühl, selbständig zu sein, nicht zensiert zu werden. In Wahrheit aber — und das muß erst gesagt werden, weil die Unbeteiligten das oftmals nicht merken — findet Zensur statt. Teils massiv, teils weniger massiv, teils direkt, teils indirekt. **Selbstzensur ist noch am häufigsten anzutreffen. Man läßt Kritik schon gleich sein, weil es doch zwecklos ist. Und wer am meisten betrogen wird, ist der Schüler selbst, der ‚normale Schüler', versteht sich. Ihm wird auf die Nase gebunden, das Blatt, das er viermal im Jahr kauft, sei von einem ‚Schülerredakteur' für ihn geschrieben.** — Eine der vielen wohlklingenden Lügen, die einem im Laufe der Zeit in der Schule aufgetischt werden. Schülerzeitungsarbeit aber darf nicht zum Selbstzweck werden, es dürfen keine kostspieligen Blättchen gemacht werden, deren Aufmachung nur vortäuscht, daß sie gelesen werden.

Wir werden versuchen, in Zukunft eine Schülerzeitung zu machen, die von euch gelesen wird. Wir werden mit der Finanzierung so gut wie keine Probleme haben. Dafür müßt ihr halt auf Buchdruck, schöne Fotos und andere Nebensächlichkeiten verzichten. Der ‚beobachter' wird dann auch öfter erscheinen. Mit vielleicht nur einer Seite. Mal wird er ein paar Pfennig kosten, mal nicht. Zu ganz aktuellen Dingen werdet ihr von heute auf morgen etwas lesen können. Wir bekommen von niemand Subventionen und werden im ‚Kollegium' bestimmt nicht auf Zustimmung, eher auf das Gegenteil treffen. **Auch Lehrer können übrigens bei uns schreiben. Genau wie jeder von euch. Mit einer Einschränkung. Wir drucken nicht jede Meinung. Wir, die diese Zeitung gleichberechtigt herausgeben, sind uns in bestimmten Grundfragen einig. Diese Schülerzeitung ist also tendenziös. Wir vertreten eine bestimmte Richtung, wir sind nicht objektiv. Die ‚Objektiven' vertreten eh nur die Interessen der Herrschenden.** Aber was wir damit genau meinen, ist hier nicht abstrakt zu erklären. Das hat mit der Qualität ihres Inhalts nichts zu tun. Wir erheben auch gar nicht den scheinheiligen Anspruch, die Schülerzeitung der Ziehenschüler zu sein. Wieso soll es denn an unserer Schule nicht zwei, drei oder mehr Schülerzeitungen geben? Ihr werdet ja Auffassungen dieser Redaktion, die keinesfalls einheitlich sind, im Laufe der Zeit kennenlernen. Vielleicht muß noch eine Unklarheit beseitigt werden. Es mag sein, daß wir eines Tages auf dem Schulhof nur ein Blatt verteilen. Auf dem kann stehen: ‚beobachter 34', es kann auch draufstehen ‚beobachter sondernummer 3'. Nun könnte, dies ist rein theoretisch, jemand kommen und die Auffassung vertreten, wir verteilen ein Flugblatt, und dies müsse vom Direktor genehmigt werden. Das ist nicht richtig. Im ‚Erlaß über die Schülerzeitungen und die Schulzeitungen in Hessen' (Erlaß vom 13. 8. 1964, Amtsblatt Seite 526) steht: ‚Schüler- und Schulzeitungen sind periodische Druckschriften, auf die das hessische Gesetz über Freiheit und Recht der Presse . . . Anwendung findet.' Die Voraussetzung für Pressefreiheit im Rahmen der allgemeinen Gesetze, für Unabhängigkeit von der Schule, für freien Verkauf auf dem Schulgelände ist also eine ‚periodische Druckschrift'. Damit ist noch nicht einmal die exakte, regelmäßige Erscheinungsweise gemeint. Interpretierte man ‚periodisch' so, gäbe es überhaupt keine Schülerzeitungen. Es gibt bereits einige hektographierte Schülerzeitungen in Hessen. Sie gelten als ‚Druckschriften'. Wir sind also nicht verpflichtet, den ‚beobachter' in präziser Reihenfolge erscheinen zu lassen, wir können Sondernummern verteilen, auch wenn sie nur eine Seite stark sind — wir machen also eine Schülerzeitung und genießen folglich dieselben im Erlaß aufgeführten Rechte wie alle anderen Schülerzeitungen, auch, wenn man vielleicht von Optik und Inhalt her anderes gewohnt ist und auch, wenn das manchem gar nicht gefällt.

Wie gesagt, wir werden versuchen, zu schreiben, was uns alle angeht. Und uns geht vor allem die Schule an. Um es ganz deutlich zu machen, es interessiert niemanden, welchen Kanon wer auf welcher Feier gesungen hat, es interessiert niemanden, welche Hofetikette dort üblich ist. Was im Unterricht geboten wird, wie und von wem, ist doch wesentlich wichtiger. Da der ‚Schulfrieden' von der Schulautorität definiert wird, werden wir auch manchmal den ‚Schulfrieden' gefährden müssen. Kritik sollte entgegen blödsinnigen Einwänden wie; ‚Wo kämen wir dahin!?' nicht vor den Schultoren haltmachen. Warum sollen nicht auch Lehrer Zensuren erhalten? Warum kann nicht in einer Schülerzeitung stehen, was ein bestimmter Lehrer gesagt hat und daß es falsch ist?

Im ‚beobachter' wird stehen, welche Aktionen und Veranstaltungen an unserer Schule und in Frankfurt stattfanden und stattfinden werden. Was z. B. praktisch in der PAZ (‚Politische Arbeitsgemeinschaft der Ziehenschüler', Anm. hdz) geschieht, muß endlich theoretisch verarbeitet werden. Themen, die sich mit gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen befassen, dürfen ebenfalls nicht fehlen. Auch werden wir versuchen, einfach und verständlich auf politische Grundbegriffe und Vorgänge einzugehen, was oftmals mit einer Kritik des Sozial-, Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterrichts zusammenfallen wird.

Wir betrachten den neuen Start des ‚beobachter' nicht als neuerlichen Anfang einer würdevollen Institution. Das ganze ist ein Versuch. Sollte er scheitern, ist das halb so wild. Dann werden einige sagen, sie hätten es doch gleich gewußt, und wir werden uns überlegen, was wir falsch gemacht haben. Vorläufig aber ist es noch nicht soweit. Die Redaktion. (Es folgen die Namen. Anm. hdz)"

Kuratorialverw.d.Joh.
Wolfg.Goethe Univ.
80
2 Hd Herrn Jeckel

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Guinea hat keine Berge, und jedermann weiß, daß die Guerillas im allgemeinen die Berge als Ausgangspunkt für den bewaffneten Kampf benutzen. Wir mußten das Volk selbst in den Berg verwandeln, der für den Kampf in unserem Lande benötigt wird.

Vorbemerkung

Die neue Phase, in die die Revolte der Studenten, unsere Revolte, übergegangen ist, seit an vielen Universitäten die Studenten beginnen, mehr und mehr ihr Studium kollektiv selbst zu organisieren, um durch praktizierte Solidarität langfristig unüberwindliche Widerstandskerne in den Hochschulen aufzubauen und durch Verhinderung autoritärer Ausbildungsgänge gewissermaßen autodidaktisch unmöglich zu machen, daß sie in den von ihnen später ausgeübten Tätigkeiten die Herrschaftsfunktionen reibungslos erfüllen, die man von ihnen verlangen wird — diese neue Phase droht zur Zeit in bloßer Hochschulpolitik zu versacken und die Studenten in den von ihnen besetzten Instituten zu isolieren. Bezeichnend für diese Tendenz ist der oberflächliche Gebrauch des Terminus „befreite Gebiete", der selbst aus der Strategie der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika kommt und dort einen vielleicht doch nicht so unmittelbar oder wenigstens nicht so leichtfertig übertragbaren Sinn hat.

Nach wie vor und in Zukunft mehr denn je können wir von der Praxis der nationalen Befreiungsbewegungen lernen, aber wir müssen uns dann auch genau ansehen, wie die Vietnamesen, die Angolesen, die Guatemalteker ihren Kampf führen, wie die neue Gesellschaft aussieht, die in den befreiten Gebieten von ihnen entwickelt wird, und unter welchen Bedingungen im Gesamtzusammenhang imperialistischer Unterdrückung die von uns behauptete „Gemeinsamkeit" des Kampfes entsteht.

Wenn wir unseren Kampf auch in dem Sinn isoliert führen, daß wir uns auch theoretisch nur noch mit der institutionalisierten Wissenschaft beschäftigen und meinen, ihre Abschaffung sei bereits ein revolutionärer Akt, so sind wir zum Scheitern verurteilt, weil wir dann vergessen haben, was Revolution heißt, nämlich die Abschaffung nicht irgendwelcher interpersoneller autoritärer Beziehungen, sondern die Beseitigung der Herrschaftsverhältnisse und ihre Ersetzung durch herrschaftsfreie Beziehungen insgesamt in der Gesellschaft, in der wir leben. Und diese Gesellschaft ist nicht das Land Hessen, nicht die Bundesrepublik Deutschland, nicht Europa. Es ist, wie CABRAL sagt, eine Gesellschaft, deren zwei Hauptmerkmale der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und die Existenz eines sozialistischen Lagers sind, eine Weltgesellschaft, die auch noch den letzten Hinterwäldler aus dem Schlaf der Geschichte holt und gerade diejenigen, die es bis jetzt historisch nicht gab, **ihre eigene Avantgarde zu erkennen, mit deren Praxis unsere Praxis konsequent zu verbinden ist, so lange ist die Studentenbewegung potentiell revolutionär.**

Aus dem Interview mit CABRAL, dem prominentesten Sprecher der Befreiungsbewegung in den portugiesischen Kolonien, geht deutlich hervor, welche Relevanz der von seiner Partei, der PAIGC (Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde), von der MPLA (Volksbefreiungsbewegung von Angola) und der FRELIMO (Befreiungsfront von Mozambique) geführte Kampf für uns hat. Das militärische Engagement der NATO und diesmal b e s o n d e r s der Bundesrepublik macht dieses afrikanische Vietnam auch zu einem deutschen. Hier zeigt sich erst, was die Unterhaltung des deutschen Luftwaffenstützpunktes Beja in Portugal bedeutet. Hier werden der Kampf gegen die NATO, unser Kampf gegen die Bundeswehr als Notstandsinstrument und der Kampf der afrikanischen Guerillas gegen deutsche Bomben eins.
Aber gleichzeitig mit diesem Kampf vollzieht sich in Guinea, in Angola, Mozambique die S e l b s t o r g a n i s i e r u n g der Afrikaner in den befreiten Gebieten — der Aufbau einer neuen, sozialistischen und revolutionären Gesellschaft. Das sind auch unsere befreiten Gebiete. Diese befreiten Gebiete brauchen Hilfe. Während der Buchmesse haben wir Geld gesammelt. Von diesem Geld hat die MPLA eine Schreibmaschine bekommen. Wir können vor allem in Zusammenarbeit mit Medizinstudenten und Ärzten einen Medikamentenhilfsdienst organisieren, der zugleich eine erste Form gesellschaftlich-praktischer Kooperation und Kommunikation sein könnte. Denn es ist zwar auch nötig, daß wir die Form von Selbstorganisation, die in den afrikanischen befreiten Gebieten erprobt wird, theoretisch studieren, aber eine konkrete Kenntnis dessen, was uns dort als gesamtgesellschaftliche Perspektive revolutionärer Arbeit erscheint, läßt sich erst aus der praktisch hergestellten Verbindung zwischen unserer Selbstorganisierung und den tatsächlich befreiten Gebieten der Weltgesellschaft gewinnen.

Michael Bärmann

Interview mit Amilcar Cabral

Welches Stadium hat der Kampf in den Städten des sogenannten „Portugiesisch"-Guinea erreicht, insbesondere in der Hauptstadt Bissau und in Kap Verde?

Wir haben viel Erfahrung im Kampf in den Städten und urbanen Zentren unseres Landes gewonnen. Dort hat der Kampf überhaupt angefangen. Zu Beginn haben wir Massendemonstrationen, Streiks usw. organisiert, um von den Portugiesen zu fordern, sie sollten ihre Haltung hinsichtlich der legitimen Rechte unseres Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit ändern. Wir stellten fest, daß uns die Konzentration der portugiesischen Repressionskräfte — Militär, Polizei usw. — in den Städten und urbanen Zentren ernste Verluste verursachte. So zum Beispiel im August 1959, als die Portugiesen während des Streiks der Hafenarbeiter und Matrosen in Bissau in nicht mehr als 20 Minuten auf dem Pidjiguiti-Kai 50 afrikanische Arbeiter erschossen und mehr als 100 verwundeten. Damals beschloß unsere Partei, eine Geheimkonferenz in Bissau abzuhalten, und das war der Zeitpunkt, an dem wir unsere Strategie änderten. Das heißt, wir begannen die Landgebiete zu mobilisieren, und beschlossen, uns aktiv auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten.

Danach beschlossen wir, daß die Untergrundorganisation der Partei in den Städten weiterarbeiten sollte. In den urbanen Zentren sind noch heute dieselben Führer aktiv, unter ihnen der gegenwärtige Parteivorsitzende, der nach 18 Monaten Untergrundarbeit in Bissau von den portugiesischen Behörden verhaftet wurde und noch immer unter Hausarrest steht. Wir Boden zu etablieren. Einige wenige sind Regierungsangestellte, und andere sind einfach Geschäftsleute. Von Anfang an nahmen sie eine mehr oder weniger unschlüssige, wenn nicht indifferente Haltung ein gegenüber unserem Kampf, und viele von ihnen wünschen nach Portugal zurückzukehren. Deswegen haben wir, was den Terrorismus betrifft, keinen Grund, Aktionen gegen portugiesische Zivilisten zu unternehmen. Darum müssen unsere Aktionen in der Stadt gegen die militärische Infrastruktur und gegen die Truppen der Portugiesen gezielt sein. Wir bereiten uns darauf vor, und wir erwarten, daß wir, falls die Portugiesen nach vier Jahren bewaffnetem Kampf noch immer nicht unser Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkennen, gezwungen sein werden, auch in den Städten anzugreifen.

Und das werden wir tun, denn wir wissen, daß die Portugiesen fest vorhaben, mit ihren kriminellen Handlungen gegen unsere Friedenskräfte in den befreiten Gebieten fortzufahren. Bis jetzt haben wir keine Aktionen in den Städten durchgeführt, aber wir sind dazu entschlossen, insoweit es bedeutet, einen Fortschritt im Kampf zu erreichen, und soweit es bedeutet, Vergeltung zu üben für die barbarischen Handlungen, die von den Portugiesen gegen unsere Bevölkerung in den befreiten Gebieten begangen werden.

Wir sind überzeugt, daß der

kanischen, deutschen, belgischen, italienischen, französischen usw. Verbündeten bekamen. Sie setzten jede Art von Bomben außer Atombomben ein. Insbesondere benutzten sie, als der Krieg im Süden des Landes begann, in großen Mengen Napalbomben. Sie setzten auch gepanzerte Fahrzeuge ein. Sie benutzten B-26, T-6 und P-2V-Flugzeuge und Düsenkampfflugzeuge der Typen Fiat 82, Fiat 91 und Sabres, die von Kanada mit Hilfe der Bundesrepublik geliefert wurden, usw. Nichts davon klappte. Seit kurzem setzen sie bewaffnete Hubschrauber ein für kombinierte Operationen mit Marine und Infanterie. Wir sind sicher, daß sie auch damit nicht durchkommen.

Die Portugiesen selbst finden sich in einer Lage, wie Sie ja selbst schon beobachten konnten, da Sie in unser Land gekommen sind in einer Weise, wie es unglücklicherweise noch kein Portugiese getan hat — da Sie als Journalist gekommen sind: ihre Soldaten sind eingeschlossen in den Kasernen, ab und zu versuchen sie Ausfälle zu machen, um verbrecherische Handlungen gegen unser Volk durchzuführen. Sie liefern unsern Truppen Gefechte und bombardieren fast täglich unsere Dörfer und versuchen, die Ernten zu verbrennen. Sie versuchen, unser Volk zu terrorisieren.
Wir sind entschlossen zum Widerstand, und die Taktiken und Strategien des portugiesischen Kolonialismus — die die gleichen sind wie diejenigen, die der Imperialismus zum Beispiel in Vietnam benutzt — werden genau so, wie sie in Vietnam keinen Erfolg haben, auch in unserem Land erfolglos sein.

Wir wissen, daß die Portugiesen Offensivoperationen durchführen, in denen zwei- oder gar dreitausend Mann eingesetzt werden, und in denen sie versuchen, bereits befreite Territorien zurückzugewinnen. Was können Sie uns darüber sagen?

Ja, der große Traum der Portugiesen ist es immer gewesen, das bereits befreite Territorium zurückzugewinnen. Zum Beispiel führten sie im Jahre 1964 eine große Offensive mit fast 3000 Mann gegen die Insel Como durch. Die Rückgewinnung von Como hätte einen doppelten Vorteil für die Portugiesen: einmal den strategischen, weil es eine feste Basis für die Kontrolle des südlichen Landesteils bildet, zum andern einen politischen, weil es einen großen Propagandasieg für die Portugiesen darstellen würde und zur Demoralisierung unserer eigenen Leute dienen könnte.

Aber die Portugiesen wurden auf Como geschlagen, wo sie mehr als 900 Soldaten und viel Material verloren. Sie mußten sich zurückziehen, und Como ist noch immer frei. Heute ist es eine der am weitesten entwickelten Zonen unserer befreiten Gebiete.
Die Portugiesen haben versucht, Boden zurückzugewinnen, und versuchen es immer wieder. Wir können sagen, daß sie während der letzten Trockenzeit vielfältige Anstrengungen im Süden wie im Norden unternommen haben, aber es gelang ihnen in keiner von beiden Zonen, Fuß zu fassen.

Sie kommen mit Hunderten von Leuten — niemals weniger — und zuweilen mit Tausenden. Wir sind der Meinung, je mehr Mannschaften sie bringen, um so leichter ist es für uns, ihnen Verluste und Schaden zuzufügen. Wir sind darauf eingestellt, jeglichen Angriff der Portugiesen zurückzuschlagen; wenn sie gleichzeitig mit ihren Flugzeugen vordringen, ist es im allgemeinen schwieriger für uns, aber unsere Kombattanten haben aus eigener Erfahrung gelernt, wie man unter solchen Bedingungen kämpfen muß.

Deshalb sind wir überzeugt: was immer die Zahl der Portugiesen, die kommen, je größer die Zahl, desto schlimmer wird es für sie sein; wir sind entschlossen, ihnen immer größere Niederlagen beizubringen.

Können Sie uns etwas sagen über die Schwierigkeiten, auf die man im Verlauf der Entwicklung des Kampfes gestoßen ist im Hinblick auf Stammesprobleme, Sprachprobleme und Schwierigkeiten mit feudalen Häuptlingen in Guinea-Bissau?

Die Schwierigkeiten unseres Kampfes waren hauptsächlich in unserer Situation eines unterentwickelten — praktisch unentwickelten — Volkes begründet, dessen Geschichte durch die kolonialistische und imperialistische Herrschaft zurückgehalten wurde. Ein Volk, das mit nichts begann, ein Volk, das den Kampf fast nackt beginnen mußte, ein Volk mit 99% Analphabeten — Sie haben bereits gesehen, welche Anstrengungen wir jetzt unternehmen müssen, um unsere Leute Lesen und Schreiben zu lehren, um Schulen zu errichten —, ein Volk, das nur 14 Männer mit Universitätsausbildung hatte — dieses Volk mußte mit Sicherheit große Schwierigkeiten überwinden, um seinen Kampf führen zu können.

Sie wissen, daß das die Lage war für Afrika im allgemeinen, aber sie war besonders ausgeprägt in unserem Land. Unser Volk war

etwas Positives bewirkt hat, dann war es genau die Zerstörung eines großen Teils der existierenden Überreste des Tribalismus in bestimmten Teilen unseres Landes.
Deshalb hatten wir keine großen Schwierigkeiten, soweit es den Tribalismus betrifft. Dagegen hatten wir einige Mühe, ein Nationalbewußtsein zu schaffen, und es ist der Kampf selbst, der das Nationalbewußtsein zementiert. Aber im allgemeinen konnte das gesamte Volk, von welcher ethnischen Gruppe auch immer, leicht dahin geführt werden, die Idee zu akzeptieren, daß wir ein Volk sind, eine Nation, die kämpfen muß, um der portugiesischen Herrschaft ein Ende zu machen, denn wir greifen nicht zurück auf leere Phrasen vom Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, sondern gehen aus von konkreten Fällen. Es ist ein Kampf für Schulen,

Mit freundlicher Genehmigung von Rechtsanwalt H. Heinz

neue, der bisherigen in jeder Hinsicht überlegene Gesellschaft werden läßt.

Gerade die Kritik aber an jener oberflächlichen Agitationsmetaphorik der „befreiten Gebiete" kann darauf verweisen, wie sehr die Wirklichkeit der Revolution in der „Dritten Welt" bei uns Sedimente im Bewußtsein gebildet hat, die aus der ersten Phase der Studentenrevolte stammen. Denn jene Phase ist ohne „Vietnam", d. h., ohne politische, emotionale und in gewissen Ansätzen auch praktische Solidarisierung mit dem Kampf der Nationalen Befreiungsfront in Südvietnam, gar nicht zu denken.

Das aber war keineswegs ein zufälliger, beliebiger oder irgendwie gerade passender Anlaß oder Aufhänger, wie uns die selbsternannten Mentoren à la Habermas glauben machen wollen. Es kann nicht nur mit der sozialpsychologischen Struktur einer bestimmten Gruppe zusammenhängen, daß sie für das, was das Wort „Vietnam" hierzulande signalisiert, anfällig ist.

Nichts hat in den letzten Jahren so sehr mobilisierend und politisierend in der Entwicklung der Studentenrevolte in allen kapitalistischen Metropolen gewirkt wie die verschiedenen Unterstützungskampagnen für die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Ganz besonders trifft das für Frankreich zu, wo durch den Algerienkrieg überhaupt erst eine politisch selbständige Studentenbewegung entstanden ist. Allerdings war Frankreich insgesamt vom Kampf der FNL in einem Maße betroffen, daß er praktisch die gesamte Bevölkerung polarisierte — stärker vielleicht noch als die Rückwirkung des Vietnamkriegs auf die Vereinigten Staaten. Aber war Algerien Anfang der sechziger Jahre für die Studenten außerhalb des direkt involvierten imperialistischen Landes noch mehr ein Thema unter anderen, so wurde der Krieg, den der allmächtige US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk entfachte, zum zusammenfassenden Symbol für Herrschaft und Unterdrückung. Die Vernichtungskampagne des US-Imperialismus hatte zur Folge, daß all jene doch im großen und ganzen politisch unentschiedenen Studenten anfingen, ihre eigene Lage innerhalb des Systems, das sich als eine auf Vernichtung gerichtete Maschine erwies, zu reflektieren. Und die „Vietnam"-Kampagne wurde zur eigenen Emanzipationskampagne gegen dieses sie selbst einschließende System. „Die vietnamesische Revolution ist Teil des Kampfes aller Völker gegen Ausbeutung und Unterdrückung" hieß das Motto des Berliner Vietnam-Kongresses.

Solange die Studentenbewegung in diesem weltgesellschaftlichen Zusammenhang steht und bereit ist, in denjenigen, die heute den revolutionären Kampf an der vordersten Front führen,

den Städten keinerlei Aktionen durchführen sollten, die seitens der portugiesischen Kolonialisten verbrecherische Repressalien hervorrufen könnten.

Heute haben wir in Bissau, Bafata, Farim usw., den wichtigsten Stadtzentren unseres Landes, eine Untergrundorganisation, aber wir sind noch immer nicht zu irgendeiner Form von direkter Aktion gegen die portugiesischen Kolonialisten in den Städten übergegangen.

Dazu muß erklärt werden, daß unser Land eine rein kommerzielle Kolonie und nicht eine Siedlerkolonie ist; deshalb haben die colonos selbst, die portugiesischen Zivilisten, kein großes Interesse daran, sich fest auf unserem Kampf dort von erstrangiger Bedeutung für den Fortschritt unseres Kampfes nicht nur in Guinea, sondern in allen portugiesischen Kolonien ist. Und wir können garantieren, daß unsere Partei die Vorbereitungen trifft, den bewaffneten Kampf auf den Kap-Verde-Inseln zu entfesseln. Während der letzten Jahre sind auf den Kap-Verde-Inseln viele politische Fortschritte erzielt worden. Die Parteiführung funktioniert in Ordnung. Wir haben ausgezeichnete Verbindung mit den Inseln, und, wie ich schon sagte, wir sind bereit, den bewaffneten Kampf zu beginnen; die Entscheidung hängt einfach von der Parteiführung ab, die erwägen muß, welche Faktoren günstig oder ungünstig sind, um den totalen bewaffneten Kampf dort anzufangen.

Können Sie uns etwas sagen über die taktischen Prinzipien, die von der Guerilla-Armee der PAIGC befolgt werden?

Heutzutage braucht man nicht mehr viel an allgemeinen Regeln zu erfinden, um den bewaffneten Kampf zur nationalen Befreiung durchführen zu können. Es gibt bereits eine breite Erfahrungsbasis für den bewaffneten Kampf der nationalen Befreiung in der ganzen Welt. Die Chinesen haben ihren Kampf hinter sich. Das vietnamesische Volk führt seinen Kampf seit mehr als 25 Jahren. Das kubanische Volk hat heldenhaft gekämpft und die Reaktionäre und Imperialisten auf seiner Insel, die heute ein Bollwerk des Fortschritts ist, geschlagen. Und weitere Völker haben gekämpft und der Welt ihre Erfahrungen mitgeteilt.

Sie wissen ja, daß Che Guevara, der große Che für uns, ein Buch geschrieben hat, ein Buch über den Guerillakampf. Dieses Buch zum Beispiel, wie andere Dokumente über den Guerillakrieg in anderen Ländern, einschließlich Europa, wo es ebenfalls den Guerillakampf gegeben hat während des letzten Weltkrieges, hat uns als eine allgemeine Erfahrungsbasis für unseren eigenen Kampf gedient. Aber im allgemeinen wird niemand den Irrtum begehen, blind die Erfahrungen anderer auf sein eigenes Land anzuwenden. Um die Taktik des Kampfes in unserem Land zu bestimmen, mußten wir die geographischen, historischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen unseres eigenen Landes, in Guinea wie in Kap Verde, mit einbeziehen.

Erst indem wir uns auf die konkrete Kenntnis der wirklichen Lage in unserem Land stützten, konnten wir die taktischen und strategischen Prinzipien unseres Guerillakampfes festlegen. Wir können sagen, daß unser Land gegenüber anderen Ländern sehr viele Verschiedenheiten aufweist. In erster Linie ist es ein ganz kleines Land, rund 36 000 qkm in Guinea und 4000 qkm in Kap Verde. Während Guinea auf dem afrikanischen Kontinent liegt, befindet sich Kap Verde mitten in der See, wie ein Archipel. All dies zogen wir in Betracht, aber hinzu kommt, daß Guinea ein flaches Land ist. Es hat keine Berge, und jedermann weiß, daß die Guerillas im allgemeinen die Berge als Ausgangspunkt für den bewaffneten Kampf benutzen. Wir mußten unser Volk selbst in den Berg verwandeln, der für den Kampf in unserem Land benötigt wird, und wir mußten die Dschungel und Sümpfe unseres Landes voll ausnützen, um schwierige Bedingungen für den Feind zu schaffen, der sich dem siegreichen Gang unseres bewaffneten Kampfes entgegenstellen will.

Was sonstige Taktiken betrifft, folgen wir dem Grundprinzip des bewaffneten Kampfes oder, besser gesagt, des Kolonialkrieges: wenn der Feind eine gegebene Zone kontrollieren will, wird er gezwungen, seine Kräfte zu zerstreuen; so wird er geschwächt, und wir können ihn schlagen. Aber um sich gegen uns verteidigen zu können, muß er seine Kräfte konzentrieren, und wenn er seine Kräfte konzentriert, erlaubt er uns, die offengelassenen Gebiete zu besetzen und in ihnen politisch zu arbeiten, um den Feind an der Rückkehr zu hindern. Dies ist das Dilemma, dem sich der Kolonialismus bei uns gegenübersieht, genau wie es in anderen Ländern der Fall gewesen ist, und es ist dieses Dilemma, das, wenn wir es gründlich zu unserem Vorteil ausnutzen, den portugiesischen Kolonialismus mit Sicherheit zur Niederlage in unserem Land führen wird.

Das ist deswegen sicher, weil unser Volk mobilisiert ist, weil es sich bewußt ist, was zu tun ist, und weil außerdem die befreiten Gebiete des Landes, in denen wir dabei sind, eine neue Gesellschaft zu entwickeln, eine permanente Propaganda für die Befreiung weiterer Teile unseres Landes sind.

Was sind, in Taktik und Strategie, die hauptsächlichen Prinzipien der Guerillabekämpfung, die von der portugiesischen Armee benutzt werden?

Wenn wir selbst keine großen Erfindungen im Verlauf unseres Kampfes machen mußten, so erfanden die Portugiesen nur noch weniger. Das einzige, was die Portugiesen in unserem Land tun, ist, die Taktiken und Strategien zu befolgen, die von den Amerikanern und anderen Imperialisten benutzt werden in ihren Kriegen gegen die Völker, die sich von ihrer Herrschaft befreien wollen. Die Portugiesen versuchten erst politisch zu arbeiten, nachdem sie mit der Kunst der Repression experimentiert hatten: bewaffnete Repression, Polizeirepression, Mord, Massaker usw. All das hat den Kampf nicht aufgehalten. Dann versuchten sie politisch zu arbeiten. Sie beuteten die Stammeswidersprüche aus. Sie beuteten sogar den Rassismus aus auf der Grundlage hellerer und dunklerer Menschen. Sie beuteten die Frage der Zivilisierten und Unzivilisierten aus usw., wie auch die privilegierte Position der traditionellen Häuptlinge. Dies führte nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Dann entfesselten die Portugiesen einen Kolonialkrieg, und in diesem Kolonialkrieg benutzten sie die Strategie und Taktik, die allen Imperialisten gemeinsam sind, die gegen die Völker kämpfen. Gegen uns setzten sie die modernsten Waffen ein, die sie von ihren amerikanischen Verbündeten erhielten, sie setzten Napalm ein, Entlaubungsmittel, Bomben, Flugzeuge, Hubschrauber, Kanonenboote, Panzer, Artillerie, Kommandotruppen, Fallschirmjäger, Spezialtruppen, Eingeborenentruppen, Kampftruppen, Besatzungstruppen, Polizeitruppen, Geheimpolizei, Spitzel, Agenten, Provokateure, Folterer, Mörder, Kollaborateure, Verräter, Bestechungsgelder, Gehirnwäsche, Konzentrationslager, Strafkolonien, Deportationen, Massenumsiedlungen, Kollektivstrafen, Geiselnahmen, Scheinwahlen, Scheinreferenden, Scheinparteien, Scheinparlamente, Scheinregierungen, Scheinverfassungen, Scheinreformen, Scheinentwicklungsprogramme, Scheinfreiheiten, Scheinkonzessionen, Scheinamnestien, Scheinverhandlungen, Scheinfriedensangebote, Scheinwaffenstillstände, Scheinrückzüge, Scheinunabhängigkeit, Scheinsouveränität, Scheinbündnisse, Scheinföderationen, Scheinkonföderationen, Scheinassoziierungen, Scheinkommunismus, Scheinsozialismus, Scheinkapitalismus, Scheinliberalismus, Scheinkonservatismus, Scheinfortschrittlichkeit, Scheinmoderne, Scheinzivilisation, Scheinkultur, Scheinreligion, Scheinmoral, Scheinehrlichkeit, Scheinmenschlichkeit, Scheinbrüderlichkeit, Scheinliebe, Scheinfreundschaft, Scheinfrieden, Scheinsicherheit, Scheinwohlstand, Scheinfortschritt, Scheinentwicklung, Scheinzukunft, Scheinhoffnung, Scheinsieg, Scheinniederlage, Scheinleben, Scheintod, Scheinexistenz, Scheinnichtexistenz, Scheinnichts, Scheinalles, Scheinwelt, Scheinuniversum, Scheinewigkeit, Scheinzeit, Scheinraum, Scheinmaterie, Scheinbewegung, Scheinruhe, Scheinkraft, Scheinschwäche, Scheinstärke, Scheinmacht, Scheinohnmacht, Scheinwissen, Scheinunwissen, Scheinweisheit, Scheinidiotie, Scheinintelligenz, Scheinstupidität, Scheinvernunft, Scheinunvernunft, Scheinlogik, Scheinunlogik, Scheinwahrheit, Scheinlüge, Scheinwahrscheinlichkeit, Scheinunwahrscheinlichkeit, Scheinmöglichkeit, Scheinunmöglichkeit, Scheinnotwendigkeit, Scheinzufall, Scheinordnung, Scheinchaos, Scheinkosmos, Scheinkosmetik, Scheinschönheit, Scheinhäßlichkeit, Scheinmusik, Scheinlärm, Scheinharmonie, Scheindisharmonie, Scheinkonsonanz, Scheindissonanz, Scheinkonsequenz, Scheininkonsequenz, Scheinkonsistenz, Scheininkonsistenz, Scheinkohärenz, Scheininkohärenz, Scheinkontinuität, Scheindiskontinuität, Scheinidentität, Scheinidentifikation, Scheinidentifizierung, Scheinidentifizierbarkeit, Scheinidentifizierungsmöglichkeit, Scheinidentifizierungsunmöglichkeit, Scheinidentifizierungsnotwendigkeit, Scheinidentifizierungszufall, Scheinidentifizierungsordnung, Scheinidentifizierungschaos, Scheinidentifizierungskosmos, Scheinidentifizierungskosmetik, Scheinidentifizierungsschönheit, Scheinidentifizierungshäßlichkeit, Scheinidentifizierungsmusik, Scheinidentifizierungslärm, Scheinidentifizierungsharmonie, Scheinidentifizierungsdisharmonie, Scheinidentifizierungskonsonanz, Scheinidentifizierungsdissonanz, Scheinidentifizierungskonsequenz, Scheinidentifizierungsinkonsequenz, Scheinidentifizierungskonsistenz, Scheinidentifizierungsinkonsistenz, Scheinidentifizierungskohärenz, Scheinidentifizierungsinkohärenz, Scheinidentifizierungskontinuität, Scheinidentifizierungsdiskontinuität, Scheinidentifizierungsidentität, Scheinidentifizierungsidentifikation, Scheinidentifizierungsidentifizierung, Scheinidentifizierungsidentifizierbarkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsunmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsnotwendigkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungszufall, Scheinidentifizierungsidentifizierungsordnung, Scheinidentifizierungsidentifizierungschaos, Scheinidentifizierungsidentifizierungskosmos, Scheinidentifizierungsidentifizierungskosmetik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsschönheit, Scheinidentifizierungsidentifizierungshäßlichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsmusik, Scheinidentifizierungsidentifizierungslärm, Scheinidentifizierungsidentifizierungsharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsdisharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungskonsonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsdissonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungskonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsinkonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungskonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsinkonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungskohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsinkohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsdiskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifikation, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierbarkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsunmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsnotwendigkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungszufall, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsordnung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungschaos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmetik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsschönheit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungshäßlichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmusik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungslärm, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdisharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdissonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdiskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifikation, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierbarkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsunmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsnotwendigkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungszufall, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsordnung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungschaos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmetik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsschönheit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungshäßlichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmusik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungslärm, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdisharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdissonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdiskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifikation, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierbarkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsunmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsnotwendigkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungszufall, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsordnung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungschaos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmetik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsschönheit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungshäßlichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmusik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungslärm, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdisharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdissonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdiskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifikation, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierbarkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsunmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsnotwendigkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungszufall, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsordnung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungschaos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmetik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsschönheit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungshäßlichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmusik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungslärm, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdisharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdissonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdiskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifikation, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierbarkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsunmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsnotwendigkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungszufall, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsordnung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungschaos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmetik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsschönheit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungshäßlichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmusik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungslärm, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdisharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdissonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdiskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifikation, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierbarkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsunmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsnotwendigkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungszufall, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsordnung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungschaos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmetik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsschönheit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungshäßlichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmusik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungslärm, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdisharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdissonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkonsistenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsinkohärenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdiskontinuität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentität, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifikation, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierbarkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsunmöglichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsnotwendigkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungszufall, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsordnung, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungschaos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmos, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskosmetik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsschönheit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungshäßlichkeit, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsmusik, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungslärm, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdisharmonie, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsdissonanz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungsidentifizierungskonsequenz, Scheinidentifizierungsidentifizierungsident

Fortsetzung von Seite 1

nissen der Studenten konnten sie nicht vermittelt werden. Die studentischen Aktionen stellten sich als punktuelle, von sogenannten Anführern vorstrukturierte Aktionen dar.

Frustration

Der Beginn der zweiten Phase des aktiven Streiks für Selbstorganisation gegen technokratische Hochschulreform geht eine Zeitspanne der Frustration voraus; äußerlich verursacht durch die Verabschiedung der NS-Gesetze, angesichts der besetzenden Polizei, darüber hinaus gekennzeichnet durch Aktionslosigkeit und das Fehlen weiterführender Perspektiven der Hochschulpolitik. Die Selbstorganisation der zweiten Phase ist weiterhin nicht zu verstehen, wenn die vorausgehenden Revolten innerhalb des SDS, das zweimalige notwendige Abbrechen der DK in Ffm. und Hannover durch die Revolte der kleinen Gruppen gegen die großen, der Genossinnen gegen die Genossen; allgemein das Zerstören sozialdemokratischer Reste innerhalb der Organisation des SDS nicht als entscheidende Voraussetzung zur Organisation der Basisgruppen gesehen werden.

Selbstorganisation

Der eher von gewerkschaftlichen Forderungen gekennzeichnete Streikauslöser AfE macht in seinen Etappen (Schütte-Erlaß in den Sommerferien...) doch die Absichten des Staates in Bezug auf die Hochschule deutlich: hinter dem Rücken der Studenten (und eines Teiles der Professoren?) die Reste feudaler Autonomie der Hochschulen zu beseitigen zu Gunsten ihrer Eingliederung in die technokratischen Bedürfnisse des autoritären Staates. Aktiver Streik, Besetzung des Spartakus-Instituts und die Forderungen des Negativ-Katalogs haben die Taktik der Bürokratien insofern zunichte gemacht, als sie gezwungen wurden, ihre Maßnahmen innerhalb kürzester Zeit zu ergreifen bei voller studentischer Öffentlichkeit.

Sprachlose Regelverletzung

Das Go-in bei Carlo im WS 67/68 war zwar formal legitimiert; man wollte ihn öffentlich zu seiner Haltung den NS-Gesetzen gegenüber befragen, nichts desto weniger war es eine sprachlose Aktion. In der sprachlosen Regelverletzung liegt auf dieser Stufe der Organisation der Revolte eine gewisse Stärke: 1) die Ebene des Nur-Argumentierens wird verlassen, der einseitige akademische Kommunikationszusammenhang wird von den Unterdrückten aufgekündigt. Was heißt das für die Beteiligten? Der akademische hierarchische Kommunikationsprozeß setzt auf universitärer Ebene fort, was Sozialisationsprozeß in Elternhaus und Schule den Individuen eingefüttert und als bedingten Reflex immer wieder abverlangt haben: die Verhinderung spontaner Denkprozesse, das Abschneiden kollektiven Bewußtseins durch Leistungszwang und Konkurrenz. Der reaktionäre Wissenschaftsbetrieb honoriert nur das, was ihn in einem ewigen Kreislauf immer wieder bestätigt und stabilisiert: die private Aneignung von arbeitsteilig organisiertem Wissen und dessen Ausspucken auf Befehl der Ordinarien. 2) Mit dem Angriff auf den Ordinarius wird gleichzeitig mit dem bürgerlichen Sozialisationsprozeß der Individuen gebrochen. Die Kontinuität der Unterdrückung in der Linie Vater—Lehrer—Professor wird abgeschnitten.

3) Mit der gebrochenen Fixierung an den Ordinarius wird gleichzeitig die Fixierung an reaktionäre Wissenschaft wenn nicht beseitigt, so doch problematisiert. (Carlo hat sich folgerichtig verhalten, als er in dem Moment, als die Studenten das Mikrofon eroberten, nach dem Staatsanwalt rief, denn er verteidigt mit dem Mikro gleichzeitig seine Privilegien.)

Hier entstand ein Konfliktpotential (auch in der offenen Frontstellung zu den reaktionären Studenten), das wichtige Energien für die späteren Notstandsaktionen geliefert hat.

Allerdings waren die Akteure sehr schnell bereit, ihre sprachlose Aktion als totalen Mißerfolg zu interpretieren: das hat zwei Gründe: einmal standen ad hoc keinerlei Erfolgskriterien zur Beurteilung dieser neuen Situation zur Verfügung, zum anderen hatte die Aktion selber bei allen Beteiligten Aggressionen mobilisiert, die im herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb ständig unterdrückt werden müssen. Aggressionen erzeugen Angst, Schuldgefühle und Skrupel.

Fixierung an Ordinarien und „Wissenschaft"

Mit dem gebrochenen Verhältnis zum Ordinarius wird das Untertanenverhältnis zur bürgerlichen Wissenschaft zwar problematisiert, aber die Richtung, wie konkret die „wissenschaftlichen Standards" abgeschafft und durch neue ersetzt werden sollen, ist damit für die Individuen noch nicht angegeben. Hinzu kommt bei den Soziologen das Fehlen fester Berufsbilder und Arbeitsmarktchancen. So bleibt nichts weiter übrig, als in unbefriedigender Weise weiterhin die Versatzstücke kritischer, linker Wissenschaft Frankfurter Prägung

3. beweist die Selbstverständlichkeit, mit der die Soziologen in Solidarität mit der AfE gegen technokratische Hochschulreform ihre Selbstorganisation des Studiums in Angriff nahmen, daß in der vergangenen Phase die Studenten eines deutlich gelernt hatten: daß das Bedürfnis individueller Emanzipation nur kollektiv befriedigt werden kann und daß diese Befriedigung nur durch einen langen Prozeß der Umorganisierung der Wissenschaftsinhalte und -formen selber erfolgen kann.

Entstehung von Basisgruppen

Das Bedürfnis der Emanzipation konnte in der zweiten Phase des aktiven Streiks an der Hochschule nur deshalb ansatzweise kollektiv befriedigt werden, weil in der vorangegangenen Phase der Aktionslosigkeit an der Hochschule die Organisationsstruktur des Verbandes SDS umgewälzt wurde.

Betriebsprojektgruppe

Während der Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung hatten sich große Teile der Studentenbewegung in der Agitation der Arbeiterschaft engagiert. Das Ausbleiben unmittelbar nachprüfbarer Erfolge frustrierte auch hier einen großen Teil der Engagierten, überzeugte aber einen kleinen Teil von der Notwendigkeit, die abstrakte Analyse eines solidarischen Kampfes von Arbeitern und Studenten dadurch zu konkretisieren, daß sie nach Möglichkeiten suchten, langfristige Erfahrungen in geeignete Organisationsformen zu bringen. Es konnte sich nicht mehr darum drehen, in punktuellen Aktionen die Arbeiterschaft global als historisches Subjekt revolutionärer Veränderung anzusprechen, sondern es mußte eine Perspektive für langfristige Arbeit geschaffen werden, die es ermöglichte, die romantische Einschätzung der Arbeiterschaft zu ersetzen durch das Auffinden konkreter Konflikte am Arbeitsplatz, deren politische Auswertung eine konkrete Solidarisierung von Arbeitern und Studenten in der Zukunft ermöglichen sollte. Die Einsicht dieser kleinen Gruppe in die Notwendigkeit einer Basisarbeit in Betrieben ist die älteste Motivation zur Gründung einer Basisgruppe.

Justizkampagne

Die Erkenntnis, daß die Herrschenden die Bekämpfung der Studentenbewegung von der Straße in den Gerichtssaal verlegt hatten, begründete nach der Springer-Blockade die Notwendigkeit einer längerfristigen Prozeßstrategie, die der Klassenjustiz mit Solidarität begegnen sollte. Insofern war die Gründung von Basisgruppen in diesem Bereich eine existentielle Notwendigkeit der Bewegung.

Weiberrat

Zu den objektiven politischen Gründen der Basisgruppenbildung außerhalb der Hochschule trat eine sozialpsychologische Motivation, die sich in der Frauenrevolte innerhalb des SDS am deutlichsten zeigt: die linken Theoretiker der Hochschulrevolte hatten theoretische Globalanalysen und praktische Erfahrungen der Massen nicht miteinander vermitteln können; das heißt, sie hatten gleichzeitig wichtige Teile der politischen Diskussion okkupiert. Damit waren diejenigen politisierten Studenten, die zwar faktisch Erfahrungen gemacht hatten, sie aber nicht in Begriffen linker Literatur auszudrücken vermochten, auf die Basisgruppenarbeit außerhalb der Hochschule verwiesen. Die Frauen waren von ihrem spezifischen Sozialisationsprozeß und von ihrer doppelten Unterdrückungssituation an der Hochschule — von einem reaktionären, von männlichen Leistungskriterien bestimmten Studiengang einerseits und von den Theoretikern der Studentenbewegung andererseits — besonders betroffen. Die wahrscheinlich gattungsgeschichtlich begründete Schwierigkeit, Frauen zur Vertretung kollektiver Interessen zu organisieren, zwang die Frauen, die Kommunikationsstruktur ihres unmittelbaren Erfahrungsbereiches zu reflektieren. Sie konnten es sich nicht leisten, ihre Interessen außerhalb der Hochschule zu organisieren, sondern es war schon ein Politikum, wenn sie autoritäre Kommunikationsstrukturen innerhalb der Seminare und des SDS in bezug auf ihre eigene existentielle Situation reflektierten. Von daher erklärt es sich, daß sie andere Interessen artikulierten als dies der Betriebs- oder der Justizbasisgruppe möglich gewesen wäre. Es war klar, daß sie eher als diese Gruppen auf die solidarische Aktion angewiesen waren, was in diesem Zusammenhang — viel unmittelbarer als bei politischer Solidarität — emanzipatorische Solidarität bedeutet, Solidarität als Rückversicherung. Die notwendige Organisationsschwäche der Frauen hat sie mehr als andere Gruppen innerhalb des SDS dazu prädestiniert, die autoritären Kommunikationsstrukturen innerhalb des Verbandes anzugreifen und ihre hemmende Funktion für die Erfahrungen der Mitglieder aufzuzeigen.

Diese hemmenden Kommunikationsstrukturen wurden auf der Delegiertenkonferenz des SDS von den Frauen am schärfsten, aber auch von anderen Gruppen angegriffen; es zeigte sich, daß diese Kommunikationsstrukturen zentrale Überbleibsel sozialdemokratischer Organisationsformen des Verbandes waren, die spätestens seit der Springer-Blockade zum stärksten Hemmschuh der Vermittlung praktischer Basiserfahrungen der Mitglieder zum abstrakten Strategie- und Organisationshorizont traditioneller sozialistischer Literatur geworden waren. Das Aufbrechen dieser Kommunikationsstrukturen und damit der Reste sozialdemokratischer Organisationsformen im Verband setzte Energien der Mitgliederbasis des SDS frei, die die Gründung von Basisgruppen auch an der Hochschule erzwangen. Inhaltlich konnte sich die Organisationsform der Basisgruppen erst während des Streiks voll entfalten.

(Wird fortgesetzt)

Cabral Interview

(Fortsetzung von Seite 2)

Im Rahmen des politischen Büros gibt es einen Kriegsrat, der sich aus Mitgliedern des Büros zusammensetzt, die den bewaffneten Kampf dirigieren. Der Kriegsrat ist ein Instrument des politischen Büros, der Führung des bewaffneten Kampfes.

An jeder Front existiert ein Frontkommando, in jedem Frontabschnitt gibt es ein eigenes Kommando, und jede Einheit unserer regulären Armee hat ebenfalls ihr Kommando. Das ist die Struktur unseres bewaffneten Kampfes, und es stimmt, daß die Guerillas in Basen eingerichtet sind und daß jede Basis über einen Basischef und einen politischen Kommissar verfügt. In bezug auf die Organisation im eigentlichen Sinn verfügt die Partei über einen Kongreß, der normalerweise alle zwei Jahre in Funktion tritt, im Rahmen des Kampfes jedoch so oft wie möglich. Die Partei verfügt weiterhin über ein Zentralkomitee und ein politisches Büro, die die direkte Führung für die lokalen Organe bilden — das heißt die Interregionalkomitees im Norden und Süden, die Komitees der Frontabschnitte und die der t a b a n k a s. Das ist unsere Struktur. In den Städten und urbanen Zentren bleibt die Partei im Untergrund, gewöhnlich unter der Führung einer sehr beschränkten Zahl von Individuen.

Da die Hilfe von außen so wichtig ist für den nationalen Befreiungskampf und besonders für Guinea-Bissau, würden wir gerne wissen: Welches sind die Länder, die diesen Guerillakampf unterstützen?

Wir halten daran fest, daß es ein Grundprinzip unseres Kampfes ist, auf unsere eigenen Kräfte zu rechnen, auf unsere eigenen Opfer, unsere eigenen Anstrengungen; aber wenn man auf der einen Seite die charakteristische Unterentwicklung unseres Volkes, unseres Landes, seine ökonomische Rückständigkeit in Rechnung stellt — es reicht zu sagen, daß wir kein Eisen haben, daß es deswegen sehr schwierig für uns wäre, Waffen herzustellen —, wenn man diese Umstände in Rechnung stellt und berücksichtigt, daß in unserem Land 99 Prozent Analphabeten waren, was die unmittelbare Existenz von Kadern schwierig macht, und wenn man weiterhin in Rechnung stellt, daß der Feind, der keinerlei Skrupel kennt, Unterstützung bekommt von seinen Verbündeten in der NATO — insbesondere von den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und einigen anderen Ländern, vor allem von seinen rassistischen Verbündeten im südlichen Teil Afrikas —, wenn man all dies in Rechnung stellt und auf der anderen Seite auch die wesentlichen Merkmale unserer Zeit, nämlich den allgemeinen Kampf der Völker gegen den Imperialismus und die Existenz eines sozialistischen Lagers, das das größte Bollwerk gegen den Imperialismus ist, so akzeptieren und erbitten wir Hilfe von allen Völkern, die sie uns geben können. Wir bitten nicht um Unterstützung in Form von Menschen: Wir sind genug, um bei uns den Kolonialismus zu bekämpfen und zu schlagen. Wir bitten um Hilfe in Form von Waffen, von lebensnotwendigen Artikeln zur Versorgung unserer befreiten Gebiete, von Medikamenten, um unsere Verwundeten und Kranken zu heilen und einen Gesundheitsdienst für die Bevölkerung in den befreiten Gebieten aufzubauen. Wir bitten um jede erdenkliche Hilfe, die uns irgendein Volk geben kann. Wir bitten auch, jedenfalls bei bestimmten Ländern, um Hilfe bei der Ausbildung von Kadern. Unsere Ethik der Hilfe lautet folgen-

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Solidaritätserfahrungen

Die Verunsicherung im Studium, im Verhältnis zu den Ordinarien das Fehlen bürgerlicher Berufschancen auf der einen Seite, die gleichzeitige Abhängigkeit vom Lehr- und Forschungsmonopol dieser Ordinarien auf der anderen Seite, haben eine Bewußtseinslage unter großen Teilen der Soziologen und Literaturwissenschaftler damals geschaffen, die dann in den ersten tendenziell sprachlosen Aktionen einer Minderheit praktischen Ausdruck findet. Diese Konfrontation schafft gleichzeitig Fronten zu dem apolitischen Teil der Studentenschaft. Arbeitsplatzinteressen und die Hoffnung auf Befriedigung emanzipatorischer (antiautoritärer) Bedürfnisse mobilisierten die Studenten zur massenhaften Teilnahme an der Springer-Blockade (Societätsdruckerei), aber hier wichtiger, da sie sich enger auf den Arbeitsplatz Universität beziehen, zur Teilnahme an den Aktionen gegen die NS-Gesetze: Bestreikung der Universität, Besetzung des Rektorats, Umbenennung in Karl-Marx-Universität und Gründung der Politischen Universität. In diesen Aktionen haben alle Beteiligten Solidarität und kollektive Befreiung von individuellen Zwängen ansatzweise (das heißt eher emotional) erfahren. Aber der Zwang zu abstrakten und teilweise konstruierten Legitimationen der direkten Aktionen, die von wenigen linken Theoretikern im Verlauf der Massen-Teach-ins angeboten wurden, verhinderte eine Vermittlung zu den Erfahrungen der Akteure. Die Notwendigkeit des Widerstandes gegen NS-Gesetze, die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns mit Arbeitern wurde in Globalanalysen auf hohem theoretischem Niveau bekundet, blieb aber für die Handelnden praktisch uneinsichtig: die Analyse ging nicht ein auf die konkreten Erfahrungen der solidarischen Aktion und der Möglichkeiten zur Emanzipation in ihr.

Mangelnde Vermittlung

So bleiben beide Ebenen, die der praktischen Erfahrung und die der theoretischen Analyse gesellschaftlicher Zustände, für die Massen unvermittelt: hier die „Entmythologisierung" des Rektorats als symbolischer Sitz feudaler Herrschaftsprivilegien der Ordinarienuniversität, dort eine akademische Gewaltdebatte. So scheiterte die Politische Universität nur äußerlich am Polizeieinsatz, sie ging zugrunde, weil sie an die Stelle rechten Wissenschaftsbetriebes einen linken setzen wollte, während eine Aufarbeitung der Erfahrungen nur möglich gewesen wäre, hätte man mit der Vorstellung linker Wissenschaftsinhalte gleichzeitig neue Organisationsvorstellungen dieser Inhalte verbunden.

In diesem Zusammenhang ist auch die nachfolgende Frustration und der Rückfall in apolitische Apathie nur äußerlich auf die tatsächliche Verabschiedung der NS-Gesetze und die Polizei in der Universität zurückzuführen, der Kern der Frustration liegt auch hier in der mangelnden Vermittlung der Bedürfnisse individueller Befreiung zu den abstrakten politischen Notwendigkeiten des Kampfes um diese Bedürfnisse.

Die Folgen

Die Frustration hatte mehrere weitreichende Folgen für das Bewußtsein der Studenten:

1. Sie waren nachträglich bereit, die Urteile der Ordinarien, der Universitätsbürokratie und der bürgerlichen Presse über ihre eigenen Aktionen zu akzeptieren. (Zumal auch die linken Führer die Rektoratsbesetzung und ihren bilderstürmerischen „Happeningcharakter" als „vorpolitisch" disqualifiziert hatten.)
2. Die Einschüchterung durch die Staatsgewalt, die Drohungen der Universitätsbürokratie auf Relegation der Beteiligten, auf Aberkennung des Semesters, das Anzeigen der „Rädelsführer" bewirkten eine erneute Stabilisierung des autoritären Hörigkeitsverhältnisses zu den Ordinarien und damit zu „Wissenschaft", wobei jetzt noch verschärfend zu den traditionellen Leistungszwängen des Studiums der „linke" Leistungszwang hinzutrat: d. h. der politisch bewußte Teil der Studenten wollte die existentielle Bedrückung durch eine unverändert reaktionäre Studienorganisation totschlagen, durch die verstärkte Akkumulation und Konsumtion „kritischen Wissens". Schiedsrichter in diesem weit schärferen Konkurrenzkampf um kritische Leistungen waren, zusätzlich zu den fortschrittlichen Ordinarien, die linken Führer der Revolte geworden.

(Es ist bezeichnend, daß die Ordinarien [Habermas] in dem Maße, in dem sich die Fixierung auf solche linke Theoretiker herstellte, die „Rädelsführertheorie" übernahmen: d. h., sie deuteten diese Theoretiker als diabolische Manipulatoren, die „die berechtigten Interessen der Studenten" für ihre finsteren gegen die Wissenschaft gerichteten Zwecke mißbrauchen. Einmal hatte diese Interpretation wahrscheinlich Konkurrenzgründe [Hahnenkampf], denn diese Theoretiker waren Abtrünnige, zum anderen waren diese Theoretiker fähig, aus ihren Fehlern zu lernen und die Gefahren ihres „Aufstiegs" zu Stabilisatoren linken Leistungszwanges und Konkurrenzkampfes zu erkennen, während die Ordinarien den Konkurrenzkampf der privaten Aneignung von akademischem Wissen immer noch als einzig der Wissenschaft angemessene Form des Lernens betrachten.)

Genossen,

der Diskus soll ein Instrument seiner Leser werden. Das heißt, daß die aktiven Kollektive, die zur Zeit mehr oder weniger erfolgreich an der Basis arbeiten (in Schulen, Betrieben, Universitäten, Bundeswehreinheiten u. ä.), sich über den Diskus gegenseitig verständigen und agitieren können.

Das wollen wir erreichen, indem wir an vielen Orten kleine, praktisch arbeitende Kollektive suchen, die gleichzeitig für den Diskus schreiben und durch einen politischen Vertrieb in ihrem lokalen Bereich ihr eigenes politisches Umfeld organisieren und ausdehnen.

Diese Suche hat in dieser Nummer bereits Auswirkungen: Wir konnten zwei Schülerbeiträge abdrucken, als Beispiele relativ weit entwickelter Analyse der eigenen Arbeit. Diese Beiträge stammen schon „direkt von der Basis", wenn auch über den AUSS-Vorstand vermittelt. Von den Bundeswehrartikeln geht einer auf die Basisarbeit ein, er stammt nicht unmittelbar aus der Kaserne, sondern von einem Genossen, der ständig Kontakt mit Genossen in Kasernen hat. Bericht-Analysen aus den Kasernen sind auch deshalb so wichtig, weil sie die jetzigen Schüler auf ihre spätere Arbeit in der BUWE vorbereiten können.

Es ist leichter für uns, in der Uni zur Basis vorzustoßen:

Die Analyse der Hochschulrevolte am Frankfurter Beispiel wurde von einer Projektgruppe für ihren eigenen Kampf erarbeitet.

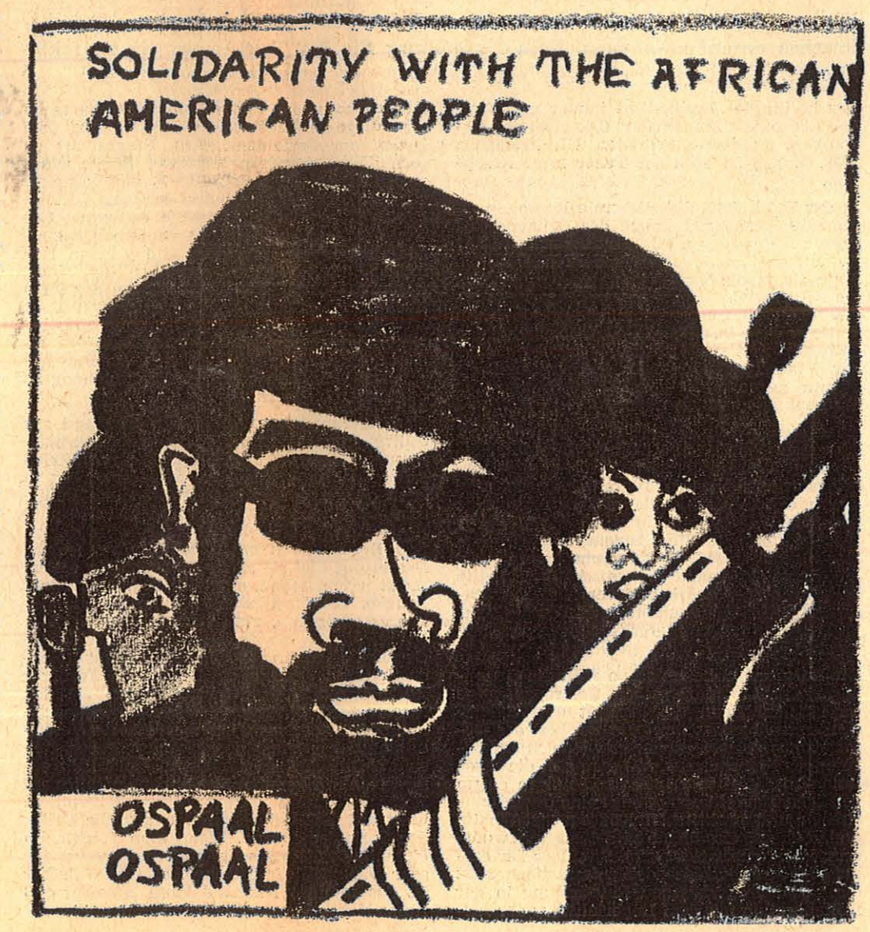
Diese Beiträge hätten Diskus-Redakteure oder irgendwelche Lokalkorrespondenten nicht schreiben können. Dadurch sind wir von den aktiven Genossen an der Basis abhängig.

Damit diese Arbeit erfolgreich wird, muß auch der Vertrieb auf solche Kollektive angewiesen sein. Der Diskus kann sie nur gezielt erreichen, wenn diese Kollektive in der gesamten BRD den Diskus jeweils in ihrem Bereich vertreiben. Übernehmt deshalb einen Teil des lokalen Vertriebs (Preis für euch 0,30 DM. Weiterverkauf für 0,50 DM), oder sichert euch wenigstens ein Abonnement.

Wir benachrichtigen auch alle Sammelvertriebsadressen vor Erscheinen der Arbeiter-Schüler-Studenten-Zeitung (0,05 DM/0,10 DM). Einige Schülergruppen in Kleinstädten fangen mit dieser Nummer an, indem sie zunächst 50 Exemplare abnehmen.

Ihr könnt diese Nummer noch nachbestellen, die nächste Nummer erscheint etwa am 15. 4. Redaktionsschluß wird etwa am 5. 4. sein.

Mit solidarischem Gruß, die Red.



brauchen. Wir erwarten, daß jeder gewissenhaft diejenige Hilfe geben wird, die er unserem Volk im Kampf für seine nationale Befreiung geben kann. In diesem Zusammenhang weisen wir vor allem auf die Hilfe Afrikas hin: über die OAU hat Afrika uns einige Unterstützung gewährt. Wir denken, daß diese bis jetzt nicht dem entspricht, was gebraucht wird, daß sie nicht auf dem Niveau der wirklichen Entwicklung unseres Kampfes steht, der heute ein richtiger Krieg ist gegen einen Feind, der stärkste Waffen besitzt, um sie gegen uns einzusetzen, und der von seinen Verbündeten unterstützt wird. Zum Beispiel schickt die Bundesrepublik die Flugzeugtechniker gleich mit, die die Portugiesen in Bissau ausbilden sollen, und nimmt obendrein in Deutschland portugiesische Verwundete auf, um zu verhindern, daß das portugiesische Volk sieht, wie viele Verletzte wir in unserem Lande verursacht haben.

Und was die Finanzen betrifft, möchten wir sagen, daß unsere Ausgaben inzwischen enorm sind. Allein an Benzin verbrauchen wir rund 40 000 Liter zur Versorgung der Fronten. All dies kostet viel Geld, und bisher haben wir nicht die finanzielle Hilfe bekommen, die nötig ist, um den Anforderungen des Krieges standzuhalten, während Portugal zusätzlich zu seinem Staatshaushalt über phantastische Summen in Dollar, Mark und Pfund verfügt, die es von seinen Alliierten erhält.

Wir möchten hinzufügen, daß es innerhalb Afrikas ein paar Länder gibt, die uns bilateral unterstützen. Zum Beispiel die Republik Guinea, die uns in großzügigster Weise Erleichterungen für die Entwicklung unseres Kampfes gewährt. Ebenso unterstützen uns Senegal, Algerien und die VAR. Zu Beginn des Kampfes half Marokko, und wir verstehen nicht, wieso es uns diese Hilfe nicht mehr gibt. Auch andere afrikanische Länder wie zum Beispiel Tansania, das dem Volk von Mozambique Unterstützung gibt, und der Kongo (Brazzaville), der das Volk von Angola unterstützt, haben uns geholfen.

Wir möchten die besondere Hilfe erwähnen, die uns die Völker der sozialistischen Länder zukommen lassen. Wir glauben, daß diese Hilfe eine historische Verpflichtung, eine historische Schuld ist, denn wir meinen, unser Kampf trägt auch zur Verteidigung der sozialistischen Länder bei. Besonders möchten wir sagen, daß die Sowjetunion, an erster Stelle, und China, die Tschechoslowakei, Bulgarien und andere sozialistische Länder uns kontinuierlich unterstützen, was der Entwicklung unseres bewaffneten Kampfes sehr nützt. Und schließlich möchten wir ganz besonders hinweisen auf die unermüdlichen Anstrengungen — Opfer, die wir hoch einschätzen —, welche das Volk von Kuba — ein kleines Land ohne große Ressourcen, das gegen die Blockade der USA und anderer Imperialisten kämpfen muß — unternommen hat, um unserem Kampf eine wirksame Unterstützung zu geben. Für uns ist das ein dauernder Ansporn, und es trägt dazu bei, mehr und mehr die Solidarität zwischen unserer Partei und der kubanischen Partei, zwischen unserem Volk und dem kubanischen Volk, einem Volk, das wir für ein afrikanisches halten, zu zementieren. Und es genügt, Kuba kennenzulernen, die Lebensweise der Kubaner zu sehen, um das zu verstehen. Es genügt zu sehen, welche Bindungen auf Grund von Blutsverwandtschaft, gemeinsamer Geschichte und politischem Anspruch uns einen, um dies sagen zu können. Aus diesem Grund freuen wir uns sehr über die Hilfe, die uns das kubanische Volk gibt, und wir sind sicher, daß die Kubaner trotz aller Schwierigkeiten ihre Unterstützung für unseren heldenhaften nationalen Befreiungskampf Tag für Tag vergrößern werden.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Die SPD ist nichts als ein stinkender Leichnam (Rosa Luxemburg, 1914)

Zur Bedeutung Rosa Luxemburgs für Traditionalisten, Liberale und Antiautoritäre

Die antiautoritäre Bewegung und Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg tauchte im Horizont der antiautoritären Bewegung zunächst ganz begriffslos und schemenhaft auf. Auf einmal wurden sporadische Plakate von ihr auf Demonstrationen mitgeführt. Als in Berlin, Marburg und Frankfurt Institute besetzt wurden, wurden sie in Rosa-Luxemburg-Institut umgetauft.

Aber es ist klar, daß die Ursachen der Rezeption tiefer liegen, als auf dieser sprachlosen symbolischen und nominalistischen Ebene erkennbar ist. Nur scheint zunächst die Erkenntnis der Lebendigkeit dieser Tradition nicht aus theoretischer Aneignung zu stammen. Vielmehr war wohl das dumpfe Bewußtsein entscheidend, daß hier jemand war, der sich nicht hat integrieren lassen, der den „Verrat" der Sozialdemokratie erkannt hat und der seinen Kampf gegen die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse durch seinen Tod besiegelt hat. Schließlich sind auch die Anfänge der Rätebewegung, die genauso unreflektiert zum historischen Vorbild genommen worden war, mit Rosas Namen verknüpft. Die tastenden Ansätze eines historischen Bewußtseins etwas zu präzisieren und unter anderem zwei Anknüpfungspunkte festzustellen, ist die Aufgabe der folgenden Zeilen. Dabei mußten die unterschiedlichen Bedingungen des Kampfes gegenüber den vielleicht etwas formalen Identitäten zurückgestellt werden.

1) Außerparlamentarische Opposition

Rosa Luxemburg hat zeit ihres Lebens praktisch und theoretisch den Kampf gegen den sozialdemokratischen Reformismus geführt. Praktisch bedeutete der Kampf gegen den Reformismus zunächst für sie Angriff auf die Verabsolutierung von Parlamentarismus und Sozialreform und den Organisationsfetischismus. In der Revisionismusdebatte, zu der sie die bedeutende Broschüre „Sozialreform oder Revolution" beisteuerte, nahm sie noch die vermittelnde Position des marxistischen Zentrums ein. Gegen den ökonomischen Kampf der Gewerkschaften betonte sie die Notwendigkeit des politischen Kampfes, gegen den Parlamentarismus die außerparlamentarische Aktion, gegen die Sozialreform die Revolution. „Wie die Dinge jetzt liegen, werden der gewerkschaftliche und der parlamentarische Kampf als Mittel aufgefaßt, das Proletariat allmählich zur Besitzergreifung der politischen Gewalt zu führen und zu erziehen." (Sozialreform oder Revolution, Politische Schriften I, Frankfurt 2, 1967, S. 82.)

Mit der zunehmenden Parlamentarisierung und Bürokratisierung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die zuerst in der Reaktion auf die russische Revolution 1905 in der Massenstreikdebatte manifest sichtbar wurde, betonte Rosa in der Agitation die Notwendigkeit des außerinstitutionellen Kampfes, des spontanen Massenstreiks. Gerade weil die Sozialdemokratie den außerparlamentarischen Kampf, vor allem den Streik zu verhindern oder zu erdrosseln suchte (der Parteivorstand untersagte sogar öffentliche Diskussionen über den Massenstreik), entschloß sich Rosa auch zur Opposition gegen den Parteivorstand, den sie bis dahin unterstützt hatte. Die Propaganda für den Massenstreik implizierte die Ablehnung autoritärer Unterordnungsverhältnisse von Führung und Masse. „In den Volksrevolutionen ist nicht das Parteikomitee der allmächtige, geniale Führer, ... sondern nur die breite Masse, die ihr Blut vergießt." (R. L. April 1905 nach Frölich, a. a. O. Paris 1939, S. 107.) Die Massen „würden mit Jubel einen frischen Luftzug in der Taktik begrüßen; aber die alten Autoritäten lasten noch auf ihnen und noch mehr die oberste Schicht opportunistischer Redakteure, Abgeordneter und Gewerkschaftsführer. Unsere Aufgabe ist jetzt, einfach dem Einrosten dieser Autoritäten mit möglichst schroffem Protest entgegenzutreten." (R. L. Brief an Clara Zetkin, nach Frölich, s. o. S. 129.)

Die Selbsttätigkeit der Massen zu mobilisieren und das nötige Selbstbewußtsein dazu zu vermitteln, hielt sie in ihrem antiautoritären Kampf für die wesentliche Aufgabe.

Hier befand sie sich trotz verschiedener Kontroversen im Einklang mit den Anarchisten. „... so ist das große Hindernis für die Bewegung und wahrhafte Wirkung der Arbeiter die Bürokratie, die sich selber in Partei und Gewerkschaften eingesetzt hat." (Sozialist 1. 9. 1911 nach H. J. Heydorn, Vorwort zu Gustav Landauer, Aufruf zum Sozialismus, Frankfurt 1967, S. 13.) Zum Kampf gegen die verselbständigten Apparate und Praktiken der bürgerlichen Demokratie und des Reformismus diente ihr die sogenannte „Spontaneitätstheorie".

2) Kollektives Lernen

Freilich deckte sie sich dadurch gegen den Vorwurf des Anarchismus ab, daß sie den Ausbruch des Massenstreiks nicht dem spontanen Losschlagen kleiner Gruppen zuschrieb, sondern einer elementaren geschichtlichen Kraft. Die Verobjektivierung der Spontaneität zeigt zugleich die Organisationsschwächen der revolutionären Linken und das Praxisverbot in der damaligen Sozialdemokratie. (Vgl. Nettl, a. a. O. S. 409.) Weil der gewaltige Überhau

Entfremdung bedeutet, die durch politische Praxis aufgehoben werden muß. Die Erfahrung war bestimmend, daß Lernprozesse massenhaft und tiefsitzend erst durch Aktionen und Selbsttätigkeit erzeugt werden konnten, weniger aber durch wissenschaftlichen Sozialismus. Zudem war die Sublimierungsleistung von Bücherwürmern auf die Dauer zu frustrierend. Überhaupt, die Fähigkeit zu befriedigendem theoretischem Lernen wurde durch die großen Massenaktionen zum Teil erst wieder neu begründet.

Auch für Rosa konnten revolutionierende Lernprozesse nur durch Selbsttätigkeit in der Aktion in Gang kommen.

„Die Massenstreiks, die politischen Massenkämpfe können also unmöglich in Deutschland von den Organisierten allein getragen und auf eine regelrechte ‚Leitung' aus einer Parteizentrale berechnet werden. In diesem Falle kommt es aber wieder — ganz wie in Rußland — nicht sowohl auf ‚Disziplin', ‚Schulung' und auf möglichst sorgfältige Vorausbestimmung der Unterstützungs- und der Kostenfrage an als vielmehr auf eine wirklich revolutionäre Klassenaktion, die imstande wäre, die breitesten Kreise der nichtorganisierten, aber ihrer Stimmung nach revolutionären Proletariermassen zu gewinnen und mitzureißen." (R. L. Massenstreik, Partei und Gewerkschaften in Politische Schriften I Frankfurt, 1967, S. 196.)

Die sozialistischen Studenten hatten weniger gegen eine Partei als gegen die psychischen Folgen einer reglementierten Arbeitsorganisation und die damit verknüpften psychischen Strukturen zu kämpfen, die Disziplin statt „Aktionismus", genaue Kalkulation der Folgen, das heißt der Kosten einer Aktion, genaue theoretische Bestimmung von Stellenwerten und zentrale Regulierung forderten. Die traditionelle wissenschaftliche Theorie und Praxis vertrat für sie zunächst die Stelle, an der bei Rosa die Partei gestanden hatte. Daß das theoretische Bewußtsein ein latentes Klassenbewußtsein ist, das sich als direkte Massenaktion nicht bestätigen kann, hat Rosa damals schon gesehen. (Massenstreik a. a. O. S. 197.) „Nicht an Postulaten, Programmen, Losungen fehlt es dem internationalen Proletariat", schrieb sie im Ersten Weltkrieg in der „Juniusbroschüre", „sondern an Taten, an wirksamem Widerstand, an der Fähigkeit, den Imperialismus im entscheidenden Moment gerade im Krieg anzugreifen." (Die Krise der Sozialdemokratie in: Politische Schriften II Frankfurt, 1968, S. 146.)

Aktionen erscheinen ihr wie der antiautoritären Bewegung heute als Mittel, versteinerte Verhältnisse aufzubrechen, Lernprozesse und Interessenbewußtsein anzustoßen. Dabei war sie der Meinung, daß diese Lernprozesse gerade in Niederlagen vom Proletariat selbst geleistet werden müssen. Selbstkritik und Selbstreflexion hielt sie für die Regulatoren und Entwicklungsbedingungen der proletarischen Bewegung. „Kein vorgezeichnetes, ein für allemal gültiges Schema, kein unfehlbarer Führer zeigt ihm (dem Proletariat d. V.) die Pfade, die es zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin, sein Dornenweg der Selbstbefreiung ist nicht bloß mit unermeßlichen Leiden, sondern auch mit unzähligen Irrtümern gepflastert. Das Ziel seiner Reise, seine Befreiung, hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung." (Die Krise . . . a. a. O. S. 21.) In ihrer historisch bedingten Glorifizierung der Massen steckt dennoch die richtige Einsicht, daß aus den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Massen selbst revolutionäre Politik hervorgehen muß. Mit diesen Ansichten stand sie, auch als sie noch innerparteiliche Opposition in der SPD betrieb, außerhalb der praktischen und theoretischen Grenzen der Sozialdemokratie. Mit dem Krieg war diese Position vollständig erschüttert, die Unmöglichkeit einer Beeinflussung der SPD von innen hatte sich zu deutlich gezeigt. Der Krieg und noch mehr die konterrevolutionäre Rolle der SPD in der Novemberrevolution machte die Notwendigkeit deutlich, sich gegen und nicht in der Sozialdemokratie zu organisieren.

Ähnliche Erfahrungen haben die revolutionären Studenten mühsam nachholen müssen. Historisch gewendete Analysen können sie abstützen und bekräftigen. Die Rezeption Rosa Luxemburgs kann hier ein historisches Bewußtsein bilden helfen, das die gesellschaftlichen Prozesse unter dem Gesichtswinkel der notwendigen Befreiung und Entfaltung aller individuellen und gesellschaftlichen Produktivkräfte gegen den Kapitalismus begreift.

Luxemburg-Rezeption in der DDR

Eine ähnliche affirmative Rezeption der Schriften und Aktivitäten Rosa Luxemburgs findet man — freilich unter anderen politischen Voraussetzungen — in der Interpretation, die ihr von den Strategen der Arbeiterbewegung in der DDR zuteil wurde.

1951 erschienen erstmals in der DDR nach der nur teilweise edierten Gesamtausgabe von Clara Zetkin und Adolf Warski (Berlin 1923 ff.) „Ausgewählte Reden und Schriften" Rosa Luxemburgs mit einer Einleitung von Wilhelm Pieck. Pieck war in den letzten Monaten des Spartakusbundes und bei der Gründung der KP Mitstreiter Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Was also lag näher, als daß Wilhelm Pieck, nachmaliger Staatspräsident der DDR, sich daran machte, die Werke Rosa Luxemburgs neu herauszugeben.

Beim Durchsehen des Inhaltsverzeichnisses fällt auf, daß die beiden umstrittensten Schriften Rosa Luxemburgs: „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie" und ihr Artikel zur „Russischen Revolution" nicht in die Auswahl aufgenommen worden sind. Sie werden auch in der Pieckschen Einleitung nicht erwähnt.

Der Tenor, mit dem der ehemalige Spartakist Pieck die Würdigung vorbringt, läßt sich ablesen an dem Ausspruch Ernst Thälmanns, den Pieck als Motto an den Schluß seiner Einleitung stellt. Dort heißt es: „Wir denken nicht daran, die Bedeutung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Franz Mehrings und der übrigen Genossen, die den linksradikalen Flügel in der Vorkriegssozialdemokratie bildeten, abzuschwächen ... Rosa Luxemburg und die anderen gehören zu uns." (S. 20) Der Ausspruch Thälmanns aus den zwanziger Jahren ist Ausdruck des kurz nach Rosa Luxemburgs Ermordung beginnenden Streits zwischen rechten und linken Kommunisten um die legitime politische Erbfolge ihrer Schriften. Pieck nimmt diesen politischen „Erbfolgestreit" wieder auf, freilich in einer mehr beschwörenden, denn in einer kritisch aufarbeitenden Art und Weise.

Er lobt die revolutionäre Hingabe Rosa Luxemburgs, ohne die Widersprüche in ihren theoretischen Arbeiten verschleiern zu wollen. Er bemüht sich, die Erinnerung an jene Tage, in denen Rosa Luxemburg [illegible]

Luxemburgs unerwähnt, sagt jedoch schulterklopfend, sie habe in den letzten Monaten ihres Lebens ihre Fehler „eingesehen" (er spielt damit auf das Gründungsprogramm der KPD an, das wesentlich von Rosa Luxemburg stammt und in dem sie organisatorisch verbindliche Formen des Klassenkampfes, nämlich die Arbeiter- und Soldatenräte, aufnimmt). Anstatt diese „Fehler" aber anhand der beiden Artikel zur russischen Sozialdemokratie und zur Kritik der russischen Revolution 1917/18 zu diskutieren, wird nur Lenins Kritik daran reproduziert, was bei dem Leser den Eindruck einer Wiederholung inhaltsleerer Begriffe hervorruft. Die Schwächen, die Wilhelm Pieck bei Rosa Luxemburg aufzudecken versucht, bleiben durch die Methode, die er dabei anwendet, gerade verdeckt. Man kann dieser Einleitung wohl kaum — wie Peter Nettl es tut — den Vorwurf einer bewußten Geschichtsfälschung machen. Vielmehr geht aus den einleitenden Worten hervor, welchen Grad an begriffsloser Objektivierung die Geschichte der Arbeiterbewegung und insbesondere die deutsche Revolution 1918/19 in dem Bewußtsein der traditionellen marxistischen Geschichtsschreiber angenommen hat.

Die Bornierthеit der Pieckschen Einleitung verweist auf eine grundsätzliche Schwäche des traditionellen historischen Materialismus bei der Behandlung der letzten fünfzig Jahre deutscher Geschichte. Er will den Eindruck einer unmittelbaren Kontinuität der revolutionären Bewegung hervorrufen. Zu diesem Zwecke werden Luxemburgs „Fehler" unter dem gleichen realpolitischen Machtprinzip kritisiert, das vor fünfzig Jahren den Streit zwischen Lenin und Rosa zugunsten Lenins entschied. Der Unterschied, den Walter Benjamin zwischen historischer und materialistischer Geschichtsbetrachtung setzte — „Der Historismus begnügt sich damit, einen Kausalnexus von verschiedenen Momenten der Geschichte zu etablieren. Aber kein Tatbestand ist als Ursache eben darum bereits ein historischer. Er ward das, posthum, durch Begebenheiten, die durch Jahrtausende von ihm getrennt sein mögen. Der Historiker, der davon ausgeht, hört auf, sich die Abfolge von Begebenheiten durch die Finger laufen zu lassen wie einen Rosenkranz. Er erfaßt die Konstellation, in die seine eigene Epoche mit einer bestimmten früheren [illegible]

archiviert von: Rechtsanwalt H. Rahn
www.frankfurt-uni68.de

von Sozialdemokratie und Gewerkschaften heute nicht mehr auf der antiautoritären Bewegung lastet, da sie sich außerhalb dieser Institutionen bewegt, ist auch dieser Objektivismus nicht mehr notwendig. Minderheitsaktionen können jetzt ohne „innerparteiliche" Behinderung durchgeführt werden. Die Gründe, die Rosa dazu brachten, im politischen Kampf, im Massenstreik, in der „revolutionären Situation" das vorwärtstreibende geschichtliche Element zu sehen, sind ähnlich wie die der antiautoritären Bewegung, wenn auch in einem anderen Entwicklungsgang gewonnen. Die antiautoritäre Bewegung, wie sie an den Hochschulen begann, ist untrennbar mit der Einsicht verknüpft, daß bloße wissenschaftliche Aneignung politischer Sachverhalte

Demokratischer Sozialismus und Rosa Luxemburg im traditionellen Öffentlichkeitsbetrieb in der BRD

„... zerschlagen wir am wirksamsten alle Versuche, den Namen Rosa Luxemburgs zu schänden und für dunkle Ziele zu mißbrauchen!" (Wilhelm Pieck)

Erst seit ein oder zwei Jahren werden vereinzelte Anstrengungen unternommen, die Bedeutung Rosa Luxemburgs für die „Gegenwart" theoretisch zu bestimmen. Sicherlich gibt es eine Menge Literatur, in der Rosa Luxemburg zitiert wird, ihre Theorien dargestellt werden, aber überwiegend nur im Interesse der Rekonstruktion bestimmter historischer Debatten, der Revisionismusdebatte, der Massenstreiksdebatte, im Interesse der Rekonstruktion ihrer Imperialismustheorie oder ihrer Bedeutung für die Novemberrevolution.

Man kann wohl sagen, daß in Westdeutschland Ossip Flechtheim und Iring Fetscher die gewichtigsten und symptomatischsten Versuche gemacht haben, Rosa zu aktualisieren.

Diejenigen, die mit ihrem Unbehagen isoliert zwischen den Fronten der Sozialdemokratie und der antiautoritären Bewegung stehen, rechnen eine Rosa Luxemburg ihrer Tradition zu, die auch zwischen den Fronten gestanden haben soll.

„Wo immer daher sich Unbehagen (mehr nicht? d. V.) an der sterilen Alternative von sowjetischem Bürokratismus und reformistischer Anpassung meldet, sollte auch Rosa Luxemburg und ihres Werks gedacht werden." (Iring Fetscher, Nachwort zu Paul Frölich, Gedanke und Tat, Frankfurt 1967, S. 353.) Ossip Flechtheim, der sich von Rosa genauso „fasziniert" fühlt wie Fetscher und Nettl („faszinierende Frau" — P. Nettl, Rosa Luxemburg, Köln 1965, S. 16), formuliert ähnlich: „R. Luxemburg versucht so einen dritten Weg zu finden zwischen dem Terrorismus der bürgerlichen Revolution (und, wie er später hinzufügt, dem Terrorismus der russischen Revolution), einen Weg, der vielleicht schon als Vorwegnahme von Laskis ‚Revolution by Consent' wie aber auch der revolutionären gewaltlosen Aktion von heute angesehen werden sollte." (O. F., Einleitung zu R. L. Politische Schriften I, Frankfurt 2, 1967, S. 27.) Wie wird nun dieser dritte Weg bestimmt? Fetscher nennt zunächst als das, was man von ihr heute noch lernen kann, „die verantwortungsbewußte Gründlichkeit, mit der sie die sozialen und politischen Verhältnisse kritisch studierte, bevor sie sich zum politischen Handeln entschloß (a. a. O. S. 356). Als zweites Moment nennt er, wie auch Flechtheim, daß Rosa L. „nie aufgehört hat, zugleich Demokrat und sozialistischer Revolutionär zu sein" (S. 358). Warum? „Niemals hätte sie sich damit zufriedengegeben, daß eine Revolution gegen das Interesse oder die bewußte (!) Absicht der Bevölkerungsmehrheit gemacht wird" (359). Auch für Flechtheim spielt das Gewaltproblem eine entscheidende Rolle.

„Und doch blieb die Identifizierung mit Gewalt und Bürgerkrieg für sie ein Problem" (S. 44). Flechtheim zieht die Gewißheit dafür, wie übrigens auch Fetscher, aus ihrer „Spontaneitätstheorie". „Sie war Sozialistin und Demokratin, weil sie an die Fähigkeit der Arbeiterklasse, sich selbst zu befreien, glaubte. Für sie waren die Schöpferkraft, die Produktivität und die Spontaneität der Massen alles." (Pol. Schriften III, Ffm. 1968, Einleitung, S. 7.)

Wenn man genau hinsieht, schrumpfen die Interessen von Flechtheim und Fetscher letztlich darauf zusammen, Rosa Luxemburg für das Toleranzprinzip zu reklamieren.

Das berühmte „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden" (Die russische Revolution, Politische Schriften III, Frankfurt 1968, S. 134) ist auch der Tenor ihrer Rezeption.

In der Tat knüpft diese liberale Rezeption an zentrale Strukturmerkmale des Denkens von Rosa Luxemburg an. Mit den Theoretikern der II. Internationale, insbesondere Hilferding, teilte sie ja die Tendenz zur reinen Theorie, die Fetscher als der Aktion vorgelagerte „verantwortungsbewußte Gründlichkeit" lobt. Zum anderen kann in der Tat die Berufung auf die Selbsttätigkeit des Lernens, die Spontaneität der Erfahrung und ihrer Verarbeitung als Votum gegen autoritäre Führung und für Toleranz aufgefaßt werden.

Aber die liberale Rezeption analysiert nicht die geschichtlichen Erfahrungen, die zur Entstehung solcher Vorstellungen in der Vorkriegssozialdemokratie führen konnten, und auch nicht die geschichtlichen Erfahrungen, die zu einer Weiterentwicklung der Revolutionstheorie führen mußten. **Indem sie sich affirmativ gegenüber Rosa Luxemburg verhalten, blockieren sie einmal theoretische Fortschritte der Revolutionstheorie und verwenden gleichzeitig implizit die deutsche revolutionäre Tradition gegen die antiautoritäre Bewegung, die an sie anschließt.**

Die Bolschewiki haben schon früh die Grundlagen des Luxemburgschen Toleranzprinzips angegriffen. Denn die Freiheit des Andersdenkenden hieß konkret die Freiheit des Reformismus anzuerkennen, also eine Stabilisierung des Reformismus, mit dem sich die revolutionäre Linke in Deutschland nur in einem geistigen Kampf befand, der keine organisatorischen und praktischen Konsequenzen hatte (vgl. Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 288 ff.). Für Rosa Luxemburg ist denn auch erst der Kulminationspunkt der sozialdemokratischen Entwicklung in der Kollaboration mit dem Imperialismus der Anlaß gewesen, die Fiktion einer gemeinsamen Grundlage aufzugeben, nicht mehr auf dem Boden der Sozialdemokratie Programme zu formulieren, sondern auf dem Boden einer neuen Partei den praktischen Kampf gegen sie zu organisieren. Unter der durchaus „intoleranten" Perspektive, „daß die deutschen Gewerkschaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken, die die Welt je gesehen hat, sind". (Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD in: Politische Schriften II, Frankfurt 1968, S. 195.) Sie formulierte jedoch das Toleranzprinzip vorher nur für die innerparteiliche Diskussion und verabsolutierte es nicht, wie Fetscher u. a. unterstellten, auch für die Beziehung zu politischen Gegnern.

Das Toleranzprinzip, so gefaßt, ist längst zur Stütze der bestehenden Herrschaftsverhältnisse geworden. Indem es radikale Aktionen kritischer Minderheiten ausschließt, schützt es zugleich die systematisch produzierte politische Apathie der Massen. Weil Arbeits- und Konsumzwang die Massen ihren Interessen und Bedürfnissen entfremdet haben, ist die Forderung, daß sie sich selbst erziehen sollen, selbst lernen sollen, eine Abwehr von Bestrebungen, die Zustände, unter denen sie das allererst könnten, erst herzustellen. „Freiheit ist selbst für die freiesten der bestehenden Gesellschaften erst noch herzustellen" (Marcuse). So unterschlagen die großen Förderer Rosa Luxemburgs denn auch, daß sie den Massenstreik für die Voraussetzung kollektiven Lernens ansah, für massenhafte Veränderung des Bewußtseins. Und ferner beziehen sie sich, im Einklang mit dem behördlich geförderten Antikommunismus, hauptsächlich auf Rosas Kritik an der russischen Revolution, nicht auf die Juniusbroschüre, also die Kritik der Sozialdemokratie. Wenn man Flechtheim einmal ausnimmt, so gilt diese Tendenz für sehr viele Vulgär-Interpreten. (Bei Fetscher ist das unklar.) Niemand kann leugnen, daß Rosas Kritik die spezifischen Bedingungen der russischen Revolution z. T. idealistisch übersah (vgl. Frölich, Gedanke und Tat, Frankfurt 1968, S. 288 ff., und Georg Lukacs). Niemand kann auch leugnen, daß Rosa den Terrorismus der russischen Revolution und die Aufhebung der Demokratie als Folge der internationalen Isolierung und des Bürgerkriegs ansah. „Es ist eben die falsche Logik der objektiven Situation. Jede sozialistische Partei, die heute in Rußland zur Macht gelangt, muß eine falsche Taktik befolgen, solange sie nur als Teil der internationalen proletarischen Armee vom Gros dieser Armee im Stich gelassen wird." (Rosa Luxemburg, nach Peter Nettl, Rosa Luxemburg, Köln 1965, S. 664.) Das heißt: Jede Kritik an der russischen Revolution mündet für sie in eine Kritik an der Sozialdemokratie. Wer sich heute verabsolutierend auf die Spontaneitätstheorie Rosa Luxemburgs beruft, ohne ihre spezifische Formulierung und ihre Bedingungen zu diskutieren, unterstützt nur, das alles so weiterläuft, wie es ist. Um die konservative Qualität der heutigen Berufung auf die Spontaneität der Massen zu verschleiern, nennt Fetscher denn auch Lenins Auffassung konservativ (S. 359). Gerade die Bolschewiki aber waren es, die mit bewußten Minderheitsaktionen die Bedingungen dieser Spontaneität erst herstellen wollten und sie nicht wie Rosa der Geschichte und der organischen Entwicklung überlassen wollten. So warf Lukacs ihr „Unterschätzung des bewußtpolitischen Handelns" vor (Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 279).

Jede kritische, nicht konservative Rezeption der Spontaneitätstheorie muß heute ferner davon ausgehen, daß Rosa die Bedingungen und Möglichkeiten revolutionären Lernens nicht massenpsychologisch analysiert hat und damit auch irrationale Politik nicht bewußt verändern konnte. Eine Revision der klassischen Methoden der Bewußtmachung der revolutionären Linken, die durch die irrationale und begriffslose Politik der Arbeiterparteien gegenüber dem Faschismus nur noch dringender geworden ist, wird aus plausiblen Gründen von Fetscher und Flechtheim auch gar nicht in Angriff genommen.

Die „Spontaneitätstheorie" ist nur die eine Seite von Rosa Luxemburgs theoretischem Verhältnis zu den Massen. Diese Spontaneität findet ihr Gegenstück in der geschichtlichen Notwendigkeit der Revolution, die Rosa aus der Notwendigkeit des ökonomischen Zusammenbruchs des Kapitalismus heraus begründet. Die notwendige Blindheit dieser verobjektivierten Bedürfnisse nach Zwang gegenüber den wirklichen Bedürfnissen und psychischen Widersprüchen kann heute nicht mehr die Grundlage revolutionärer Mobilisierung sein. Diese Massenpsychologie zu entwickeln oder überhaupt ihre Notwendigkeit festzustellen, haben natürlich Professoren kein Interesse, die politische Arbeit auf einem „unwissenschaftlichen" und historisch überholten Stand festhalten wollen. (Fetscher behauptet ja schon kühn, Rosa habe ihre Politik wissenschaftlich begründet.) Statt dessen lassen sie an Einsicht wenig leben, viel aber an Bewunderung für Charakter usw. „Mag noch so viel von ihren Erkenntnissen überholt sein, ihr Weitblick und ihr Glaube werden so fortleben wie ihr Mut und ihre Selbstlosigkeit" (Flechtheim, a.a.O. S. 46). „Wie immer der Leser zu Rosa Luxemburgs Theorie und Praxis steht, die integre und reine, mutige und mitempfindende ..." (Fetscher, a.a.O. S. 369). Rosa ist nicht mehr blutig oder rot, sondern lieb und nett, und die Novemberrevolution hat niemals stattgefunden.

Letztlich besteht bei Flechtheim und Fetcher, indem sie für ihren eigenen Pazifismus oder Opportunismus eine personale Tradition begründen wollen, die Tendenz, Rosa Luxemburg durch Lob unschädlich zu machen. Indem sie Rosa als Person idealisieren, privat aneignen und nicht auf eine revolutionäre politische Bewegung beziehen, erschweren sie gleichzeitig der antiautoritären Bewegung eine kritische Rezeption, die sich vor allem auf ihre Vorstellungen über die Erzeugung von politischem Bewußtsein beziehen müßte.

(Rezensionen der Literatur über Rosa Luxemburg auf S. 8)

archiviert von Rechtsanwalt H. Riehn

www.frankfurt-uni68.de

Revolutionäre Politik und Psychoanalyse

Zu Wilhelm Reich: Was ist Klassenbewußtsein?

Reichs Problemstellung ist die jeder revolutionären Politik, die von der Ungleichzeitigkeit revolutionären Bewußtseins ausgehen muß, nämlich „den Zusammenschluß des Bewußtseins der revolutionären Avantgarde mit dem Bewußtsein des durchschnittlichen Erdenbürgers" voranzutreiben (S. 3). Aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen der Ohnmacht der Arbeiterbewegung gegen den wilhelminischen Imperialismus und den Faschismus die Massen erfolgreich zu mobilisieren, kommt R. zu einer radikalen Kritik an der bisherigen politischen Praxis der Avantgarde der Arbeiterbewegung, d. h. ihren Versuchen, Klassenbewußtsein durch die Vergesellschaftung ihres eigenen revolutionären Bewußtseins herzustellen. Der Ökonomismus entwickelt seine ganze Arbeit und Propaganda einzig von der objektiven Seite des gesellschaftlichen Seins her, vom Fortschritt der Produktivkräfte, von den wirtschaftlichen Gegensätzen der Staaten, von der Überlegenheit der sowjetischen Planwirtschaft über die kapitalistische Anarchie etc. und knüpft diese Staatspolitik an die kleinen Tagesnöte an; er erlitt vollkommenes Fiasko.

„Die Sex-Pol entwickelte die Notwendigkeit der sozialen Revolution von den subjektiven Bedürfnissen her, leitete sämtliche Fragen der Politik aus dem Ob und Wie der Bedürfnisbefriedigung der Massen ab und erzielte dadurch das größte Interesse auch der politisch unklarsten Menschen aller Kreise" (S. 59).

Worin bestand nun der Ökonomismus der „Repräsentanten" der Arbeiterbewegung. Die revolutionäre Linke in der deutschen Sozialdemokratie, aus der später die KPD hervorging, sah die soziale Revolution abhängig von den Bewegungsgesetzen der Ökonomie. Die Theorie der sozialen Revolution, die in der Agitation fruchtbar werden sollte, hatte den Zusammenbruch des Kapitalismus als Notwendigkeit nachzuweisen, weil nur so die Notwendigkeit des Sozialismus wissenschaftlich bewiesen werden könne. „Nimmt man jedoch mit Bernstein an, die kapitalistische Entwicklung gehe nicht in die Richtung zum eigenen Untergang, dann hört auch der Sozialismus auf, objektiv notwendig zu sein." (Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? in: Politische Schriften I, Frankfurt 1966, S. 54). Das Verhalten der Individuen wurde als von außerindividuellen ökonomischen Widersprüchen abgängig gemacht.

Der Ökonomismus hielt natürlich gleichzeitig die Verschärfung von Klassengegensätzen für die politische, die steigende Aggressivität gegen die wachsende Ausbeutung für die psychische Grundlage der Revolution. Er setzte zwar auch an individuellen Bedürfnissen an, aber ausschließlich an ökonomischen: Lohn, Arbeitszeit usw. Die psychische Fähigkeit zur Revolution selbst wurde nicht wissenschaftlich untersucht. Ihr Wille zur Revolution sollte aber durch das Bewußtsein der Vergänglichkeit des Kapitalismus und der geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus gestärkt und aktionsfähig gemacht werden. „Er (der Vulgärmarxist R.R.) versinkt schließlich darin, revolutionär Mut einzupumpen, ohne in Wirklichkeit etwas Sachliches zur Situation zu sagen, ohne zu begreifen, was vorgegangen ist." (W. Reich, Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1934, p. 28.) Bewußtmachen hieß weitgehend, mit Hilfe der Nationalökonomie, die unbewußten, anarchischen Gesetze des Kapitalismus bewußtmachen. Nationalökonome war die Theorie der Revolution, allenfalls noch ein bißchen Soziologen begreifen (etwa daß sie den Gewerkschaftsgenerälen in den Krieg folgten).

Auch dem linken Flügel der Sozialdemokratie, der nicht zur KPD übergegangen war, wurde der Widerspruch zwischen objektiver Situation und individuellem Bewußtsein wichtig. Er faßte es unter dem Einfluß von Hendrik de Man und Max Adler als Problem der Erziehung. Die autoritären Organisationsstrukturen der Fabrik, die die SPD übernommen hatte, die zu Disziplin, Organisationstalent und repressiver Solidarität erzogen, wurden als Bedingungen des Scheiterns der Revolution erkannt. Unterdrückung subjektiver Initiative durch Zentralisierung und Militarisierung in der SPD sollte durch Entwicklung „freier Verantwortung" (Anna Siemsen) oder „Revolutionierung des Alltagslebens" (Max Hodann, Arkadius Gurland) aufgehoben werden. Hier entstehen die ersten Ansätze zu einer Massenpsychologie. Wenn H. de Man auch nur der revionistischen Politik, Demokratisierung, gleiche Rechte usw. eine psychologische Basis im Arbeiter verschafft, so stellt er doch die entscheidende Frage richtig: „Wie entsteht die Gefühlslage und die affektmäßige Willensrichtung des Arbeiters aus seinen Lebensverhältnissen." (de Man, Psychologie des Sozialismus, Jena 1927, S. 19) Auch Curt Geyer (USPD) versuchte eine Psychologie und Soziologie der radikalen Massen (G. G. Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1923) Diese und andere Arbeiten beruhen auf der Vorstellung, daß das Bestimmende an der Psychologie der Massen das soziale Minderwertigkeitsgefühl sei, die Schwächung des „Geltungstriebs", wie de Man erzählt. Wie die Individualpsychologie des sozialistischen Freudschülers Alfred Adler nimmt die Massenpsychologie in ihren Anfängen an der kollektiven Sexualverdrängung durch die Betonung von Ich und Bewußtsein teil.

In dieser Situation der Auflösung und Umorientierung des traditionellen Marxismus in der KPD und der SPD präzisiert Reich noch einmal genau die Stelle, die der traditionelle Marxismus, wie wiederhergestellt er auch immer ist, verdrängt. Er ist der Meinung, „daß die Psychoanalyse kraft ihrer Methode, die triebhaften Wurzeln der geschichtlichen Tätigkeit des Individuums aufzudecken und kraft ihrer dialektischen Methode in der Trieblehre berufen sei, die psychischen Auswirkungen der Produktionsverhältnisse im Individuum, d. h. die Bildung der Ideologie „im Menschenkopfe" im Detail zu erklären. (Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse, Unter dem Banner des Marxismus, 1927, Nachdruck, S. 28.) In dieser Schrift — die Bewegung für Sexualökonomie und Politik gründete er erst 1928 — formuliert er die „künftige gesellschaftliche Bedeutung der Psychoanalyse (35) noch nicht so explizit politisch wie in „Was ist Klassenbewußtsein? (1934). Er stellt ihr drei Aufgaben. Erforschung der Urgeschichte der Menschheit, seelische Hygiene (allerdings erst auf der Basis der sozialistischen Wirtschaft möglich) und Kindererziehung als psychologische Grundlage der sozialistischen Erziehung. (35 f.) Zur „politischen Psychologie" wird die Psychoanalyse für ihn erst durch die Erfahrung von der Unfähigkeit der KP und der SPD zum Kampf gegen den Faschismus.

Ein Stück der gemeinsamen Grundursache des Versagens des Sozialismus in allen seinen Teilen, ein Stück zwar bloß, aber ein wesentliches, nicht mehr zu übersehendes, nicht mehr als zweitrangig zu betrachten-

der revolutionären Politik soll nicht die bürgerliche Abstraktion von den Bedürfnissen reproduziert werden, sondern tendenziell aufgehoben oder ihre notwendigen Schranken in der Organisation des Kapitalismus aufgewiesen werden.

Dieses Prinzip revolutionärer Politik bringt er immer wieder zur Geltung. „Die revolutionäre Politik hat vor den Massen nichts zu verbergen, sie will alles enthüllen." (S. 44) Den Sozialismus kann man nur „durch die Erfüllung der kleinen, nächstliegenden Ziele der Massenindividuen, durch mächtige Steigerung ihrer Bedürfnisbefriedigung" erreichen. (16) Die Ansatzpunkte dazu und einige Hemmungen zeigt er unsystematisch und essayistisch in dieser kleinen Schrift auf, die unter den entfremdeten Bedingungen der Emigration in Dänemark geschrieben wurde. Einmal bestimmt er kurz revolutionäre und reaktionäre Momente beim Jugendlichen, den Frauen, dem werktätigen Mann und beim Kind und macht plausibel, daß Klassenbewußtsein „in allen Ritzen des Alltagslebens" (27) steckt, in der Rebellion gegen die autoritäre Unterdrückung durch die Eltern, im Bedürfnis nach einem eigenen Raum bei den Jugendlichen, in der Rebellion gegen die Ehe und die sexuelle Einschränkung bei den Frauen usw. Der KP wirft er bürgerliche Politik vor, weil sie sich nicht unausgesetzt, einfach und klar an die Massen wendet, den Respekt der Massen vor der hohen Politik nicht zerstört, Geheimdiplomatie und Mauschelei nicht abschafft, mit einem Wort auf die Bedürfnisse der Massen nicht eingeht, ihre Interessen nicht weckt, ihr Desinteresse nicht aufbricht. „Die revolutionäre Partei formiert sich ... in erster Linie durch die Behandlung derjenigen Fragen, die die verschiedenen Schichten der Bevölkerung interessieren." (S. 45) In einigen kleinen Reflexionen über Polizei, revolutionäre Aspekte des Liedes, die Angst vor der Revolution, revolutionäre wissenschaftliche Arbeiten usw. zeigt er dann noch die Realität solcher Widersprüche und Hemmungen, auch am Beispiel der Angst vor der Gewalt.

Was sofort auffällt ist, daß Reich sich offenbar hauptsächlich mit Problemen der Freizeit, der Kultur und der Sexualverdrängung auseinandersetzt, nicht aber die Betriebssphäre als ebenso bestimmendes Moment für das Arbeiterbewußtsein analysiert.

Zwar formuliert er anderswo: „Es kommt also auf die Erfassung des Wesens der ideologischen Struktur und ihrer Beziehung zur ökonomischen Basis, der sie entsprang, an. (Massenpsychologie des Faschismus, S. 26), aber diesen Entstehungsprozeß vollzieht er nicht nach. Das ist nicht schwer zu verstehen. Aufgrund des politischen Kampfes mit der autoritären Theorie und Praxis der KP, die ihn schließlich 1932 ausschloß, konnte er offenbar die Sphäre der Arbeit, die Produktion nur in der Form wahrnehmen und zurecht zunächst für sich zurückstellen, wie die KP sie definierte. Um seine „antiautoritären", von der Sexualität ausgehenden Überlegungen überhaupt fundieren zu können, als Basis der Ideologiebildung analysieren zu können, mußte er zurückweisen, daß die Ideologie schematisch und einseitig von der Wirtschaft abhängig sei (Massenpsychologie, S. 27), mußte er den Zusammenhang zwischen ökonomischer Struktur und politischem Interesse zurückdrängen. So wie es immer behauptet worden war, hatte er sich ja auch gerade als falsch erwiesen. Es besteht eben kein unmittelbarer Zusam-

Die Buchhandlung für den Mediziner
JOHANNES ALT seit 1868
BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN
In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21
Telefon 61 29 93
Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134

Luise Pollinger
Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77
Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-,
Zeichen-,
Schulartikel
Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Peter Naacher
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf * 28 76 41
Taschenbuchhandlung: Jügelstraße 1
Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Dissertationen
druckt
BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/525

	bei Expl.	DM pro Seite
von DIN A 4-Vorlage	70	3,–
auf DIN A 5-Format	100	3,20
	150	3,45
	200	3,60
	300	4,30

keine Nebenkosten
● Raster billigst! ●
Angebot anfordern

nach ISRAEL mit EL AL
ISRAEL AIRLINES in Zusammenarbeit mit
DEUTSCHER

archiviert von Rechtsanwalt P. Klenn
www.frankfurt-uni68.de

des affirmativ zur revolutionären Klasse erklärten Proletariats wurden in den autoritären Vorstellungen von geschichtlichen Notwendigkeiten verdrängt.

Der Erste Weltkrieg zeigte frappierend den Widerspruch zwischen objektiver Situation und dem Bewußtsein der Massen, die Irrationalität der sozialdemokratischen Politik, die autoritären Bindungen des Proletariats. Partei und Gewerkschaften hemmten und verhinderten die Befreiung des Proletariats in der Novemberrevolution. Dennoch konnten sie spontane Selbsttätigkeit, Entfaltung individueller Bedürfnisse nach Selbstbestimmung in Räten usw. zunächs nicht verhindern. Subjektive Momente brachen in dem Moment hervor, wo die alten objektiven Notwendigkeiten von Arbeitszwang, Militärzwang und Organisationszwang zerbrachen. Der Ökonomismus als Theorie, der an die alten autoritären Organisationsformen gebunden war, geriet ins Wanken. Vermittlungsglieder wurden in die Theorie der sozialen Revolution eingeführt, die sämtlich auf der aktiven, bewußten, subjektiven Momenten der gesellschaftlichen Zusammenhänge beruhten. Lukacs vertrat die Notwendigkeit exemplarischer Aktion einer bewußten Minderheit, die nicht erst auf die Naturnotwendigkeit der Krisen und der elementaren Massenspontanität warten, sondern diese gerade erst freisetzen sollte. Also Beseitigung der subjektiven Hemmungen durch politische Aktion. (Etwa in „Spontanität der Massen, Aktivität der Partei".) Korsch war wie Lukacs der Ansicht, daß nur bewußte menschliche Tätigkeit den Übergang zum Sozialismus vorantreiben könne. Er rehabilitierte überhaupt erst einmal das Bewußtsein, die Sphäre der Ideologie als „wirklichen Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtwirklichkeit" (Korsch, Marxismus und Philosophie, Frankfurt 1966, p. 120) und damit die Notwendigkeit der „geistigen Aktion". Aber weder Korsch noch Lukacs konnten die Subjekte massenpsychologisch analysieren, auf die sich doch ihre Aktionen beziehen sollten. Die Irrationalität ihrer politischen Handlungen marxistischen politischen Psychologie." (Was ist Klassenbewußtsein, S. 8.)

Er stellt und beantwortet die zentralen Fragen der Wissenschaft im Interesse der Revolutionären Führung. „Die Führung hat keine dringendere Aufgabe, neben der genauen Kenntnis des objektiven historischen Prozesses, als die, zu verstehen: a. was die verschiedenen Schichten, Berufe, Altersstufen, Geschlechter an vorwärtstreibenden Wünschen, Ideen, Gedanken in sich tragen, b) was sie an derartigen Wünschen, Ängste, Gedanken und Ideen in sich tragen, die das Vorwärtstreibende an der Entfaltung verhindert („traditionelle Bindungen). (S. 13) Das zentrale Moment, was ihn radikal von den traditionellen Arbeiterparteien unterscheidet, scheint mir darin zu bestehen, daß er die Antizipation der Befriedigung elementarer Bedürfnisse zur Basis des Interesses an der Revolution machen will. In den Organisationsformen und in dem Wesen und revolutionärem Klassenbewußtsein. „Autoritäre und freiheitliche Gesinnung haben nichts mit den scharfen ökonomischen Klassengrenzen zu tun ... Die Praxis autoritären Zwangs geht ebenso kreuz und quer durch alle Schichten der Gesellschaft aller Nationen, wie freiheitliches Denken und Handeln." (Reich, Die sexuelle Revolution, Frankfurt 1966, Vorwort zur III. Auflage [1945], S. 11) Wer verstehen will, warum W. Reich nicht die Rationalität von Analysen erkannte, die die Fabrikarbeit als Ursache von sexuellen Hemmungen, als Ursache von autoritären Verfestigungen usw. und als Ort, wo gleichzeitig Klassenbewußtsein sich in der Anschauung der eigenen Objektstellung, der Unternehmer- und Meisterwillkür usw. bilden kann, zum Gegenstand haben, der braucht sich nur den denkwürdigen Spruch dieses KP-Fritzen Wilhelm Pieck anzuhören: „Ihr geht von der Konsumtion aus, wir aber von der Proktion; Ihr seid daher keine Marxisten." Wer „Fehler" bei W. Reich gefunden hat, der muß sie in der KP aufsuchen.

Reiner Roth

Schlußfolgerung

Das Klassenbewußtsein der Masse ist nicht die Kenntnis der geschichtlichen oder wirtschaftlichen Gesetze, die das Dasein der Menschen regieren, sondern:

1. die Kenntnis der eigenen Lebensbedürfnisse auf allen Gebieten;
2. Die Kenntnis der Wege und Möglichkeiten ihrer Befriedigung;
3. die Kenntnis der Hindernisse, die die privatwirtschaftliche Gesellschaftsordnung ihr in den Weg legt;
4. die Kenntnis der eigenen Hemmungen und Aengste, sich über die Notwendigkeiten des eigenen Lebens und ihrer Hindernisse klar zu werden („der Feind steht im eigenen Land" gilt auch besonders für die seelische Hemmung des einzelnen Unterdrückten selbst);
5. die Kenntnis der Unüberwindlichkeit der eigenen Kraft gegenüber der Macht der Unterdrücker im Falle ihrer massenmäßigen Zusammenfassung.

Das Klassenbewußtsein der revolutionären Führung (der revolutionären Partei) ist nichts anderes als die Summe des Wissens und der Fähigkeiten, für die Masse auszusprechen, was sie selbst nicht auszudrücken vermag; und die revolutionäre Befreiung vom Joche des Kapitals ist die zusammenfassende Tat, die aus dem voll entwickelten Klassenbewußtsein der Masse von selbst erwächst, wenn die revolutionäre Führung auf allen Lebensgebieten die Masse begriffen hat.

Wilhelm Reich

Dokument: Worte des NHB

Meditation über die Lebensdauer gemäßigter Gruppen an der Frankfurter Universität

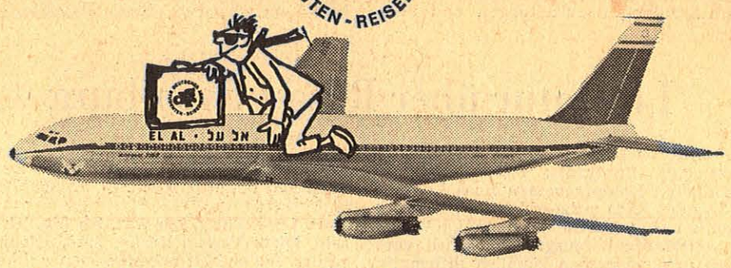
Der RCDS macht Wiederbelebungsversuche. Nachdem im Sommer auch das allerletzte Mittel der Rettung existenzgefährdeter Gruppen, das Demonstrieren, in Ein-Mann-Aktionen versickerte, soll noch einmal versucht werden, das große CDU-Nest mit akademischen Eiern zu füllen.

Dem ADS dürften diese Bemühungen ungelegen kommen, weil es überhaupt der gegenwärtigen Situation an der Universität hilflos gegenüberzustehen scheint. Als Schutz- und Trutzbündnis gegen Barrikadenbauer hat es schon im Mai versagt, als man nach anfänglichen großen Sprüchen nicht in der Lage war, den Zugang zur Uni durchzusetzen. Der Verein kaschiert seine apolitische Tendenz jetzt durch Übernahme linker Sprüche, die er damit zwar nicht inhaltlich billigt, aber auch nicht in ihrer dortigen Bedeutung kritisch reflektieren kann. Nachdem die Hoffnung auf eine parlamentarische Bühne nun mehr und mehr geschwunden ist und vielleicht auch die Finanziers keine Lust an der Fütterung unwirksamer Wahlkämpfe mehr haben, könnte es in Flügelkämpfen den Rest seines fruchtlos-geldverschlingenden Daseins aushauchen.

Da ohnehin einige ADS-Mitglieder dem NHB nahestehen, die sich nur deshalb dem ADS angeschlossen hatten, weil sie hier eine breitere Aktionsbasis und bessere Erfolgsmöglichkeiten für die Abwehr gesellschaftsfeindlicher Tendenzen an der Uni gegeben sahen, wird der NHB als politische Organisation das Interesse der verantwortlich engagierten Studenten verstärkt auf sich ziehen. Seine Möglichkeit auch parlamentarischer Einflußnahme läßt ihn jedenfalls attraktiver erscheinen, als es das rein defensiv agierende ADS sein kann.

Der NHB wächst langsam, aber stetig!

Burkhardt Brinkmann
Pressereferent des NHB



Für Schüler und Studenten wöchentlich
ab 1. März 1969
Frankfurt a. M.–Tel Aviv DM 320,– einfach
mittwochs, donnerstags, samstags
München–Tel Aviv DM 300,– einfach
montags, samstags
Mit planmäßigen Boeing-Jets der El Al
Buchung und Auskünfte
Auslandsstelle
des Deutschen Bundesstudentenringes
53 Bonn, Dietkirchenstraße 30, Telefon 3 10 11

Frankfurter Rundschau die große liberale tageszeitung, die zeitung, die von studentischen lesern bevorzugt wird. warum?

aktuelle information:
eigene korrespondenten und berichterstatter an den wichtigsten punkten des in- und auslands, täglich das weltgeschehen aus erster hand.

gründliche analyse:
leitartikel, glossen und kommentare von journalisten, deren namen über deutschland hinaus klang haben. die „dritte seite" — als gütezeichen für sauberen, engagierten journalismus ein begriff.

mut zur offenheit:
unabhängig von Parteien und interessengruppen, eine zeitung mit eigener Meinung und dem mut, auch heiße eisen anzufassen. ein blatt, das kein blatt vor den mund nimmt.

eine zeitung mit mut — eine zeitung für Sie! bilden Sie sich selbst ein urteil. lesen Sie die FRANKFURTER RUNDSCHAU eine woche lang kostenlos und unverbindlich. gutschein umseitig.

Frankfurter Rundschau
vertriebsabteilung — 6 frankfurt am main 1 — postfach 3685 — telefon 21 99 513
vorzugspreis für studierende
monatlich DM 3,15 als abholabonnement
monatlich DM 3,40 bei postzustellung
monatlich DM 3,80 durch träger

in berlin, bochum-querenburg, bonn, braunschweig, clausthal-zellerfeld, coburg, darmstadt, erlangen, frankfurt, freiburg, gießen, göttingen, hamburg, heidelberg, karlsruhe, kiel, köln, mainz, mannheim, marburg, münchen, münster, nürnberg, stuttgart, tübingen, wehrda und würzburg können studierende die FRANKFURTER RUNDSCHAU bei autorisierten abholstellen erhalten, deren genaue anschriften wir auf wunsch gerne mitteilen.

bau mit
in den sommerlagern des internationalen bauordens

14 tage oder drei wochen
im in- und ausland

auskunft:
bauorden
6520 worms
postfach 770

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

„Betrachten Sie die Schule ruhig als eine Vorbereitung für das Militär“

Der Artikel ist nur zum Teil als Diskussionsgrundlage für Strategie-Diskussion gedacht, zum anderen berichtet er über die Erfahrung unserer Gruppe und versucht die verschiedenen Aktionen und Reaktionen innerhalb einer Kampagne in ihrer Effektivität zu schildern.

Die Kampagne, die in diesem Artikel beschrieben wird, trug einen primär gewerkschaftlichen Charakter, nämlich Schutz der Schülerschaft vor einem extremen (und damit natürlich atypischen) Lehrer. Die Gefahren einer solchen tradeunionistischen Politik sind bekannt, Bürokratismus und Opportunismus und Reformismus und systemimmanente Argumentation. Wir haben aber solche gewerkschaftlichen Aktionen immer nur als Katalysatoren einer Politisierung der Schülerschaft verstanden und versucht durchzuführen. Wir sind dabei von der theoretischen Erkenntnis ausgegangen, daß revolutionäre Massen Massen sind, die ihre objektive Situation erkannt haben. Nichts aber entlarvt unser Schulsystem mehr, als terroristische Reaktionen auf gewerkschaftliche Forderungen, wenn sie nur radikal genug aufgestellt sind (z. B. Entfernung reaktionärer Lehrer aus dem Kollegium).

Nach den Aktionen gegen die Verabschiedung der NS-Gesetze mußte die Antiautoritäre Schülerbewegung erkennen wie gering ihre Massenbasis noch war. Wie wenig ihre theoretische und gesellschaftliche Argumentation das Bewußtsein ihrer Mitschüler veränderte.

Eine neue Strategie war notwendig. Aus der theoretischen Analyse unseres Schulsystems ergaben sich neue Ansatzpunkte. Das Schulsystem erfüllt nur so lange seinen gesellschaftlichen Auftrag — die Produktion qualifizierter Fachkräfte und die Reproduktion überlieferter Normvorstellungen — wie den Schülern ihre objektive Situation fertiggeplante Nummern eines zukünftigen Produktionsprozesses zu sein, das Schülerinitiativen erstickt, der psychische Terror der permanenten Zensierung und Beurteilung, die Vorspiegelung sogenannter Bildungsideale wie humanistischer Geist und abendländische Kultur, die die aktuellen Lücken des Lehrstoffes verschleiern, die Heranzüchtung elitären Akademikerbewußtseins durch die „höhere“ Bildung: das sind die Mittel der Kulturbürokraten.

Inwieweit und auf welche Weise diese Mechanismen durch die konkrete Aktion jedem einzelnen Schüler durchschaubar gemacht und als bekämpfbar dargestellt werden können, soll an folgendem Modellfall untersucht werden: 10 Schüler unterschrieben im letzten Jahr ein Flugblatt, das ihrem Klassenlehrer Dr. Hempelmann schwere pädagogische und inhumane Entgleisungen vorwarf. Zitiert wurden z. B. Sätze von ihm wie „Betrachten Sie die Schule ruhig als eine Vorbereitung für das Militär“ oder „Sie sollen gehorchen, meckern können Sie später“. Dieses Flugblatt führte zum Ausfall einer Abiturientenfeier, zu einem Disziplinarverfahren gegen Hempelmann und Anfragen im Landtag. Rund 2 Monate später verteilten wir eine Reihe von Flugblättern, in denen Ob.-Stud.-Dir. Reußner vorgeworfen wurde, er versuche Hempelmann mit unkorrektem Verhalten zu kriminalisieren. Als OSD Reußner einige Zeit später einen Elternbrief an die Schüler verteilen ließ, reagierten wir sofort. In einem Auto druckten wie einen Gegenbrief, der die Argumente des OSD Reußner zerpflückte. So wurde eine Stunde später der Gegenbrief verteilt, was natürlich einige

Verblüffung bei Schülern und Lehrern hervorrief. Ein paar Tage später fand ein Unterstufenfest statt, bei dem endgültig die schulinterne Affäre zu einer politischen wurde. Schüler, die versuchten, Eltern genauer über die Zustände an der Schule zu informieren, wurden zum Direktor gebracht, erhielten Hausverbot in der eigenen Schule, die Flugblätter wurden beschlagnahmt, weitere Schüler wurden von der Kripo festgenommen und zur Freude des Direktors aufs Schulgelände gebracht, wo ihnen die Flugblätter abgenommen wurden. Auf Bitten des Direktors zeigte das Kultusministerium zumindest 2 Schüler wegen übler Nachrede an. Am Tag darauf wurde die Verweisung dieser Schüler bekanntgegeben.

Es kam zu spontanen Aktionen bisher Unbeteiligter, zu Sit-ins und Protestaktionen auf dem Schulhof. Als die Schulleitung nicht reagierte, traten ca. 20 Schüler vor der Schule in einen zweitägigen Hungerstreik. Da das AUSS inzwischen in der ganzen Stadt und in den anderen Schulen durch Flugblätter die Vorgänge bekanntgemacht hatte, kamen insgesamt ca. 2000 Schüler, Eltern und Lehrer von allen Schulen zu den Streikenden. Dort wurde pausenlos bis 1 Uhr nachts und von morgens 6 Uhr an diskutiert. Durch diese spektakuläre Aktion schafften wir es, den Boykott der bürgerlichen Lokalpresse zu durchbrechen. Das öffentliche Interesse zwang sie, zu berichten. Bisheriger Höhepunkt war eine Demonstration von ca. 300 Schülern zum KuMi. Da unsere Delegation dort nicht empfangen wurde, durchbrachen wir die Bannmeile und belagerten eine Zeitlang KuMi und Parlament, ohne daß die Polizei einschritt. Aber die Aktionen sind noch lange nicht zu Ende, denn auch die Gegenseite kämpft weiter. Bei Redaktionsschluß wurde noch bekannt, daß die Gesamtkonferenz einen dritten Schüler von der Schule verwiesen hat.

Die Gesamtaktion in Einzelheiten an dieser Stelle zu schildern, ist allerdings sinnlos.

Die Funktion dieses Artikels soll es sein, die Bedeutung der systemimanenten Konflikte für die Schülerbewegung zu analysieren und an Hand der Kieler Aktionen praktische Hilfen für ähnliche Vorfälle an anderen Schulen zu geben.

3. Wie haben die beteiligten Gruppen in Kiel reagiert?

a) die Schülerschaft

das Renommee des Direktors war im Gegensatz zu dem zuerst angegriffenen Lehrer bei Schülern und Eltern gut. Man hielt ihn für vernünftig und pädagogisch integer. Es war klar, daß die ersten Flugblätter auf Unverständnis zumindest auf Skepsis stoßen würden.

Deshalb war eine allmähliche Eskalation nötig.

Wir brauchten als erstes ein provokatives Flugblatt unter dem Motto „Alle reaktionären Lehrer sind Hempelmänner! Schmeißt sie auf den Abfallhaufen der Schulgeschichte!“ Einen Tag später folgte ein Flugblatt, das die am Vortag erhobenen Vorwürfe näher bezeichnet.

Wir veranstalteten ein Teach-in und hängten Wandzeitungen auf. Die Reaktion der Schüler war meist negativ, vor allem war hier das Verhalten der Unterstufenschüler interessant:

Sextaner und Quintaner schrien gegen uns an, zogen an den Haaren und Ähnliches, was eine beachtliche Verhetzung von Eltern und Lehrern dokumentierte. Erst als wir eine sachliche und ausführliche Dokumentation über das Verhalten des Direktors herausbrachten, klärten sich die Fronten. Ein großer Teil der älteren Schüler wurde überzeugt. Vor allem unterstützte uns das Schweigen der Angegriffenen. Meist reagierten die Schüler so, daß sie die Kritik zwar für sachlich gerechtfertigt, in der Form aber für verfehlt hielten.

Erst die späteren Terrorakte der Schulleitung erbrachten die volle Solidarität.

Die Schülerschaft hat sich dabei nach unseren Erfahrungen in drei Gruppen gespalten: 1. eine sehr kleine reaktionäre Gruppe, 2. eine den

archiviert von Rechtsanwalt H. Riehn

legen. Die reaktionäre Gruppe hat die irrationalen Argumente der Gegenseite („Schulfrieden nicht stören! Lehrer weiß schon, was er tut; der Direktor ist viel erfahrener als ihr“) übernommen, die den Herrschenden dazu dienen, Herrschaftsinteresse hinter friedlichen Phrasen zu verstecken. Es ist jedem leicht klarzumachen, daß diese Gruppe gegen die objektiven Interessen der Schülerschaft handelt. Zur zweiten Gruppe: Ihr muß man klarmachen, daß man dem Machtapparat der Schulbürokratie nur mit der geballten Macht der Schülerschaft entgegentreten kann. Während der Aktion muß gezeigt werden, daß das Interesse breiterer Schichten ein Machtmittel ist, das die Schulleitung daran hindern kann, Konflikte schulintern totzuschweigen. Gelingt die Aktion, ist die Resignation dieser Schülerschicht, hinter der die Vorstellung steht: Gegen die Lehrer können wir doch nichts erreichen, durch einen erfolgreichen Präzedenzfall überwunden. Gelingt sie nicht, so sind jedenfalls die autoritären Unterdrückungsmittel so offenbar geworden — dies zu erreichen ist jedenfalls unsere Hauptaufgabe —, daß eine Art Klassenbewußtsein, wenigstens aber eine Empörung entsteht. Die Gruppe von dieser Basis aus politisieren, fällt damit sehr leicht.

Zur dritten Gruppe: Das Bewußtsein der aktiven Gruppe selbst erweitert sich während einer Aktion zwangsläufig. Durch ein Arbeitskollektiv wird eine Nivellierung des Wissensgrades und der praktischen Erfahrungen erreicht. Wenn die Gruppe durch ein Sit-in, Streik, Teach-in u. ä. der Öffentlichkeit ausgesetzt ist, wird sie zur permanenten Diskussion gezwungen. Hier entdeckt jeder die Schwächen seiner eigenen Argumentation und sieht sich genötigt, diese Mängel abzubauen. Es zeigt sich, daß eine persönliche Diskussion bessere Ergebnisse erzielt, als längere Reden durch das Megaphon, weil das verbindlicher wirkt, und man genauer gegen die anfallenden Gegenargumente angehen muß. Ein weiterer Vorteil ist, daß die Fixierung aller anfallenden Informationen und Fragen auf einen durchbrochen wird. Gleichermaßen fühlt sich jeder für die Aktionen verantwortlich, und nur so ist eine effektive Gruppenarbeit möglich.

b) Lehrerschaft: Wir hatten gehofft, den Konflikt ins Kollegium hineintragen zu können. Es zeigte sich jedoch, daß die Zwänge des hierarchischen Kollegiums zu stark waren.

Viele jüngere Lehrer, die prinzipiell der Kritik der Schüler zustimmten, waren aus Angst, die Gunst der Schulleitung und damit eine schnellere Karriere aufs Spiel zu setzen, nicht dazu bereit, ihre Meinung im Kollegium deutlich vorzubringen. Mögen die Konflikte in der Lehrerschaft auch latent vorhanden sein, so wurden sie dennoch nicht offenkundig. Im Gegenteil, die Lehrerschaft trat den Schülern als solidarisierter Block entgegen. Das macht es leicht, die Fronten dort sichtbar zu machen, wo sie tatsächlich verlaufen, zwischen Machtlosen und Mächtigen.

c) Die Elternschaft: Es hat sich gezeigt, daß die Schüler, werden sie den direkten Repressionen der Schule ausgesetzt, schnell zum Engagement bereit sind, auf jeden Fall einer politischen Argumentation aufgeschlossen gegenüberstehen. Vollkommen ist die normale Reaktion auf elterliche Repressionen. In unserer Gesellschaft haben die Eltern nahezu uneingeschränkte Verfügungsgewalt über ihre Kinder. Ihre Machtbefugnis reicht vom Freiheitsentzug bis zur physischen Bestrafung. In dem Augenblick, wo Eltern befürchten müssen, daß die Aktionen ihrer Kinder ihre Vorstellungen über deren berufliche Zukunft gefährden, oder sie gar um ihre eigene Karriere bangen, schlagen sie sich auf die Seite der Reaktion. **machen wir Strafantrag oder Dienstaufsichtsbeschwerde. Fast immer darf der Schüler die Aussage verweigern. Das ist das Beste, was wir machen können. Hartes Auftreten und Argumentieren wird immer nur zu unserem Schaden ausgewertet. Propaganda lohnt sich nur vor Schülern. Verlangt immer ein Duplikat des Protokolls. Verweigert die Unterschrift für das Protokoll, wenn etwas drinsteht, das nicht stimmt. Fertigt für alle wesentlichen Dinge Gedächtnisprotokolle mit Datum an.**

Der Bundesvorstand des AUSS sollte nach Wegen suchen, Schülern, die zu Hause rausgeflogen sind, den weiteren Schulbesuch zu ermöglichen bzw. sie durch Geld etc. zu unterstützen. Dieses Projekt ist sehr wichtig, da überall mit Gegenschlägen wie in Kiel zu rechnen ist.

d) Presse und Öffentlichkeit: Das stärkste Machtmittel was den Schülern zur Verfügung steht, ist die Öffentlichkeit, in erster Linie die Presse. Es ist zunächst einmal wichtig, die Regionalpresse zu gewinnen, die im allgemeinen an der Berichterstattung über Affären an der Schule sehr interessiert ist, da sie erwartet, über einen Skandal rein personeller Art berichten zu können. Später jedoch, wenn der politische Aspekt immer deutlicher wird, gehen die Regionalblätter, die meistens auf regierungstreuem Kurs segeln, dazu über, gegen die Schüler zu polemisieren, den Fall zu bagatellisieren oder ihn vollkommen zu verschweigen. Dann ist es jedoch möglich, die überregionale Presse durch öffentlichkeitswirksame Aktionen zu interessieren. Wenn hier berichtet wird, kommt auch die Regionalpresse nicht um eine Stellungnahme herum. In Kiel wurde das durch den Hungerstreik erreicht, wobei jedoch bedacht werden muß, daß Aktionsformen wie ein Hungerstreik sich abnutzen und durch ähnliche Aktionen ersetzt werden müssen.

3) Wie weit lassen sich die Vorfälle in Kiel auf andere Schulen übertragen? Das gilt es zu prüfen, da die Aktionen in Kiel als Vorbild für andere Schulen dienen können und die Erfahrungen für andere Städte verwandt werden sollen. Der Anstoß zu den Vorfällen an der KGS war die Aufdeckung von Übergriffen eines Lehrers, d. h. man hat latent vorhandene Konflikte sichtbar gemacht. Derartige Konflikte lassen sich ohne weiteres an anderen Schulen auf die gleiche Weise provozieren, fast überall sind sie latent vorhanden. Sie durch Flugblätter oder andere Publikationsmittel an die Öffentlichkeit zu bringen ist nicht schwierig. Es bleibt die Frage, ob auch an anderen Schulen die gleichen Reaktionen zu erwarten sind. Wenn wir uns auf die Erfahrung stützen, die man mit solchen Fällen in Deutschland gemacht hat, so sehen wir, daß bei Schulkonflikten in Bremen, Hamburg, Berlin und Frankfurt die Schulleitungen auf gleiche Weise mit Disziplinarmaßnahmen bis zum Rausschmiß reagiert haben. Diese Reaktion der Gegenseite ist aber nicht nur ein Erfahrungswert, sondern läßt sich theoretisch aus der Aufgabe herleiten, die dem Schulleiter in unserer Gesellschaft zuerkannt wird, die Aufgabe nämlich, die die Öffentlichkeit, die Elternschaft, die Institutionen dem Schulleiter stellten, ist als oberstes Prinzip, die Ruhe an der Schule zu wahren und die Wogen zu glätten, nicht aber die Konflikte in ihren Ursachen zu beseitigen. Das aus dem Kaiserreich stammende Disziplinarrecht gibt ihm die ausreichenden Machtmittel dazu. Will der Direktor also zum Beweis seiner Fähigkeiten der Öffentlichkeit die Beseitigung der

www.frankfurt-uni68.de

persönliche Verleumdung der Unterzeichner auf Elternabenden. Ebenfalls habe er Schüler und Eltern angelogen — es folgten Teach-ins auf dem Schulhof, Wandzeitungen und ähn-

Lituratur über Rosa Luxemburg

Paul Frölich, Gedanke und Tat, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 1968. Biographie eines früheren Kampfgenossen Rosa Luxemburgs, aus der KPD ausgeschlossen, konnte er gleichzeitig nicht mehr die Gesammelten Werke Rosas vollständig herausgeben. Frölich verhält sich u. a. deswegen ziemlich affirmativ Rosa gegenüber, neigt zur Idealisierung, kann deswegen auch kritische Weiterentwicklungen des Marxismus nicht verarbeiten. Aber diese Arbeit, im Exil in Frankreich Ende der dreißiger Jahre entstanden, konnte damals auch für ihn kaum den Sinn haben, Rosas Theorien weiterzuentwickeln, bestimmte Konsequenzen zu ziehen. Ihm kam es auf Bewahrung ihres Erbes an, da sie im Sumpf von KP und SPD halbwegs untergegangen war. Und niemand kann ihm das verdenken. Immer noch eine nützliche und unentbehrliche Quelle zum Verständnis von Rosa Luxemburg, schließlich auch billiger als die Biographie von Nettl.

Rosa Luxemburg, Politische Schriften I, II, III, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 1966 bis 1968, je Band 12,— DM. Diese Ausgabe enthält die wesentlichen größeren Arbeiten von Rosa Luxemburg, unter anderem auch die schon früher in der EVA erschienenen Aufsätze über die russische Revolution und die Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. Ferner Sozialreform und Revolution, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, die Juniusbroschüre und ein paar kleinere Sachen. Im Moment die einzige vernünftige und erhältliche Ausgabe. Es ist zu hoffen, daß die EVA sich entschließen kann, auch eine Auswahl aus Rosas Briefwechsel oder/und ihren Zeitungsaufsätzen herauszugeben.

Rosa Luxemburg, Ich war, ich bin, ich werde sein, Dietz Verlag, Berlin, 1958. Kleine Broschüre. Sie enthält neben einigen Artikeln aus der Roten Fahne, dem Organ der KPD, auch die Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD.

Rosa Luxemburg, Briefe aus dem Gefängnis, Dietz Verlag, Berlin, 1961. Diese Ausgabe enthält einige, noch dazu gekürzte Briefe an Sonja Liebknecht. „Und seien Sie frisch und munter, freuen Sie sich über den Frühling: Den nächsten werden wir schon zusammen verleben. Ich umarme Sie, Liebste. Fröhliche Ostern! Auch den Kindern viele Grüße!"

Tony Cliff, Rosa Luxemburg, An International Socialism Publication, London, 1968. Solide Zusammenfassung der wesentlichen politischen und ökonomischen Kontroversen und Theorien Rosas. Knapp. Für einen ersten Überblick sehr hilfreich. Wird zur Zeit ins Deutsche übersetzt.

Karl Radek, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Hamburg, 1921, neu herausgegeben vom Berliner Extradienst und Peter Nettl, Rosa Luxemburg, Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin, 1965, werden ausführlicher in der nächsten Ausgabe des Diskus besprochen.

Antonia Grunenberg / Rainer Roth

DISKUS **GUTSCHEIN** für eine kostenlose probelieferung **F**

ich bin noch nicht abonnent der FRANKFURTER RUNDSCHAU und möchte sechs tage kostenlos und unverbindlich die FRANKFURTER RUNDSCHAU lesen.

im anschluß an die 6-tage-probelieferung wünsche ich:

☐ weiterlieferung zum vorzugspreis für studenten für monatlich: DM 3,15 im abholabonnement — DM 3,40 bei postzustellung — DM 3,80 durch träger *

☐ vorerst keine weiterlieferung (gewünschtes bitte im ☐ mit einem x versehen)

vor- und zuname:

hochschule (kurzname), fakultät:

wohnort, zustellpostamt: ( )

straße, hausnummer, zimmer:

studienbestätigung (stempel):

datum

(kann auch nachgereicht werden!)

unterschrift

wir bitten Sie um vollständige und deutliche eintragungen. * (trägerzustellung ist nur in/um frankfurt möglich)

größten Teil der Schülerschaft ausmachende unentschlossene Gruppe und 3. die Gruppe der Aktiven. Bei der Analyse der drei Gruppen lassen sich folgende Behandlungsrichtlinien aufstellen: zur ersten Gruppe: Man darf mit ihr nur auf rationaler Ebene verkehren, wenn man sich auf Polemik oder gar Gegengewalt einläßt, fördert man nur das Klischee, daß sich zwei extreme Gruppen gegenseitig lahm-

Geisterkunde

Der Schriftsteller Thomas M. hatte einen gesellschaftskritischen Roman von über 1000 Seiten geschrieben, der unter reichen Schwindsüchtigen spielte. Herr B. fand ihn delikat wie alles von Thomas M. und verfaßte einen Text, den er unter dessen Namen in Umlauf brachte. Darin wurde die Schwierigkeit behandelt, einem Engel von hinten beizuschlafen, ohne ihm die Flügel zu verletzen.

aus:
André Müller / Gerd Semmer
Geschichten vom Herrn B.
Kindler Verlag

Richtigstellung

Kampfansage an DISKUS

Brief der Kampagne für Demokratie und Abrüstung

Liebe Freunde,

eigentlich sollten wir gegen den „DISKUS" Nr. 8/Dezember 1968 mit einer einstweiligen Verfügung vorgehen, aber wir glauben nicht, daß diese Methode in der Außerparlamentarischen Opposition das richtige Mittel für Auseinandersetzungen ist. **Wir müssen aber auf alle Fälle folgende Richtigstellung in der nächsten Ausgabe des „DISKUS" fordern** und bitten um sofortige Mitteilung, ob diese Richtigstellung erscheinen wird:

Reimut Reiche berichtet in der Frankfurter Studentenzeitung „Diskus" (Ausgabe Dezember 1968) von einer „tragischen" Entwicklung der Kampagne für Demokratie und Abrüstung (Ostermarsch-Bewegung): In der Sitzung der Kampagne vom 23. 11. habe die „KP-Fraktion" die Spitzenpositionen der Kampagne übernommen und die Ostermarsch-Bewegung auf die Unterstützung des Dortmunder Wahlbündnisses festgelegt. Tragisch ist hier nur die Leichtfertigkeit, mit der Reiche Falschinformationen in die Welt setzt und Praktiken der Springer-Presse kopiert. Tatsächlich **wurde** in der Sitzung der Kampagne für Demokratie und Abrüstung am 23. 11. **die Geschäftsführende Leitung Andreas Buro, Klaus Vack und Arno Klönne übertragen; diese sind wie jeder über die APO Informierte weiß, weder Anhänger der Politik der KPD/DKP noch Anhänger des Dortmunder Wahlbündnisses.** Tatsächlich wurde von dem Zentralen Ausschuß festgestellt, daß die Kampagne das Dortmunder Wahlbündnis nicht unterstützen wird.

Schüler langen Verhören auszusetzen. Besonders bei jüngeren Schülern trat der gewünschte Effekt ein: Sie wurden verängstigt und gaben Zuwiderhandlungen zu, wenn man ihnen väterlich oder drohend gegenübertrat. Sie verwickelten sich in Widersprüche, die sie zugeben mußten, und waren schließlich froh, wenn sie „nachsichtig" als Mitläufer herausgestellt wurden. Wenn dann der Direktor bei den Eltern anrief und fragte, ob diese wüßten, was ihr Kind täte, daß es verführt sei und daß die schulischen Leistungen litten, trat jedesmal die gewünschte Reaktion ein: Verbot jedes weiteren Engagements.

Deshalb müssen wir in Verhören zuerst immer Rechtsmittelbelehrung verlangen. Wenn man sie uns falsch oder nicht gibt, weisen, so muß er den gleichen Weg gehen, den man bei uns gegangen ist. Hat ein Schulleiter jedoch tatsächlich die Einsicht, den berechtigten Forderungen der Schüler nachzugeben, so verleiht das der Schülerschaft das Gefühl, ihre Interessen wirksam vertreten zu können und sie werden aus der Resignation heraustreten. Aber gerade weil diese Auswirkungen von der Schulleitung gefürchtet werden, ist es äußerst unwahrscheinlich, daß der Schulleiter sich tatsächlich auf die Seite der Schülerschaft stellt. Es ist daher klar, daß sich in diesem Falle der Unterdrückungsmechanismus in gleicher Weise wie an der KGS bloßstellen wird. Man wird in der gleichen Weise die autoritären Reaktionen der Gegenseite anprangern können und in gleicher Weise die oben dargestellten Erfolge in der Schülerschaft erzielen können.

Bildung: affirmativ — kritisch

In einer Welt, in der die technische und ökonomische Rationalität dominiert, wo funktionales Denken sich in einem umfassenden Irrationalismus verliert, da drängt sich die Frage auf, inwieweit die Schule mit der Ausformung einer kritischen Bildungstheorie sich dazu beitragen Schüler und Lehrer zur kritischen und politischen Analysen der herrschenden Antagonismen zu befähigen. Der vorliegende Band stellt sich der mit dieser Frage aufgeworfenen Problematik und verdient deshalb besondere Beachtung.

In Erkenntnis der idealistischen Belastung und der ambivalenten Bedeutung des Bildungsbegriffs bemüht sich Heydorn, dem verschütteten Gehalt der humanistischen Bildung für die technologische Gesellschaft in einer historischen Abhandlung zu neuer Aussagekraft zu verhelfen: Die bürgerliche Pädagogik verstand Bildung als „Innewerden der Vernunft" und nicht als Funktion oder Instrument einer obrigkeitlichen Herrschaft. Sie ordnete der Bildung ein Eigengewicht zu, das dem einzelnen zur Distanz gegenüber der bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft verhelfen könne. „Der Prozeß einer rationalen Entfaltung der Bewußtseinskräfte im relativ abgesetzten Raum und ihre Übung an ausgesuchtem empirischem Material muß das in der Umwelt schon Vorgegebene aus seiner Selbstverständlichkeit entlassen und damit der Unveränderbarkeit entheben. Da der Prozeß zudem auf die analytische Funktion des Bewußtseins abgestimmt ist, erzeugt er Mißtrauen gegenüber dem Funktionellen, dem mächtigen Werkzeug der Herrschenden." Bildung eröffnet nach Heydorn die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Konflikten.

Dagegen hebt sich die offizielle Bildungspolitik von E. Schütte ab, der eine Rationalität begünstigt, die lediglich auf Reproduktion bestehender Machtverhältnisse und auf die Ergänzung des technisch qualifizierten Arbeitskräftepotentials gerichtet ist. Gemessen an der kritischen Auseinandersetzung Heydorns mit dem Bildungsbegriff ist es unverständlich, wenn E. Schütte noch von einer Pädagogik spricht, die „im Hinterhof der Philosophie zur Miete wohnt". Schütte fordert die Erziehungswissenschaft zur Theorienbildung und zur Schaffung einheitlicher klarer Begriffe auf und verschweigt gleichzeitig, daß er gerade die Erziehungswissenschaft daran hindert, weil er die nötigen finanziellen Mittel verweigert und dieser Wissenschaft die vollen akademischen Rechte vorenthält.

Allerdings erweist Heydorn der Erziehungswissenschaft einen schlechten Dienst, wenn er den abgewirtschafteten humanistischen Bildungsbegriff für eine Erziehungskonzeption beibehält, die die Gesellschaft selbst in Frage stellen soll. Denn Bildung im weit verbreiteten Sinn bedeutet Innerlichkeit, Abwendung von der Gesellschaft, Rückzug auf eine imaginäre Oase. Die so Gebildeten waren stets die pflichtbewußten Diener einer das Individuum mißachtenden Herrschaftsorganisation.

Rauschenberger wendet sich in seinem Aufsatz „Über das Lehren und seine Momente" mehr der Technik des Lehrens und Lernens und dem damit verbundenen Problem der Distanzierung zu. Er verbleibt in einem funktionalistischen Bereich der technischen Vermittlung von Wissensstoff. Die Frage, inwieweit Lehren und Lernen dazu beitragen kann, die Gesellschaft zu verändern, wird nicht gestellt. Allerdings ist seine fragmentarische Didaktik wesentlich gesellschaftsbezogen und bietet bei einer Weiterentwicklung einer Theorie des Lehrens die Möglichkeit, die gestellte Frage einzubeziehen.

G. Koneffke liefert einen Betrag zur Struktur und Organisation des Schulwesens zu. Seine Analyse macht deutlich, daß sich hinter der Fassade modernistischer Schulreformen nach wie vor hierarchische Herrschaftsstrukturen erhalten ist. Der Gedanke, daß die „Selbstreflexion des Pädagogen" die Aussichten für eine demokratische Schulreform stärkt, ist in Anbetracht einer noch stärkeren Funktionalisierung des Studiums des Lehrers eher bittere Ironie als wohlmeinender Ratschlag.

In Anbetracht dieser Situation ist es verfehlt, sich in moralischen Ansprachen zu verlieren, wie es Th. W. Adorno in „Erziehung nach Auschwitz" tut. Eher geht es darum, über die notwendigen Analysen der gegenwärtigen Misere im Bildungswesen hinauszukommen, indem man Kriterien schafft, die das Bestehende in Frage stellen.

Der Band „Zum Bildungsbegriff der Gegenwart" aus der Reihe KRITISCHE BEITRÄGE ZUR BILDUNGSTHEORIE bietet Ansätze, diese Forderung zu erfüllen. Es bleibt zu hoffen, daß sich die weiteren Beiträge in dieser Richtung präzisieren. **W. Münzinger**

Herausgegeben von H. J. Heydorn, B. Simonsohn, F. Hahn, A. Hertz
Zum Bildungsbegriff der Gegenwart
Beiträge von T. W. Adorno, W. R. Gaede, H. J. Heydorn, G. Koneffke, H. Rauschenberger, E. Schütte
Verlag Moritz Diesterweg
Frankfurt, Berlin, Bonn, München
1967, 192 S., 18,80 DM

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Fünf Formen von Black Power

Zur Zeit der Newarker Black-Power-Konferenz im Juli 1967 war es klar, daß Black Power eine verschiedene Bedeutung für verschiedene Leute hatte. Innerhalb des ganzen Spektrums lassen sich fünf verschiedene Formen von Black Power grob unterscheiden. Alle von ihnen sind in verschiedenem Grade von kulturellem Nationalismus durchdrungen; innerhalb dieser Kategorien gibt es ein beträchtliches Maß an Überschneidungen. Zusätzlich findet sich in allen fünf Kategorien das politische Konglomerat von orthodox schwarzen Nationalisten wieder. Von der politischen Rechten zur Linken lassen sich folgende Ausformungen unterscheiden:

Black Power als schwarzer Kapitalismus. Dieser wird zum Beispiel von den nationalistischen Black Muslims advoziert, welche die Schwarzen anhalten, Geschäfte, Fabriken und landwirtschaftliche Unternehmungen aufzubauen.

Whitney Young, der amtierende Direktor der National Urban League, unterstützte dieses Konzept wesentlich in seinem jüngsten Aufruf zur „Ghetto Power".

Der neueste Vertreter eines schwarzen Kapitalismus ist Präsidentschaftskandidat Richard M. Nixon. In einer Rede am 25. April 1968 rief Nixon zu einem Abrücken von regierungsfinanzierten Wohlfahrtsprogrammen auf und forderte statt dessen „mehr schwarzes Unternehmertum, schwarzen Stolz, schwarze Arbeitsplätze... Black Power im konstruktivsten Sinne", Militante Schwarzen sollten nach Nixon versuchen, Kapitalisten zu werden, „um am Reichtum teilzuhaben".

Black Power verstanden als „mehr schwarze Politiker". Vor einigen Jahren forderte die SNCC, daß die Farbigen unabhängige Parteien gründen sollten.

wie z. B. die Lowndes County (Alabama) Freedom Party, die Farbige in Ämter einsetzt, in denen sie ihrem Volk verantwortlich bleiben. Dies war Rassenpolitik. Aber bald wurde sie zur Integrationspolitik korrumpiert. So beschrieb zum Beispiel die integrationistische und auf den schwarzen Mittelstand zugeschnittene Zeitschrift Ebony in ihrer Januarausgabe 1968, die Wahl von Negerbürgermeistern in Gary, Ind., und Cleveland, Chic., als „Black Power an den Wahlurnen". Aber in diesen Wahlen und in den Wochen danach fehlten die wesentlichen Charakteristika von rassischer Gruppenloyalität. Wie es die Vertreter der militanten Farbigen immer wieder formulierten: „Ein schwarzes Gesicht im Amt ist noch lange nicht Black Power."

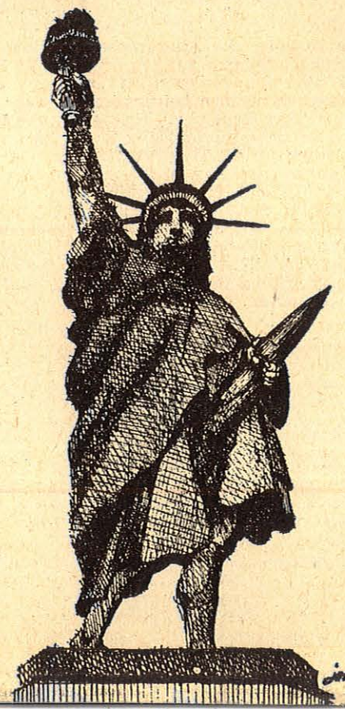
Le Roi Jones, bekannt als schwarzer Nationalist und Mitglied der United Brothers, jener schwarzen Einheitsfront, die in Newark die Kontrolle der Stadt anstrebt, versuchte tatkräftig die Rassenunruhen nach dem Mord an D. Martin Luther King einzudämmen: Im April 1968 führte Jones seine Position in einem Interview mit der Washington Post aus. „Unser Ziel ist es, eine autonome schwarze Regierung bis 1970 in Newark zu schaffen." Jones sagte: „Wir haben unsere Leute in allen gesellschaftlichen Bereichen in Newark. Es ist ein weitverzweigtes Netz des Geschäfts- und des politischen Lebens.

Ich bin dafür, daß die Schwarzen durch die Anwendung des schnellsten, leichtesten und erfolgreichsten Mittels an die Macht kommen. Malcom X. hat gesagt, der Stimmzettel oder die Kugel. In Newark ergibt sich eine Situation, wo der Stimmzettel Erfolg verspricht. Ich meine, wir müssen überleben. Ich habe den weißen Mann nicht erfunden. Wir versuchen, mit ihm auf dem bestmöglichen Wege auszukommen... Schwarze Leute sind keine Mörder... wir wollen aber auch keine Sterber sein."

Jones fügte hinzu, daß er „Imperiale (Polizeipräsident in Newark und Führer der örtlichen rechten Weißenorganisation) mehr achtet, weil er nicht wie die weißen Liberalen lügt". Imperiale, sagte er, „vertritt die irrige Meinung, daß wir in seinen Bereich eindrin- [illegible] tun wollten... Dies war die ment nicht der Fall ist, und eine langfristige, ja sogar eine unmittelbare Bedrohung darstellen.

Für die Polizei und Imperiale waren Jones Ausführungen natürlich insofern nützlich, als sie öffentlich eine Gruppe von schwarzen Militanten innerhalb der farbigen Gemeinschaft gegen eine andere absetzte.

Probleme wie das vorliegende sind mit Wahrscheinlichkeit in anderen städtischen Gebieten zu erwarten, da immer mehr amerikanische



derte die Partei jedoch ihre Position und wurde integrationistisch.

Die den Argumenten der Kommunisten zugrunde liegende Logik jedoch scheint die Bemühungen der weißen herrschenden Klasse zu motivieren, die eben darin bestehen, Black Power zu integrieren und weitere Revolten in den Städten zu verhindern. So ist es die neue schwarze Elite, die ironischerweise gleichermaßen durch Erfolge und Fehlschläge der Bürgerrechtsbewegung zustande gekommen war, auf die die Machthaber jetzt angewiesen sind. Einige der Mitglieder dieser Gruppe sind militante Nationalisten, ja sogar Separatisten. Sie rekrutieren sich meist aus der traditionellen schwarzen Kleinbürgerklasse oder sind in höhere Schichten aufstrebende Mitglieder der Arbeiterklasse, deren Mobilität in gewissem Maße durch die frühen Siege der Bürgerrechtsbewegung bedingt ist. Aber ihnen allen gemein ist eine Frustration auf Grund der Fehlschläge der Bürgerrechtsbewegung, und sie zeigen oft ein genuines Interesse an der Verbesserung des Loses der Schwarzen. Da sie engagierte Kämpfer sind, ist ihnen auch eine gewisse Glaubwürdigkeit und Anerkennung im Getto sicher. Diese Faktoren sind es, die diese Gruppe zu den idealen Gettoverwaltern macht. Sie suchen Verbesserung der bestehenden Zustände, nicht die Revolution.

Kurzum, die Kontrolle von Schwarzen über eine schwarze Gemeinschaft wandelt sich langsam in eine Kontrolle der schwarzen Elite über die schwarze Gemeinschaft. Dadurch erfüllt sich die bürgerlich-demokratische Revolution, aber in einer Weise, die geeignet ist, die Macht des weißen Establishments über die schwarzen Gettos zu perpetuieren.

Black Power als schwarze Befreiung im Kontext einer amerikanischen Revolution. Dieser Flügel der Black-Power-Bewegung, der von den Black Panthers, vielen Mitgliedern der SNCC und verschiedenen örtlichen Gruppen repräsentiert wird, sieht die Schwarzen als eine interne Kolonie der Vereinigten Staaten, die sowohl materiell als auch kulturell ausgebeutet wird.

Er advoziert einen antikolonialistischen Kampf um die Selbstbestimmung, der Hand in Hand mit einer allgemeinen Revolution in den gesamten Staaten gehen muß. Er verlangt Bündnisse mit weißen Radikalen und anderen potentiell revolutionären Splittergruppen der weißen Bevölkerung, da nach seiner Analyse eine echte Selbstbestimmung für Schwarze im Rahmen des die USA gegenwärtig kennzeichnenden kapitalistischen Imperialismus und Rassismus nicht erreicht werden kann. Verbindungen mit den Revolutionären der Dritten Welt werden ebenfalls betont, da der schwarze Kampf — wie andere nationale Befreiungsbewegungen — vermutlich antikolonialistisch und gegen einen gemeinsamen Feind, den US-Imperialismus, gerichtet sein wird.

Aber die schwarzen Radikalen waren bis jetzt mit einigen Ausnahmen nicht in der Lage, diese Analyse konkret anzuwenden oder sie in ein Kampfprogramm umzusetzen.

Es gibt zum Beispiel keine Studie über das Verhältnis einer allgemeinen US-Revolution zum schwarzen nationalen Befreiungskampf. Übrigbleiben nur die Theorien der orthodoxen weißen Linken, doch die werden von den militanten Schwarzen ausdrücklich zurückgewiesen.

Die Frage nach Verbindungsformen mit der Dritten Welt hat ebenfalls Schwierigkeiten bereitet. Sieht man von Reisen in Länder der Dritten Welt und Zusammenkünfte mit Repräsentanten der Dritten Welt ab, so findet man als einziges Programm für eine direkte Verbindung die Forderung der Panther nach einem Plebiszit der Schwarzen unter UN-Aufsicht und nach Stationierung unter UN-Beobachtern in US-Städten; selbst das ist lediglich nur eine Abwandlung des Planes von Malcolm X. aus dem Jahre 1964, der eine UN-Intervention sicherstellen sollte.

Ein indirektes Bindeglied zur Dritten Welt zeigt sich in der schwarzen Anti-Kriegsbewegung. Die meisten aktiven Kriegsgegner unter den militanten Schwarzen befürworten offen revolutionäre Befreiungskämpfe in der ganzen Welt und stellen sich gegen imperialistische Aggressionskriege. Darüber hinaus haben diese Aktiven eine Machtbasis, von der aus sie operieren können.

Rhetorik, aber sie sind nicht in der Lage, praktische Ergebnisse zu erzielen. Unter diesem vielfältigen Druck verkündet darum Stokeley Carmichael, daß die Weißen der Feind seien, dem man im besten Falle mit Gleichgültigkeit begegnen könne. Er organisiert vereinigte schwarze Fronten, deren Einheit in der gemeinsamen Hautfarbe und in ihrem gemeinsamen Überlebenswillen besteht, und das Überleben erlangt bald die primäre Bedeutung.

Nicht alle militanten Führer haben dem Druck nachgegeben. Sogar innerhalb derselben Organisation gibt es Differenzen. H. Rap Brown, der gegenwärtige Vorsitzende der SNCC und ein Mann, der guten Grund hat, gegen die Weißen verbittert zu sein, hat nichtsdestotrotz vertreten und hält an dieser Anschauung unverändert fest, daß die revolutionären Kräfte und ihre Verbündeten an den gleichen Maßstäben gemessen werden müssen: an Einsatz- und Aktionsbereitschaft. Diese Maßstäbe sind jedoch anspruchsvoll, und so ist auch von Brown bekannt, daß er wachsende Zweifel am Vorhandensein revolutionärer Kräfte innerhalb und außerhalb der schwarzen Gruppen hegt.

Carmichael glaubt, daß die Schwarzen den künftigen Rassenkampf gewinnen werden, aber unter den schwarzen Militanten wächst die Furcht vor Tod, Völkermord und Ausrottung. Der Mord an King verlieh dieser Befürchtung neue Nahrung.

Cleaver hatte eine weitverbreitete Ansicht vertreten, als er in der Mai-Ausgabe von Ramparts schrieb, „wenn das weiße Mutterland einen Sieg über die schwarze Kolonie erringen sollte, dann ist es die Pflicht der schwarzen Revolutionäre, sicherzustellen, daß der Sieg der Imperialisten nicht mehr als ein Pyrrhus-Sieg wird, der mit dem Blut dessen geschrieben wird, was Amerika hätte werden können".

Trotz dieser düsteren Prognosen sollte man nicht übersehen, daß, wie ein Militanter jüngst sagte: „Die Revolten in den Städten und die Black-Power-Bewegung dazu geführt haben, daß es heute nur noch wenige Schwarze ohne politisches Bewußtsein gibt." Dieser Kommentar trifft auch auf Bewußtsein und Tätigkeit

Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Politikwissenschaft
Eine Einführung in ihre Probleme
Hrsg. v. D. Senghaas und G. Kress
304 Seiten, kt. 15 DM, Ln. 22 DM

Walter Euchner
Naturrecht und Politik bei John Locke
312 Seiten, kt. 22 DM, Ln. 30 DM

Dieter Senghaas
Abschreckung und Frieden
Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit
358 Seiten, kt. 18 DM, Ln. 26 DM

Karl Griewank
Der neuzeitliche Revolutionsbegriff
272 Seiten, kt. 15 DM, Ln. 22 DM

Peter Bachrach
Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft
128 Seiten, kt. 12 DM, Ln. 22 DM

dritte welt

Lateinamerika
Imperialismus und Guerillabewegung
Hrsg. v. Lothar Menne
165 Seiten, kt. 9 DM

Renate Zahar
Kolonialismus und Entfremdung
Zur politischen Theorie Frantz Fanons
176 Seiten, kt. 9 DM

Pierre Jalée
Die Dritte Welt in der Weltökonomie
224 Seiten, kt. 9 DM

Die arabische Linke
Hrsg. v. Bassam Tibi
256 Seiten, kt. 9 DM

Politische Ökonomie Geschichte und Kritik

Eugen Varga
Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen
350 Seiten, Snolin 18 DM, Ln. 26 DM

G. A. Feldman
Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens
160 Seiten, Snolin 18 DM, Ln. 26 DM

Elmar Altvater
Externe Effekte und zentrale Planung

archiviert vom Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

grundsätzliche Richtigstellung. Wir wollen nicht belästigt werden, und ich bin sicher, er will es auch nicht."

Andere Umstände machen die Erklärung der neuen Taktik von Jones komplizierter, aber auch instruktiver: In Newark besteht die Möglichkeit für militante schwarze Nationalisten, Kontrolle über die Stadt zu erlangen, vorausgesetzt, daß es ihnen gelingt, nicht von der Polizei oder von Rechten vertrieben zu werden. Aus ihrer Perspektive ist es deshalb von vorrangiger Bedeutung, Zeit zu gewinnen und den Frieden zu erhalten bis eine gewaltlose Machtübernahme möglich ist, worauf in den Kommunalwahlen von 1970 Aussicht besteht. Eine gewaltsame Konfrontation zum gegenwärtigen Zeitpunkt, so könnten die Nationalisten argumentieren, würde für ihre junge und immer noch relativ schwache Organisation verheerende Folgen haben.

In der Zwischenzeit, in dieser Periode des Abwartens, in die die tatsächliche Macht der Stadtverwaltung und der rechtsgerichteten Weißen abnimmt, weil ihre Anhänger aus der Innenstadt abwandern, sollte jeder Versuch unternommen werden, die schwarze Bevölkerung um ihre neuen aufstrebenden Führer zu einigen und potentielle aufrührerische Elemente zu eliminieren. Diese Elemente sind zweifacher Provenienz: selbständige politische Aktionen, die einigen schwarzen Rückhalt haben, wie die NCUP, die auch eines der acht städtischen Sozialämter kontrolliert; zum zweiten, Gruppen, die die Bewaffnung befürworten und die spontane Gewaltanwendung gegen das Establishment vertreten. Beide Gruppierungen bestehen in Newark, und das Problem besteht darin, daß sie in der schwarzen Gemeinschaft mitarbeiten, aber unabhängig von der Gruppe sind, die die Macht anstrebt. Außerdem können sie ebenfalls in ihrer Stärke anwachsen, was beim weißen Establish-

USA

Städte sich mit einer schwarzen Bevölkerungsmehrheit auseinanderzusetzen haben und da der Kampf um die Macht aus der Phase militanter Rhetorik in jene der unmittelbaren Praxis übergeht.

Da 1968 ein Präsidentschaftswahljahr war, stellt sich natürlich die Frage nach der Politik der militanten Schwarzen. Die Antwort ist, daß keine einheitliche Strategie zustande gekommen ist. Einige Gruppen traten für Stimmenthaltung ein, andere unterstützten Kandidaten der Socialist Workers Party, und wiederum andere sind mit den verschiedenen Kampagnen der Peace and Freedom Party verbunden. Die Black Panther Party hatte Eldridge Cleaver zum Präsidentschaftskandidaten nominiert. Verschiedene nationalistische Gruppen hatten zur Briefwahl für den im Exil lebenden militanten Robert F. Williams aufgerufen, und überdies hat der Komödianten-Aktivist Dick Gregory seine eigenwillige Kampagne gestartet.

Aus all diesem ergibt sich ein Fehlen der politischen Richtung, die es für die Politiker des Establishments sehr viel leichter machen wird, viele schwarze Militante zur Kollaboration zu bewegen. Richard Nixon z. B. setzte sich jüngst für eine neue politische Gruppierung ein, die Republikaner, den New South, die New Liberale und schwarze Militante umfaßt. Nach der New York Times vom 17. Mai 1968 bezeichnete Roy Innis, der stellvertretende Direktor des Kongresses für Rassengleichheit, Nixon als den einzigen Präsidentschaftskandidaten mit Verständnis für die Bestrebungen der Schwarzen.

Black Power als Gruppenintegration. Nathan Wright rät den Farbigen, sich zu einer Gruppe zusammenzuschließen, um Eingang in den amerikanischen Wirtschaftsstrom zu finden.

Z. B. ruft er zu organisierten Anstrengungen durch Farbige auf, „um führende Positionen in Verbänden, Bistümern, Domkapiteln, Schulverwaltungen und in hohen Positionen des Managements von Banken, Kaufhäusern, Geldinstituten, Anwaltsbüros und in sozialen und administrativen Stellen und Betrieben anzustreben".

Wrights Position weicht von der des schwarzen Kapitalismus und Integrationismus insofern ab, daß er an Stelle der individuellen Bestrebungen solche von Gruppen fordert, um Eingang in das amerikanische System zu finden. Dies kann ganz einfach als eine andere Version der Rassenpolitik verstanden werden.

Black Power als Kontrolle der Farbigen über farbige Gemeinschaften. Dies ist das politische Zentrum des Black-Power-Spektrums und die am weitesten akzeptierte Form.

„Die Schwarzen", sagte Floyd McKissick, nationaler Direktor von CORE in einer Rede am 31. Juli 1967, in der er das Programm der Gruppe analysierte, „versuchen, das Erziehungssystem, das politisch-ökonomische System und die Administration ihrer eigenen Gemeinden zu kontrollieren. Sie müssen ihre eigenen Gerichte und ihre eigene Polizei kontrollieren ... Geschäftseigentum muß im Getto auf Farbige transferiert werden, entweder individuell oder kollektiv."

Die Schwierigkeit dieses Programms besteht darin, daß es die widerstreitenden Interessen innerhalb der schwarzen Gemeinschaft übersieht. Es spezifiziert nicht, wer die Kontrolle ausüben und zu wessen Nutzen kontrolliert werden soll. Auf diese Weise ist es offen für eine Vereinnahmung durch die bestehende Machtstruktur oder kann in schwarzen Kapitalismus degenerieren.

In den 30er und 40er Jahren unterstützte die KP den schwarzen Separatismus mit dem Slogan „Selbstbestimmung in den schwarzen Gürtelzonen mit Negermajorität". Parteitheoretiker argumentierten, daß die Schwarzen eine Kolonie bildeten und daß die Grundaufgabe der schwarzen Befreiungsbewegung in der „Fortführung der bürgerlich-demokratischen Revolution" (d. h. des Bürgerkriegs) bestünde, indem sie eine unabhängige schwarze Nation in den Südstaaten gründete, um damit die weiße Herrschaft und den halb feudalen Status der Schwarzen im Süden zu beenden. Zum damaligen Zeitpunkt hätte dies Kontrolle der Arbeiterklasse über die schwarze Gemeinschaft genannt werden können. Später än-

Leider ist diese antiimperialistische Stimmung im großen und ganzen nicht in eine organisierte Aktion umgesetzt worden. Die schwarze Anti-Kriegsbewegung litt bisher unter Opportunismus und unter schwachen und wirkungslosen Organisationsformen. Eine neue Gruppierung, die National Black Antiwar Antidraft Union, mit John Wilson von der SNCC an der Spitze, hofft einige dieser Probleme zu lösen, aber sie ist noch zu jung, als daß sie bis jetzt irgendeinen durchschlagenden Erfolg verzeichnen könnte.

Abgesehen von diesen Problemen macht auch der Druck der Ereignisse den schwarzen Radikalen zu schaffen. Auf der einen Seite sehen sie sich einer anwachsender Repression gegenüber, auf der anderen Seite eskaliert in den Gettos der Zorn und der Nihilismus. In gewissem Sinne sprach Black Power den Zorn und die Frustration der städtischen Massen an und verstärkte ihre Militanz. Ihr Erfolg waren größere und besser durchorganisierte Rebellionen. Sie waren aber nicht in der Lage, repressive und integrationistische Praktiken im nachhinein zu unterbinden. Diejenigen, die nicht geschluckt, eingesperrt oder getötet wurden, sind indessen langsam dem Nihilismus und Fatalismus verfallen.

Dieser Prozeß wurde beschleunigt durch die Unfähigkeit der weißen Linken, sich mit Rassismus und Repression ernsthaft zu befassen. Immer mehr schwarze Militante glauben, daß es einfach keine wirksam revolutionären Elemente in der weißen Bevölkerung gibt. Die weißen Studenten haben sich weitgehend auf ihren Kampus zurückgezogen, wo die Linke stärker geworden ist; sie haben jedoch keine Gruppen von armen Weißen und weißen Arbeitern organisiert, so daß die Bevölkerungsteile weiterhin den US-Rassmus und Imperialismus unterstützen. Die ältere linke Mittelklasse der Weißen hat sich selbst unschädlich gemacht, indem sie sich entweder der mittelständlerischen Kriegsgegnerbewegung angeschlossen hat oder mit der Liberalen durch die Unterstützung McCarys gemeinsame Sache machte. Eine Handvoll weißer Linker beeinflussen die Schwarzen weiterhin durch

Gemeinschaften wetteifern heute kulturelle Ereignisse mit der Harlem-Renaissance der 20er Jahre. Der kulturelle Nationalismus, ein Faktor im politischen Kampf, war zweifelsohne eine positive Kraft.

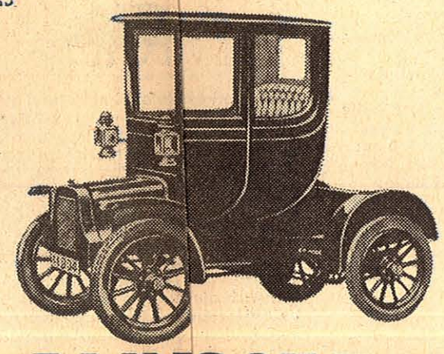
Schon weisen hier und da Zeichen auf eine Zeit nach der Black-Power-Bewegung. Man denkt in zunehmendem Maße daran, durch das Zusammenschmelzen bestehender schwarzer Gruppen eine nationale Organisation mit einem einheitlichen radikalen und revolutionären Programm zu schaffen, die genuine Wurzeln in den schwarzen Gemeinschaften hat. Für die schwarzen Radikalen liegt das zu lösende strategische Problem darin, das rechte Verhältnis zwischen den nationalen und den Klassenaspekten in der schwarzen Bewegung zu finden. In der Vergangenheit sind die Radikalen von einem Pol zum anderen übergeschwenkt, aber es wird immer deutlicher, daß an keinem der Extreme eine aussichtsreiche Strategie und ein wirksames Programm für die schwarze Befreiungsbewegung gefunden werden kann.

Durch die Betonung der nationalen Frage sind die Panthers potentiell in der Lage, ein sehr weites Spektrum der schwarzen Bevölkerung zu mobilisieren. Da sie außerdem das Wesen der Klassenausbeutung in der US-Gesellschaft erkannt haben, konnten die Panthers mit Verbündeten außerhalb der schwarzen Gemeinschaft zusammenarbeiten und Feinde im Inneren identifizieren.

Strategie und Organisation der Panthers sind noch weit von der Perfektion entfernt. Die Gruppe wird außerdem permanent und systematisch von der Oakland-Polizei bekämpft und zerschlagen. Wohl mag man die Panthers liquidieren, aber die Geschichte der Kämpfe in anderen Ländern lehrt, daß nach einem gewissen Zeitpunkt ein Befreiungskampf eine eigene Kontinuität entwickelt, die von Individuen und Organisationen unabhängig wird.

Robert Allen

(Entnommen und leicht gekürzt aus einem Pamphlet des Guardian)



1904

als dieser erste Cadillac zum Grundstein einer Dynastie von chromüberladenen „Nerz-Transportern" wurde, waren kühne Automobilisten noch eine seltene Zeiterscheinung. Heute ist das Auto ein Massenverkehrsmittel. Eine gute Fahrschule gestaltet ihren Unterricht entsprechend dieser Entwicklung.

FAHRSCHULE POHL

6 Frankfurt a. M. Minute von der Uni · Bockenheimer Landstraße 113
Telefon 77 91 40

Die Fahrschule der Studenten

provokativ

Kapitalismus und Pressefreiheit
Am Beispiel Springer
Hrsg. im Auftrag des Republikanischen Clubs Berlin v. Peter Brokmeier
196 Seiten, kt. 9 DM

Ernest Mandel
Die deutsche Wirtschaftskrise
Lehren aus der Rezession 1966/67
64 Seiten, kt. 3 DM

Politische Texte

Leo Trotzki
Schriften über Deutschland
Gesammelte Werke 1
Hrsg. v. Helmut Dahmer
eingeleitet v. Ernest Mandel
ca. 330 Seiten, kt. ca. 18 DM, Ln. ca. 26 DM

Karl Marx/Friedrich Engels
Pressefreiheit und Zensur
Hrsg. und eingeleitet v. Iring Fetscher
238 Seiten, kt. 15 DM, Ln. 22 DM

Karl Liebknecht
Ausgewählte Reden und Schriften I
Hrsg. und eingeleitet v. Helmut Böhme
320 Seiten, kt. 15 DM, Ln. 22 DM

Paul Levi
Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie
Aufsätze und Reden
Hrsg. v. Charlotte Beradt
ca. 160 Seiten, kt. 12 DM, Ln. 18 DM

Hermann Weber
Die Wandlung des deutschen Kommunismus
Die Stalinisierung der KPD 1924—1929
650 Seiten, Ln. 50 DM

Ossip K. Flechtheim
Die KPD in der Weimarer Republik
Eingeleitet von Hermann Weber
272 Seiten, Snolin-Broschur 15 DM,
Ln. 22 DM

Gajo Petrovic
Wider den autoritären Marxismus
128 Seiten, kt. 10 DM

Europäische Verlagsanstalt

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Nº 2/1968 ACHTUNG, es geht weite.

Was ist
Scheisse?

Scheisse, auch Exkrement genannt, ist das
Was herauskommt, wenn man täglich für
1,92 DM ernährt wird Polizeihunde kric
gen 25 Prozent mehr !!
Nicht nur Kalorien, sondern auch Vita=
mine & andere Aufbaustoffe sind nötig!
Mangelerscheinungen zeigen sich nicht
nur in Gewichtsverlust. Manchmal ist das
Gegenteil der Fall. Weitere
Symtome: Haarausfall, schlechte Zähne,
ickel, Mattigkeit.
Bleibende Schäden!!

Wir brauchen keinen „KZ"-Arzt der kaum
den Arsch vom Stuhl hoch kriegt & der
einen Sprachfehler hat: er kann nicht
„Ja"sagen! Ergebnis: Scheisse!!
Wenn man nicht soviel mit Scheissen be=
schäftigt wäre, um den Mist wieder los zu
werden, würde man ganz gerne öfter mal

KOTZEN !!

Die Vernichtung „unwerten Lebens" betreibt man in der „Straf"anstalt Tegel auf zwei Arten. Entweder lassen Justizsenator Hoppe, Strafvollzugspräsident Schmiedeke und der Leitende Regierungsdirektor Glaubrecht an Gefangene verdorbenen Fisch, verdorbenes Fleisch oder tuberkulöse Rinderlungen samt den darin enthaltenen Eiterbeulen verfüttern. Wer sich darüber beim Parlament beschwert, dem läßt SPD-DGB-Sickert antworten, der sich vorher bei NSDAP-Glaubrecht erkundigt, was er dem Beschwerdeführer schreiben soll. Oder die „Herren in Tegel", Hoppe, Schmiedeke, Glaubrecht, liquidieren „auf die flotte" durch Erhängen oder Strangulieren. Wir wollen als Beweis dafür drei Fälle aus dem Zuchthaus schildern; alle Opfer waren zwischen 25 und 30 Jahren alt.

Der Gefangene W. war in der Anstalt wegen einer Kopfverletzung in ständiger ärztlicher Behandlung, er war mehrmals zusammengebrochen und mußte von Gefangenen oder Beamten zur Sanitätsstation getragen werden. Sein physischer und psychischer Zustand war äußerst bedenklich.

Sechs Monate vor seiner Entlassung im Juli 1968 meldete sich W. nach einem Zusammenbruch zwischen 13.00 und 14.00 Uhr beim diensthabenden Sanitäter auf der Station AI. W. verlangte wegen unerträglicher Kopfschmerzen ein Medikament, das ihm der Sanitäter verweigerte, da er am selben Tag an W. schon ein Medikament ausgegeben habe. W. sagte darauf, daß er sich aufhängen würde, da er die Schmerzen nicht mehr aushielte. Der Sanitäter schickte ihn in seine Zelle mit der Antwort: „Dann hängen Sie sich eben auf." Nach einer halben Stunde entdeckte der Stationswachtmeister, daß sich W. an dem in der Wand eingelassenen Betthaken stranguliert hatte. So hilft man in Tegel durch Mord der Personalnot unter den Sanitätern ab.

Wie man zwei Pritschen für Neuzugänge frei macht, zeigt ein anderer Fall.

Zwei Gefangene hatten sich in ihrer Not befreundet; für sie beide war das sicher die einzige Möglichkeit, die Tegeler Barbarei zu überstehen. Da sie eine Zelle teilten, wurde einer verlegt, weil Gefangene, die sich nicht mehr hassen, ihre Aggressionen gegen den Apparat richten könnten, der sie physisch und psychisch verkrüppelt.

Einer der beiden, T., wurde in die Station B IV verlegt. T. war schwer magenkrank und deshalb in ständiger Behandlung. Auch war er „Beobachter", das heißt, an seiner Zellentür war ein roter Punkt, der die Beamten verpflichtet, stündlich die Zelle zu kontrollieren. Zwei Wochen nach der Trennung von seinem Freund bekam T. um 22 Uhr Magenkrämpfe, so daß seine Schreie das ganze Haus wach hielten. Nach einiger Zeit kam ein Wachtmeister, denn T. hatte gleich die „Fahne geschmissen" (Rufzeichen für den Wärter).

Da T. einen Sanitäter verlangte, hätte der Wachtmeister bei ihm bleiben müssen, bis dieser da war, oder er hätte alle zehn Minuten die Zelle kontrollieren müssen — so die Vorschrift. Als endlich um drei Uhr der Sanitäter kam, fand dieser nur noch die kalte Leiche von T., der sich am Zellenfenster aufgehängt hatte.

Als T.s Freund S. von dem Tod seines Freundes erfuhr, verfiel er in tiefe Depression, er verweigerte das Essen, und im ganzen Haus wußte man, daß sich S. mit Selbstmordgedanken trug (was auch in den Akten stand).

S. ließ sich auf eigenen Wunsch in die Todeszelle seines Freundes verlegen und erhängte sich drei Wochen später an demselben Gitterstab. Auch S. war „Beobachter", seine Leiche wurde morgens vom Stationswachtmeister entdeckt und dann vom Sanitäter und dessen Kalfaktor abgeschnitten. Die Leichenstarre hatte bereits eingesetzt, das heißt, T. war seit Mitternacht tot.

Diese unverantwortlichen Handlungen, begangen unter der Verantwortlichkeit eines „liberalen" Justizsenators und der Aufsicht des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers Glaubrecht, verdeutlichen, weshalb die drei „unabhängigen" Gewalten unseres spätkapitalistischen Staatsapparates so eng zusammenrücken.

Ein Untersuchungsausschuß wäre nach dem im EXTRA-Dienst und in den ANRISSEN veröffentlichten Material längst fällig gewesen. Würde er jetzt eingesetzt, so nur deshalb, weil es höchste Zeit ist, die virtuos gehandhabte Verschleierungstaktik des Senats vom Abgeordnetenhaus fortsetzen zu lassen.

Die Bemühungen des Berliner Senats, den Fragenkomplex Strafvollzug nicht in das Bewußtsein der Öffentlichkeit dringen zu lassen, beinhalten, daß unsere spätkapitalistische Gesellschaft sich dieser terroristischen Gefängnisse bedienen muß. Unser Interesse kann es nicht sein, dem Berliner Senat die Arbeit abzunehmen, die ein Untersuchungsausschuß nicht zu leisten imstande ist.

Das Interesse der Unterdrückten kann es vielmehr nur sein, die Gefängnisse abzuschaffen, denn die Versuche des Individuums zu seiner Emanzipation von der kapitalistischen Gesellschaft werden von ihm selbst mit Schuldgefühl beantwortet, das Strafbedürfnis fordert; und die Gefängnisse sind dazu da, das Strafbedürfnis der Individuen, die immer aufs neue in Unfreiheit zurückgestoßen werden, zu befriedigen.

Im Auftrag der Ad-hoc-Gruppe „Strafvollzug" an der TU
HENRY SCHIFFER, EKART WÖRNER

(Aus der Studentenzeitung der TU-Berlin: „Anrisse")

Tegeler Liquidatoren

Unsere Universitäten sollen den Studenten an das kapitalistische Leistungsprinzip anpassen. Die Gefängnisse und Zuchthäuser, der Vollzug für Sicherungsverwahrung und Arbeitshaus bieten dem Gefangenen eine Alternative: Entweder er paßt sich an und schickt sich in den Kreislauf Knast, Obdachlosenasyl, oder er führt sich in den „Vollzugsanstalten" wie ein Verbrecher auf, dann ist er lieb Kind, da er gebraucht wird, um die nötige Atmosphäre von Angst zu erzeugen, mit der sich 2000 Gefangene von weniger als 300 Aufsichtsbeamten, so in Tegel, bewachen lassen.

Zehn Prozent dieser Beamten sind ständig krank, der Rest arbeitet in drei Schichten. Wer sich anpaßt, den läßt man dafür in Ruhe auch dann, wenn er in seiner Zelle sitzt und heult wie ein Gefangener, der ein Gnadengesuch eingereicht hatte. Seine Frau bekam das zehnte Kind, zwei Drittel der Haftzeit

Der Autor dieses Artikels ist Psychologe und hat ein halbes Jahr als freiwilliger Strafvollzugshelfer in Tegel gearbeitet. Er hat dort einen Psychologiekursus abgehalten, der von der Anstaltsleitung nach drei Stunden unterbunden wurde. Nachdem Wörner sich anläßlich des Landfriedensbruch-Prozesses gegen Teufel selbst angeklagt hatte, wurde gegen ihn wegen „politischer Unzuverlässigkeit" Hausverbot verhängt.

in die Hand bekommt. Er ‚schmiß die Fahne' (optisches Signal), um einen Wachtmeister herbeizurufen, der auch gleich kam und erstaunt darüber war, daß die Zellentür offenstand. Alle Zellentüren lassen sich nämlich von außen mit Messern oder Schraubenziehern öffnen, aber nicht wieder von innen verschließen. Der Wachtmeister wagte gar nicht, B., der als Schläger bekannt ist, nach der offenen Türe zu fragen. B. verlangte für zwanzig Mark ‚Ware', das Geld wolle er ihm gleich geben. Erst lehnte der Wachtmeister ab, wurde aber schnell gefälliger, als B. sagte, er lasse ihn wegen anderer mitgebrachter Sachen hochgehen.

wählten Vertretern zum Teil selbst verwaltet werden.

Unter solchen Bedingungen könnte Solidarität entstehen, die es gar nicht mehr notwendig macht, die Schränke abzuschließen.

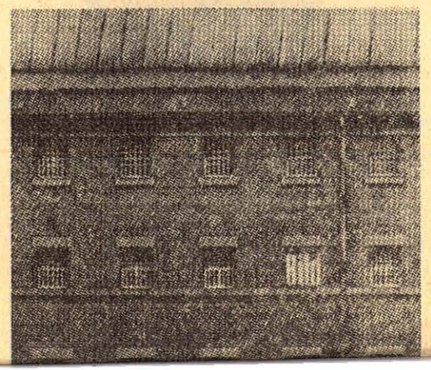
Resozialisierung oder exemplarisches Lernen

Die Resozialisierung, von der man seit Jahren faselt, muß scheitern, denn man kann keinen in eine Gesellschaft resozialisieren will, der sie nie angehört haben.

Das Schicksal der meisten Gefangenen war

Pressesyndikat

Eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung hat ergeben, daß 72 Prozent aller Bundesdeutschen „meinen", „die Verbrechen nehmen bei uns immer mehr zu" (Frankfurter Rundschau, Nr. 234/68); die Umfrage lief unter dem Thema: Wovor haben die Deutschen Angst? Doch die Strafanstalten erzeugen und erhärten in ihrem gegenwärtigen Zustand immer den infantilen und analen Charakter, der — sei es aus Schuldgefühl (siehe dazu Dr. Theodor Reik, „Geständniszwang und Strafbedürfnis") oder Dissozialität — unter Beihilfe von „Bild" das Angstpotential erst schafft, das die Grundlage von Politik bei uns allemal ist.



Der einzige Ausweg besteht darin, die Anstalten nach den Bedürfnissen zu ordnen und zu dezentralisieren. In diesen Anstalten könnte dann zu Eigeninitiative ermutigt und diese gefördert werden. In Tegel gibt es Ansätze in dieser Richtung nur in der Form von Mal- und Sprachkursen, in der Form von Sport (von dem ein Hauptwachtmeister aber alle Gefangenen mit Bart ausschließt) und in Form eines Kursus über frühe (!) chinesische Geschichte. Jeder Gefangene aber, der nicht kuscht, kann von diesen „Vergünstigungen" ausgeschlossen werden. Denn all das, was für einen Menschen lebensnotwendig ist, kann als Vergünstigung gewährt werden.

Einige Gefangene nun haben dieses System unterlaufen und stellten heimlich eine Zeitung her — in Plötzensee gibt es so etwas schon lange ganz offiziell. Die ersten vier Nummern werden hier dokumentiert. Als die dritte Nummer, die sich bezeichnenderweise nicht mit der NS-Vergangenheit des Direktors beschäftigte, sondern mit einem Ausblick auf die Zukunft, erschienen war, wurde die Anstalt dicht gemacht. Zwei freiwillige „Straf"vollzugshelfer, denen man wohl nachweisen können wird, daß sie das Zeitungsprojekt zumindest kannten, erhielten Hausverbot. Die anderen bleiben draußen, bis sie „politisch überprüft" sind.

Inzwischen wurden gegen das Tegeler Pressesyndikat staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet. Sie führt der Staatsanwalt Tanke, der schon im Warenhaus-Brandstifter-Prozeß bewiesen hat, daß er mit dem Geist, der Flugblätter erzeugt, nicht lange fackelt.

Die Gefangenen, denen man Beteiligung am

archiviert von Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Ablehnung. Das Gericht begründete die Ablehnung unter anderem damit, daß die gute Führung nicht in Rechnung zu stellen sei, da die mehrfachen Haftstrafen des Gefangenen eine routinemäßige Anpassung an den Anstaltsbetrieb mit sich brächten; du bist ein Schuft und bleibst einer.

Besser geht es dem Gefangenen B., dem es nach Aussagen von anderen Gefangenen als einzigem in Tegel gelungen ist, mit dem Direktor Arm in Arm über den Hof zu gehen. B. ist ein schwerer Junge, der als einer der wenigen das militärische Kasernierungssystem gerechtfertigt erscheinen läßt und davon profitiert.

Erpressung im Gefängnis

„B. hatte sich Zugang zu einer Zelle verschafft; er wollte zeigen, wie man einen Wachtmeister

Am anderen Morgen war der Tabak da." Von der Anstaltsleitung wird zunächst alles, was lebenswichtig für die Gefangenen ist, verboten, um es in der Praxis dulden zu können und nur in Einzelfällen dagegen einzuschreiten: lebenswichtige Details werden somit kriminalisiert und zur Disziplinierung ausgenutzt. Der Gefangene, vor dem sich kein Beamter fürchtet, sitzt vierzehn Tage im Arrest, wenn er eine Tür selbst aufschließt.

Da sich einige Gefangene, solange die anderen bei der Arbeit sind, Zugang zu deren Zellen verschaffen und dort hauptsächlich Tabak stehlen, will man jetzt für drei Millionen Mark die Schlösser umbauen.

Für weniger Geld könnte man die drei alten Häuser in Abteilungen aufspalten, in denen sich die Gefangenen frei bewegen könnten, und in die Zellen verschließbare Schränke stellen. Diese Abteilungen könnten von ge-

in ein Erziehungsheim eingeliefert wurden. Ihr Weg führte dann fast unausweichlich ins Gefängnis oder Zuchthaus, eben weil ihnen ein kontrollierendes Über-Ich fehlt, was allein durch die Förderung ihrer kommunikativen Fähigkeiten zu entwickeln wäre.

Die „Straf"anstalten reproduzieren der Gesellschaft ihre Verbrecher, um den Besitzenden zu beweisen, daß sie die Besseren sind.

Den Benachteiligten, die in den Gefängnissen enden, wird nicht geholfen, wenn man sie in einer Zelle einsperrt, die nichts anderes ist als eine Toilette mit einem Bett, wo sie Tüten kleben oder Diapositiv-Rahmen im Akkord zusammensetzen.

(Aus der Studentenzeitung der TU-Berlin: „Anrisse")

SCHÖNER
WOHNEN

Essen wird ihnen nicht mehr von Mitgefangenen, sondern von Beamten gereicht. Einer von ihnen schrieb jetzt nach draußen: „Ich weiß nicht, wie lange ein Mensch das aushalten kann." Derweil Glaubrecht sicherstellte, daß zwei von denen, „die sich mit diesen gemeinen Subjekten und Verbrechern gemein gemacht hatten", ihre freiwillige Arbeit in der Anstalt beenden mußten, legte er sich eine Mappe mit Huldigungsschreiben aus der Zuchthausabteilung an. Und ging „in den immer wieder verschobenen Urlaub", wie er sagt; es wäre eine Gelegenheit, ihn dort zu lassen.

(Aus dem Berliner Extra-Dienst)

Was ein Demonstrant in 30 Stunden Haft alles lernen kann

Was ein Demonstrant in 30 Stunden Haft alles lernen kann!
In den Zimmern lagen aufgestapelt jeweils 6 bis 8 Matratzen, die auch dem Letzten klarmachten, daß unser Aufenthalt nicht von allzu kurzer Dauer sein würde. Vor den Türen postierten sich je zwei Bullen, verboten uns zu rauchen, die Fenster zu öffnen und 'rauszugehen. Die Barschheit der wacheschiebenden Polizisten wurde zum Objekt des Spottes. Natürlich wurde heimlich geraucht und offen aufgefordert, alle mögen dies doch auch tun. Die Versuche, das Rauchen einzudämmen, vergrößerten die Rauchlust und den Spaß, die Typen zu provozieren. Dann wurden wir einzeln zur Leibesvisitation gerufen. Diese war nicht ungründlich; allen wurde am Gemöcht 'rumgefingert, obwohl einige der

Befingerten beteuerten, sie hätten vorher schon alle Steine und Molotows weggeworfen. Dann wurden allen Leuten alle Utensilien weggenommen. Was die Leute so alles mit sich 'rumschleppen!

Die erste Nacht selbst war ruhig; vereinzelt wurde in den Zimmern begonnen, Abfälle, Papier . . . aus den Fenstern zu werfen. Ein Großteil der Inhaftierten wurde in dieser Nacht „erkennungsdienstlich behandelt" (Fingerabdrücke, Photos für die Verbrecherkartei . . .). Wenn man sich weigerte, wurden einem die Fingerabdrücke mit Gewalt genommen. Einem Schüler gelang es, durch permanentes Wegdrehen den Polizeiphotographen zur Kapitulation zu zwingen. Vor dem E. D. wartete eine Gruppe auf dem Gang. Die Gruppe bat, ein geöffnetes Fenster zu schließen. Man friere. Die Polizisten weigerten sich; ein Demonstrant schloß das Fenster; der Bulle öffnete es wieder; ein Demonstrant schloß es wieder usw. Der Bulle war recht sauer, drohte zu schlagen, traute sich aber nicht. Wir verlangten nach seinem Chef. Der sei nicht da, sagte der Bulle. Der war aber da, stand hinter ihm und sagte: mach das Fenster zu.

In einem Zimmer begann man zu überlegen, was man jetzt machen solle; man hatte keine Lust, die Haftzeit stumpf und blöde 'rumzusitzen und auf die Entlassung zu warten und vor allem, denen draußen die Aktionen zu überlassen. Wir wählten eine Delegation, die zum Boß des Hauses gehn sollte. Währenddessen gelang es, durch offene Aufrufe die Demonstranten dazu zu bringen, sich alle auf dem Gang zu versammeln. Dort diskutierten sie über die beschissenen hygienischen Bedingungen, über den Mangel an Matratzen,

Decken, beschweren sich über das Fressen (verkochte Nudelsuppe, die dann noch ein paar mal aufgekocht wurde).
Die Delegierten unterrichteten die in den Gängen Versammelten über die Nichtzuständigkeit des Chefs. Die Versammelten forderten mehr Decken, Matratzen, Handtücher, Waschgelegenheiten . . . Wir wurden aufgefordert, den Gang zu räumen. Die hatten 'ne panische Angst vor einem Aufstand der 120. Ihre Angst war so groß, daß sie die Posten vor den Türen verdoppelten, demonstrativ Zweit-Knüppel verteiln: und wie wir von einem uns besuchenden fressenbringenden ehemaligen weiblichen Mithäftling (die Mädchen, schon morgens um 7.00 Uhr entlassen, stellten Strafanzeige wegen Begünstigung im Amt) erfuhren, schleppten sie eilig eine große Kiste mit noch mehr Knüppeln, Handschellen, Knebelketten an. Das war ihnen recht peinlich, daß dies gesehen wurde.

Also, weil die Schiß hatten und 'ne Meuterei verhindern wollten, hätten wir uns viel mehr erlauben können, so ziemlich alles. Da gibt es Beispiele: ein sehr ruhiger Demonstrant, der die ganze Nacht über versucht hatte, den Bullen vernünftig zu diskutieren, darf diese am Morgen mit zwei halbgefüllten Kaffeebechern. Die Bullen machten nichts, so mußten sie auch laufend die übelsten Beschimpfungen und Bemerkungen vollerlaubt einstecken. Als einer plötzlich nichts als Klo gehen durfte, machte er Anstalten, den Schwanz 'rauszuziehen und in den Gang zu pinkeln! dann durfte er. Als einer telefonieren wollte, sagte ein Bulle zu ihm, müsse die Tür offenlassen. Er schloß sie, und sie blieb geschlossen.
In einem Zimmer wurde ein diskutierwilliger Polizist, der fragte, was man eigentlich gegen Springer habe, kurzerhand 'rausgeschmissen. Morgens um 10 Uhr lagen wir in unseren Fenstern und guten unseren Augen nicht, als wir Pionieren der Polizei dabei sahen, wie sie die Polizeischule mit einem rund 4 m hohen, 5fachen Stacheldrahtverhau

verbarrikadierten. Als Begründung teilte man uns mit, in der TU sei ein Befreiungsversuch diskutiert und geplant worden. Jedem wurde plastisch und optisch klar, daß wir blöd sind, wenn wir der Polizei nur noch einen Funken Intelligenz konzidieren. Nicht wir brauchten sie lächerlich zu machen; dieses Geschäft besorgen sie selbst.

Weil es ein Zimmer gab, in dem man die Rebellion ansiedeln zu können glaubte, schickten sie 'nen Intellektuellen, auf SDS-Verhältnisse getrimmten Schulungsoffizier in dieses Zimmer. Und der sprach mit uns über Marcuse, die Berechtigung einer Revolte, über die Sinnhaftigkeit des Kommunismus für die Länder der Dritten Welt . . . beklagte, daß man ihn, den Diskutierbereiten, Verständigungswilligen, beim SDS abgewiesen habe und forderte uns auf, ihm bei seiner Ausbildungsarbeit zu unterstützen. Natürlich kritisierte er auch die Struktur der Polizei, die Senatspolitik und die US-Vietnampolitik. Die Insassen des Zimmers beklagten seine schizophrene Situation und machten ihn fertig. Er war der Typ des SS-Offiziers, der zwar wußte, daß der Antisemitismus an sich schwachsinnig ist, der aber doch an der Rampe seinen Dienst tut.
In vielen Zimmern fertigten die Insassen aus Zeitungen große „KZ"-Lettern an und klebten diese an die Fenster. Kein Polizist erkühnte sich, sie zu entfernen. Während in einzelnen Gruppen tagsüber noch einzeln und privatistisch diskutiert oder Karten gespielt wurde, gingen einige Zimmer bereits dazu über, kollektive Spiele zu inszenieren. Ein Zimmer erklärte sich zur Kommune, verstaatlichte alle Geldmittel, Freß- und Rauchsachen und inszenierte Gruppenspiele wie Polizisten und Demonstranten. Die „Polizisten" bewaffneten sich mit Papierknüppeln und schlugen damit auf die in Ketten, Ho-Chi-minh rufend, anstürmenden Demonstranten ein.
Oder: Einer spielte Schütz, der in der Uni spricht; die Zuhörer lachten ihn aus, buhten, wollten ihm einen Weihnachtsmann-Mantel umhängen, und zum Schluß versuchten sie, ihm den Arm abzuschrauben. Oder: zwei aus einem Zimmer erklärten sich zu „Konvertiten" und baten um Polizeischutz (bei den richtigen Polizisten) vor den linken Rabauken und Linksfaschisten. Diese stürmten mit „Verräter"-Sprechchören auf sie ein, um sie zu lynchen. Auch versuchten wir, in Sprechchören die Bedürfnisse der unteren Polizeichargen zu benennen; mehr Freizeit für die Polizei. Wir versuchten, eine Demonstration im Gang zu organisieren, mit dem Slogan „Stühle für die Polizei" (diese mußten bis zu 20 Stunden in den Gängen stehen).
Dieser Demonstrationsmarsch für die Polizei wurde von einer doppelten Polizeikette aufgehalten.
Zum Schluß hielt einer auf einem Matratzenberg im Gang eine Rede, in der sein Zimmer zur unabhängigen Räterepublik erklärt wurde. Der erste politische Schritt dieser Republik war es, zur Volksrepublik Albanien und zur Volksrepublik China diplomatische Beziehungen aufzunehmen und die albanischen Genossen zu bitten, uns in solidarischer Weise die von der Sowjetunion seinerzeit geklauten U-Boote uns zur Verfügung zu stellen, um damit — Havelaufwärtsfahrend — diesen Leichnam einer Stadt endgültig zu übernehmen.
Die Genossen in den anderen Zimmern wurden in dieser Rede aufgefordert, sich was zu überlegen, was sie tun könnten, um ihre Situation zu verändern und sich nicht länger über die lange Haftzeit zu empören. Denn es sei eben die Frage, was man hier und jetzt mache. Und wer's nicht mache, sei selbst schuld, außerdem ein Arschloch.
Denn die Erfahrung dieser 30 Stunden zeigt deutlich, daß die Genossen, daß die Zimmer, die nichts oder am wenigsten machten, am schlechtesten wegkamen, daß diese Genossen niedergeschlagen waren, daß ihre Akkumulation an Wut und Haß nicht produktiv wurde, sondern in Resignation und in Angst vorm Gefängnis umschlug. Für die meisten in Spandau war es gar nicht mehr die Frage, wann sie 'rauskommen würden. Man zählte nicht mehr die Stunden, sondern fragte, was man — wenn man wieder draußen ist — dort macht. Festgenommen zu werden, muß kein Mißgeschick sein, denn es bietet die Möglichkeit, andere Genossen kennenzulernen und mit ihnen zusammen den Ungehorsam im Gefängnis zu organisieren, dabei Angst und Ohnmachtsgefühle abzubauen und dabei noch 'ne Menge Spaß zu haben.
Mao: „Rebellion ist gerechtfertigt." Im Gefängnis genauso wie in der Uni, in der Schule und überall. Wer nichts tut, ist selbst dran schuld.

P. S.

Wie man hört, haben sich die Gruppen, die im Gefängnis Spaß hatten, jetzt zu Aktionsgruppen formiert; in der Hoffnung, sollten sie wieder mal verhaftet werden, wieder gemeinsam Spaß zu haben.

(aus „Linkeck")

RÖMER
KLISCHEE
OFFSET
Vom
grafischen
Entwurf
bis zur
fertigen
Druckplatte
RÖMER-KLISCHEEANSTALT
GMBH
FRANKFURT/MAIN
MAINZER LANDSTR. 216
23 46 72
25 29 14

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Erziehung zur „Arbeitsfähigkeit“ und „Arbeitswilligkeit“

In der Volksschule ist auch heute immer noch das Konzept der sogenannten „volkstümlichen Bildung“ wirksam, ein Konzept, das, euphemistisch gesagt, den Interessen der Reichen und ihres Managements überaus günstig ist. Ausgangspunkt dieses Konzepts ist eine Begabungstheorie, wonach es drei Begabungstypen gibt: die praktischen Begabungen, die technischen Begabungen und die wissenschaftlichen Begabungen. Die große Menge der Schüler ist nach dieser Theorie praktisch begabt und gehört auf die für diese Begabung zugeschnittene Volksschule. Ein wesentlich geringerer Teil ist technisch begabt und gehört auf die für diese Begabung eingerichtete Mittelschule. Der Rest, ein kleines Häufchen wissenschaftlich Begabter, zieht in die höhere Schule ein. Die große Masse der bloß praktisch Begabten muß mit der „volkstümlichen Bildung“ vorliebnehmen. Inwiefern ist nun diese Bildung den Interessen der Wirtschaftselite überaus günstig? Zur Beantwortung dieser Frage sei hier ein längeres Zitat aus den bis zum Dezember 1966 für die Unterrichtsgestaltung an den Volksschulen Schleswig-Holsteins verbindlichen Richtlinien angeführt:

„Aufgabe der Volksschularbeit ist es, den jungen Menschen durch Lehre und Schaffen, durch Schauen und Hingabe, durch Spiel und Feier so zu bilden, daß er später als gläubiger, sittlicher, als selbstverantwortlicher und gemeinschaftsverbundener, als arbeitsfähiger und arbeitswilliger Mensch sein Leben zu gestalten vermag.

In noch stärkerem Maße als früher erwächst der Schule heute zu ihrem Teile der Auftrag, die jungen Menschen durch Vorbildung und Gewöhnung, durch Verstehen und Einsicht in tätiger Klassen- und Schulgemeinschaft die Werte wahren Menschentums erleben zu lassen und schätzen zu lehren. Auf der Grundlage des Vertrauens zwischen Lehrer und Schüler entsteht jene Atmosphäre, in der natürliche Autorität und Kameradschaft wachsen und Ehrfurcht und Achtung, Duldsamkeit und Rücksichtnahme, Takt und Höflichkeit in den Formen des geselligen Umgangs und geistigen Verkehrs gedeihen. So erfährt der junge Mensch in einem übersichtlichen und überschaubaren Bereich, was ‚Demokratie als Lebensform‘ heißt. Als junger Bürger weiß er dann um die Grunderlebnisse und Grunderfahrungen, die über das Gefühlsmäßige hinaus sozialkundliches Denken und Wissen und bewußtes Tun erst möglich machen.“[1]

Vergleicht man diese Vorstellungen des schleswig-holsteinischen Kultusministeriums von „volkstümlicher Bildung“ mit denen der Arbeitgeberverbände, so kann man vollkommene Übereinstimmung feststellen.[2] Den Arbeitgeberverbänden ist daran gelegen, daß die Volksschule nicht nur Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt, wichtiger erscheint ihnen die Einübung in ein „soziales Grundverhalten“, das auf der „Achtung traditioneller Werte“, „Ordnungssinn“, „Selbstdisziplin“ etc.[3] beruht. Mit einem Wort: ministerielle und Arbeitgebervorstellungen stimmen darin überein, daß moralische Erziehung, und zwar die Erziehung zum folgsamen, insbesondere „arbeitswilligen“, niemals unbequemen Bürger und Arbeiter die Hauptaufgabe der „volkstümlichen Bildung ist“.

Welchen gesellschaftlichen und politischen Zwecken diese moralische Erziehung dient, darüber kann kein Zweifel bestehen: sie dient der kritiklosen Anpassung an die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, nicht zuletzt an die Herrschaftsverhältnisse in der Wirtschaft. Die Erziehung zur „Arbeitsfähigkeit“ und zur „Arbeitswilligkeit“, an der den Herrschenden in der Wirtschaft besonders gelegen ist, hat nicht nur in den ministeriellen Richtlinien einen hohen Stellenwert.

In einer Untersuchung von über dreißig an Volks- und Berufsschulen gebräuchlichen Sozialkundelehrbüchern hat Volker Nitzschke festgestellt, daß in fast allen diesen Lehrbüchern Vorstellungen von Arbeit enthalten sind, die denjenigen ähneln, die in dem folgenden, in einem Sozialkundelehrbuch abgedruckten Gedicht zum Ausdruck kommen:

„Ein jeder Stand der Welt ist gut,
wenn treu ein Mann das Seine tut.
Magst Kaufmann oder Tischler sein,
hornblasen oder Saaten streun,
ob Pinsel du, ob Hammer führst,
ob du im Heer die Trommel rührst,
ob Blumen ziehst auf stillem Beet,
ob auf der See fährst, sturmumweht,
acht hab auf eins, vergiß es nicht:
Was du auch tust, tu deine Pflicht.“[4]

Genau solche Arbeiter, die mittels „volkstümlicher Bildung“ zu einem blinden „Pflichtbewußtsein“ erzogen worden sind, braucht das Industriemanagement, um einen „Werkschutz“ bilden zu können, den man im gegebenen Fall auch gegen Arbeitnehmer einsetzen kann, die sich nicht entsprechend einer von Arbeitgeberseite interpretierten „Pflicht“ verhalten, die z. B. innerhalb des Werkes „Streikpropaganda“ betreiben[5] und damit den von Sozialkundelehrbüchern an Volksschulen empfohlenen „Gehorsam“ verweigern. Zum Gehorsam heißt es in einem Sozialkundelehrbuch:

„Gegenüber dem Betriebsleiter und allen im Betrieb Beschäftigten verspricht er Gehorsam, Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit . . .“[6]

Daß solche Lehrmittel in der Regel auch mehr oder weniger gewerkschaftsfeindlich sind, rundet das Bild.[7]

Diese, den Interessen der Reichen und ihres Managements günstigen Erziehungsinhalte finden sich nicht nur in Sozialkundelehrbüchern. Eine Untersuchung von etwa 40 an Berliner Volksschulen gebräuchlichen Lesebüchern des Deutschunterrichts kamen zu den gleichen Ergebnissen wie die Untersuchungen über Sozialkundelehrbücher.[8]

Es fehlen uns Untersuchungen darüber, inwieweit die Wirtschaftselite direkten Einfluß nimmt auf jene Bildungsinhalte. Ob es solche direkten Einflüsse, etwa auf die Verfasser von Unterrichtsrichtlinien oder auf die Verfasser von Sozialkundelehrbüchern und Lesebüchern gibt oder nicht, ist jedoch gar nicht von so großer Bedeutung. Fest steht, daß auf jeden Fall diese Bildungsinhalte, wie auch immer sie zustande gekommen sein mögen, hochgradig mit den Interessen und Wünschen der Reichen und ihres Managements übereinstimmen, so daß man sagen kann: tendenziell läuft die moralische Erziehung, die sogenannte „volkstümliche Bildung“ an unseren Volksschulen unter anderem auf eine Erziehung im Interesse der Reichen und ihres Managements hinaus.

Von einem besonderen Teil der Volksschulerziehung kann man begründet behaupten, daß er unter dem gezielten Einfluß der Wirtschaftselite steht: ich meine die Vorbereitung der Schüler auf Arbeit und Beruf. Dieser dienen zum Beispiel die Arbeitskreise Schule—Wirtschaft, in denen auf lokaler Ebene Lehrer und „Wirtschaftler“ sogenannte Gespräche führen; weiterhin zahlreiche Veranstaltungen, die die Arbeitgeberverbände und Industrie- und Handelskammern für Schüler arrangieren sowie die immer häufiger werdenden Schulbesuche der Arbeitgeber herkommt (sie wurde „im Auftrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. Bonn“ von Prof. Dr. Josef Spieler verfaßt)[10], sondern daß in der Tat der Beitrag der Gewerkschaften auf diesem Gebiet äußerst gering ist.

Die gezielten Aktivitäten der Arbeitgeberseite sowohl im Hinblick auf die sogenannte „Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft“ wie auch ihre publizistische Tätigkeit auf diesem Gebiet fallen nun in der Schule ganz offensichtlich auf sehr fruchtbaren Boden. Bei Lehrern, die in jener „Zusammenarbeit“ aktiv engagiert sind und ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet in pädagogischen Zeitschriften mitgeteilt haben, findet man nicht die allergeringsten Anzeichen kritischer Distanz gegenüber Arbeitgeberinteressen.[11] Die Äußerungen der Bildungsmanager der Arbeitgeberseite werden durchweg unkritisch-zustimmend zitiert.

Zum Teil ist dies dadurch zu erklären, daß Lehrern in der Regel ein Bewußtsein von Interessengruppierungen, Interessenkonflikten etc. fehlt und daß in dem Falle, wo dieses Bewußtsein dennoch vorhanden ist, es sich vorwiegend gegen die Gewerkschaften richtet, nicht aber gegen Arbeitgeberverbände.[12] Dieses gleichsam in soziologischer Hinsicht defizitäre Bewußtsein der Lehrer wird von der Arbeitgeberseite nach Kräften ausgenutzt: deren Vertreter verstehen es, sich als „Sachverständige aus dem Bereich der Wirtschaft“ der Schule anzubieten. Der totale Mangel an Ideologieverdacht auf seiten der meisten Lehrer führt dazu, daß diesen gar nicht auffällt, daß jene „Sachverständigen aus dem Bereich der Wirtschaft“ zugleich auch Repräsentanten bestimmter Herrschaftsinteressen sind, die in der Schule die Ideologien dieser Herrschaftsinteressen an den Lehrer und über diesen an den Schüler bringen wollen. Dies gelingt ihnen, weil sie lediglich in den Chor der moralischen Erzieher einzustimmen brauchen, der ihnen aus der deutschen pädagogischen Tradition bereits vorgegeben ist. Welch schöne Übereinstimmung sich auf diese Weise zwischen Schule und Wirtschaft im Hinblick etwa auf die Durchführung von Betriebspraktika für Schüler der Volksschulabschlußklassen ergibt, wird in folgendem Bericht eines Lehrers deutlich:

„Vorher war mit den Schülern besprochen worden, wie man sich vorstellt und welche Fragen dabei zu stellen sind. Bei einer Besinnung auf den Umgang mit Menschen und die Arbeitshaltung während des Praktikums entstand ein Kanon von Verhaltensweisen, der schriftlich festgehalten wurde. Er enthielt allgemeine Empfehlungen, zum Beispiel: Zeige immer ein freundliches Gesicht! Entschuldige dich für Fehler und Versehen! Ahme schlechte Manieren nicht nach! — und besondere Empfehlungen für das Praktikum, zum Beispiel: Halte stets durch, auch wenn es schwerfällt! Führe Aufträge gehorsam und ohne Widerrede aus! Höre gut zu, denn im Berufsleben kann vieles nur einmal gesagt werden! Beachte besonders die Sicherheitsvorschriften bei der Arbeit.“[13]

Dies ist keineswegs nur ein Einzelbeispiel, vielmehr sind Anleitungen für das Schülerverhalten in der Regel in diesem Ton gehalten. Zu Beobachtungen von Konflikten und Interessengegensätzen im Betrieb wird in keinem einzigen Beispiel aufgefordert.

[1] Richtlinien für die Lehrpläne des 5. und 9. Schuljahres der Volksschulen des Landes Schleswig-Holstein, hrsg. vom Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein, Kiel, 1. Nov. 1959; im Dez. 1966 erschien eine Neufassung, deren Inhalt sich nicht wesentlich von dem der alten Fassung unterscheidet.

[2] Vgl. In den Vorstellungen der Arbeitgeberverbände: Wirtschaft und Schule, hrsg. von der Wal-

Berichte aus der Klassengesellschaft

Bereits der Titel des kleinen Sammelbandes bezeichnet den Ort, an dem kürzlich exemplarisch deutlich wurde, worauf sich unser Wirtschaftswunder aufbaut. Ob und inwieweit die Mechanismen des kapitalistischen Wirtschaftssystems in unmittelbarer Nähe der stillgelegten Zechen einsichtig wurden, wollte die Münchner Fernsehregisseurin Dr. Erika Runge in Erfahrung bringen. Und darum beschränkte sie sich zwar auf das kommentarlose Protokoll von Lebensläufen aus Bottrop, nicht aber auf die Befragung von nur Betroffenen.

Man könnte natürlich fragen, was soll uns eine Monographie? Handelt es sich dabei um ein soziologisches oder literarisches Unterfangen? Dahrendorfsche Klischees freilich bedürften keiner Widerlegung; bürgerlich-genüßlerische Bierlaunenjovialität gegenüber dem „ach so aufrechten einfachen Volk“ wohl kaum einer verlegerischen Schützenhilfe. Auch literarisch stellt die Wiederaufnahme bourgeoiser Formen des 19. Jahrhunderts nicht eben ein literarisches Wagnis dar: Das Vorwort Martin Walsers übersieht die Frage, ob eine stringente Analyse dieses biographischen Rohmaterials nicht unverzichtbar ist, wenn man es als billigen Konsumartikel anbietet. Zwar entbehrt die Auswahl und Anordnung der Texte keinesfalls der Ausrichtung auf Faktoren, die spezielle Bewußtseinsformen bedingten, allein — wem werden sie deutlich?

So wurden nicht irgendwelche Mitbürger der Kumpels befragt, sondern solche, deren Beruf oder Nebenbeschäftigung sie notwendig mit Zechenarbeitern zusammenführt, ein Pfarrer, der seine Kirche mit Hilfe von Invaliden aufbaute, ein Lehrer, zu dessen Schülern auch die nische Angestellte Verena D., die im Unterschied zu dem Verkäufer Dieter V. nicht nur begreift, in welcher Welt sie lebt, sondern auch bereit ist, für eine andere zu kämpfen, oder die Putzfrau Maria B., die die Lehren der Vergangenheit in die Tat umsetzt und ihre Klasse nicht verrät wie der Arbeitsdirektor K. Insgesamt läßt sich beobachten, daß die proletarische Seite mit rund doppelt so vielen Stimmen wie die bürgerliche vertreten ist und jene Verstärkung durch die Befragung von Frauen erfuhr, die auf der bürgerlichen Seite gänzlich fehlen. Hierin mag das Manko der Umfrage gesehen werden, soweit sie als repräsentativ genutzt werden soll, zugleich aber auch ihre Absicht, soweit es ihr darum geht, proletarisches Klassenbewußtsein — vielleicht auch seine Chancen unter der weiblichen Bevölkerung — ins Zentrum zu rücken.

Aber so imponierend sich auch die Kritiken und Initiativen der proletarischen Seite vom Kompromißlertum der Bürger unterscheiden: — auch diese Dokumentation belegt, daß solche neu- oder wiederentdeckten Reservate privater Menschlichkeit keinerlei Aussicht haben, zur öffentlichen Moral zu werden. Denn nach wie vor meinen die Kirchen, um ihres eigenen Fortbestandes willen dem „Radikalismus“ wehren zu müssen; nach wie vor entschuldigt die Schule das Desinteresse der Arbeiterkinder für Althergebrachtes damit, daß sie nun einmal „schwach im Geist“ seien. Die Gewerkschaften halten darin fest, daß der Preis für angeblich nicht vorhandene „Reglementierungen und Ordnungsstrafen“ des kapitalistischen Wirtschaftssystems zwar mandelnde Sicherheit der Arbeitnehmer dafür

archiviert von Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Wissenschaftliche Sonderausgaben - Studientexte -

Walter Benjamin:

Ursprung des deutschen Trauerspiels

272 Seiten. Leinenkaschiert
ca. DM 10,–

Die von Rolf Tiedemann besorgte revidierte Ausgabe von Benjamins Trauerspiel-Buch, die 1963 erschienen ist, wird nun als wissenschaftliche Sonderausgabe wieder zugänglich gemacht.

Theodor W. Adorno:

Prismen. Kulturkritik und Gesellschaft

348 Seiten. Leinenkaschiert
ca. DM 12,50

Adornos Prismen, vor 14 Jahren zum erstenmal erschienen, sind nachgerade ein „Klassiker“ der Kulturkritik geworden – leider auch in dem Sinn, daß sie mehr gerühmt als gekannt, mehr zitiert als gelesen werden. Man sollte das Buch von neuem lesen.

Claude Lévi-Strauss:

Strukturale Anthropologie

436 Seiten. Leinenkaschiert
ca. DM 18,–

Vor zwei Jahren erschien mit der „Strukturalen Anthropologie“ das bisher vielleicht gewichtigste Werk des französischen Strukturalismus in einer deutschen Übersetzung. Es hat, wie die lebhafte Reaktion zeigt, den Strukturalismus auch bei uns aus dem Zustand des Gerüchts und Geheimtips befreit und zu einer öffentlichen Angelegenheit werden lassen.

Hans Joachim Giegel:

ehemalige kommunistische Bundestagsabgeordnete Grete Thiele gehörte, aber auch ein Fußballidol, ein Beat-Sänger, die Leiterin eines Jugenddiskussionsklubs und eine Putzfrau, die sich der ausländischen Grubenarbeiter annimmt. Die Gruppierung dieser Lebensläufe folgt keinem kontrastierenden formalen Ordnungsprinzip. Dennoch fehlt es nicht an herausgeberischer Akzentuierung: Indem durch das erste Protokoll der vom Vorstand entlassene, ehemalige Betriebsratsvorsitzende, durch das letzte sein Nachfolger vorgestellt wird, der vergeblich zwischen Arbeitgeber und -nehmer zu vermitteln versucht, zeichnet sich eine Entwicklung ab, die es vielen Abhängigen erstmals erlaubt, zu begreifen, daß es weder im Interesse des Kapitals liegen kann, noch in ihrem eigenen liegen darf, Klassenunterschiede zu leugnen. Die abschließenden Epiloge stellen noch einmal die Differenzpunkte heraus, die sich aus den einzelnen Protokollen ergeben.

Von besonderem Interesse sind in dieser Sammlung jene Berichte, die zeigen, wie sich bürgerliche Position und proletarisches Bewußtsein, andererseits aber auch bürgerliches Bewußtsein bei proletarischen Lebensumständen koppeln können, Rückschlüsse vom einen auf das andere also nicht unbedingt zwingend sind. Beispiele hierfür sind etwa die kaufmännischen Betriebspraktika für Schüler der Volksschuloberstufe. Weiterhin ist hier an die Einrichtung von Industriepraktika für Lehrerstudenten und für Lehrer zu denken.

Wir können hier nicht im einzelnen auf jede dieser Formen der sogenannten „Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft“[9] eingehen. Es läßt sich jedoch nachweisen, daß alle diese Formen fast ausschließlich eine Domäne der Arbeitgeberseite sind. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind so gut wie überhaupt nicht an ihnen beteiligt, so daß eine „Gegenmacht“ zu den sehr regen Aktivitäten der Arbeitgeberseite auf diesem Gebiet fast völlig fehlt. Das gleiche gilt für die publizistische Aktivität. Es gibt eine umfangreiche pädagogische Literatur zum Thema „Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft“. In einer jüngst veröffentlichten Bibliographie zum Thema „Wirtschaft und Schule“, die 227 Seiten umfaßt und mehrere tausend Titel aufführt, erscheinen als Beiträge von seiten der „Wirtschaft“ fast ausschließlich und in großer Zahl solche der Bildungsmanager der Arbeitgeberverbände, wie etwa Arlt, Vaubel, Beelitz etc. Daß von seiten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften fast überhaupt keine Beiträge in dieser Bibliographie erscheinen, liegt nicht nur daran, daß bezeichnenderweise auch diese Bibliographie von der Seite der

aber auch die Möglichkeit mit sich bringe, „liberal sich frei als Bürger zu entscheiden“. Immer noch können Betriebsratsvorsitzende, die „politische Entschließungen in den Belegschaftsversammlungen haben fassen lassen“ ohne Angabe von Gründen entlassen werden und andere sich beim Vorstand dafür bedanken, daß sich dieser „— ob ihr jetzt schreit oder nicht, Kollegen — ehrlich und offen“ zur Diskussion stellt.

Aber ebensowenig wie es ausreicht, wenn einzelne das Richtige zu tun versuchen, genügt die Einsicht der Arbeiter, daß ein gemeinsames Vorgehen von Betriebsrat und Vorstandsmitgliedern (143) nur der Verschleierung der Verhältnisse dient, daß „Protestaktionen in aller möglichen Form“ (128) höheren Orts fixierten Absprachen zuwiderlaufen würden — ja nicht einmal die Einsicht, daß das Mittel zur Erschütterung der etablierten Macht wäre, „wirklich auf die Straße zu gehen, wie die Studenten in Köln“ (137). Der Augenblick ist gekommen, und eben darin kann die Lektüre dieses Dokumentationsbandes bestärken, wo auch Arbeiter wieder als bewußte Proletarier zu handeln bereit sind. E. S.

Bottroper Protokolle
Aufgezeichnet von Erika Runge
Vorwort von Martin Walser
edition suhrkamp 271

[9]) H. Bauman: Politische Gemeinschaftskunde, Köln o. J., S. 25; zitiert bei: Dr. Volker Nitzschke, Schulbuch-Analyse, Teil II von: Zur Wirksamkeit politischer Bildung, Forschungsberichte der Max-Traeger-Stiftung, 4, Frankfurt 1966, S. 251/252
[5]) Siehe Zeitschrift: „Pardon“, Juliausgabe 1967
[6]) Andreae, Hugo, Gemeinschaftskunde für berufsbildende Schulen, Hamburg, 4. Auflage 1966; zitiert bei Nitzschke, wie in Anm. [6]), S. 256
[7]) siehe Nitzschke, wie Anm. [6]), S. 257
[8]) siehe: Otto Gunter und Wolfgang Schulz, Über Schullesebücher, in: Die Deutsche Schule, 1961, S. 218 ff., insbesondere: S. 226—230
[9]) siehe dazu in Anm. [4]) aufgeführte Literatur.
[10]) Prof. Dr. Josef Spieler, Wirtschaft und Schule, Bibliographie zur Wirtschaftkundlichen Bildung und Wirtschaftserziehung in Familie, Schule, Heim, Betriebs- und Erwachsenenbildung, hrsg. im Auftrag des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. Bonn. Heidelberg 1966.
[11]) Ich beziehe mich hier auf all die Berichte, die angegeben sind bei: W. Klafki, G. Kiel, J. Schwerdtfeger. Die Arbeits- und Wirtschaftswelt im Unterricht der Volksschule und des Gymnasiums, Heidelberg 1964, darin die Literaturzusammenstellung zu Klafkis Beitrag.
[12]) Siehe dazu: Zur Wirksamkeit politischer Bildung, eine soziologische Analyse des Sozialkundeunterrichts an Volks-, Mittel- und Berufsschulen, Forschungsberichte der Max-Traeger-Stiftung, 3, Frankfurt/M., 1966 S. 127.
[13]) Rolf Nerlich, Erster Erfahrungsbericht, in: Die Deutsche Schule. 1963. S. 409.

Ereignisse

Zu Theorien von L. Wittgenstein und W. Sellars

Etwa 200 Seiten. Kartoniert DM 14,–

Giegels Untersuchung rekonstruiert den Gang einer Diskussion, die in der angelsächsischen Philosophie seit fast einem halben Jahrhundert geführt wurde. Es geht um die Frage nach dem logischen Status des Fremdpsychischen, gröber gesagt, um das Problem, inwiefern und inwieweit ich mit den seelischen Ereignissen des anderen, die mir nur sprachlich übermittelt werden, „rechnen“ kann.

Werner Fuchs:

Todesbilder in der modernen Gesellschaft

Etwa 200 Seiten. Kartoniert DM 14,–

Zu den Topoi der neueren Kulturkritik gehört die These, daß der Tod in der modernen Industriegesellschaft an den Rand geschoben worden ist; seine Rolle als zentrales Lebensmotiv sei ihm genommen worden. Diese These von der Todesverdrängung wird in der Arbeit von Werner Fuchs zurückgewiesen.

Wolf Lepenies:

Melancholie und Gesellschaft

Etwa 350 Seiten. Kartoniert DM 14,–

Melancholie gilt meist als Gegenstand von Psychologie und Psychopathologie, ist dazu ein beliebtes Thema der erzählenden, lyrischen und dramatischen Literatur. Wolf Lepenies rückt ihr anders zu Leibe: Melancholie wird als sozial bedingtes Phänomen dargestellt und konsequent mit der Herrschaftsproblematik in Verbindung gesetzt.

SUHRKAMP VERLAG
6 Frankfurt am Main · Postfach 2446

Wie die Herrschenden dabei sind, das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung abzuschaffen

(Fortsetzung von Seite 12)

war erreicht, daß Art. 4, 3 GG auf der einen Seite seine Alibifunktion haben konnte, auf der anderen Seite aber keine die Interessen der Herrschenden gefährdende Qualität der Verweigerung entstehen konnte und die Zahl der Verweigerer klein blieb.

Als weitere Absicherungen waren das Totschweigen des Grundrechts der Verweigerung, das lange das unbekannteste Grundrecht blieb, und der zivile Ersatzdienst gedacht.

Nachdem sich die antiautoritäre Bewegung von einer Protestbewegung in eine politische Widerstandsbewegung verwandelt hatte, nachdem sich dazu der VK von einem rein defensiven, in einem Naturschutzpark geduldeten Pazi-Club in eine zumindest in den progressiven Gruppen angefangenen Kampforganisation gewandelt hatte, stieg die Zahl der Verweigerer rapide an. Besonders innerhalb der Bundeswehr kam es 1968 zu einem Boom von Kriegsdienstverweigerern gerade aufgrund der die Klassenherrschaft endgültig legalisierenden NS-Gesetze. Die Herrschenden begannen zu rotieren: 1966: 4431 Anträge, 1967: 5963 Anträge, 1968 bis Mitte Juni 6177 Anträge; in der Bundeswehr in den ersten zehn Monaten 1968: 3000 Anträge: das sind mehr als 600 Anträge mehr als in den Jahren 1956 bis 1967 in der Bundeswehr insgesamt!

Die Tendenz ist weiter steigend, steil nach oben!

Nachdem die Toleranzgrenze — offensichtlich 1% der tauglich Gemusterten eines Geburtenjahrgangs — überschritten war, reagierten die Herrschenden sofort. Signalisiert wurde die baldige Reaktion durch eine Äußerung des CSU-Zimmermann, Vorsitzender des Bundestags-Verteidigungsausschusses, in einer Fernsehsendung des ZDF am 12. 3. 1968: „Sollten sich die Zahlen in den nächsten Jahren weiter verdoppeln, so sollten wir uns Maßnahmen vom Gesetzgeber her überlegen.“

Einen ersten schweren Angriff auf das Grundrecht des Artikels 4, 3 GG initiierte der Generalinspekteur der Bundeswehr, de Maizière, mit seinem Erlaß vom 1. 7. 1968. Bis dahin waren Antragsteller in der Truppe durch einen Erlaß desselben Herrn vom 15. 10. 1966 bis zur endgültigen Entscheidung über ihren Antrag vom Waffendienst befreit. Diese Befreiung sei ein Akt der kameradschaftlichen Fürsorge, damit die Verweigerer nicht in Gewissenskonflikte gestürzt würden. Diese Fürsorgepflicht ergebe sich schon dadurch, daß die Zahl der Verweigernden in der Bundeswehr klein sei und auch klein bleiben werde. Der Erlaß vom 1. 7. 1968 stellte fest, daß durch die ständig steigende Zahl der Verweigerungsanträge die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gefährdet sei. Daher seien KDV in der Bundeswehr nur noch bis zur Entscheidung der 1. Instanz — bei insgesamt 4 Instanzen — vom Waffendienst zu befreien. Da gleichzeitig eine Anweisung des Verteidigungsministeriums an die Inquisitionsausschüsse erging, die Verfahren zu verschärfen, und sich die Quote der Ablehnungen besonders bei Soldaten in der 1. Instanz erheblich vergrößerte, kam es in der Bundeswehr zu einem Boom von Arreststrafen: Gewissensterror.

Dennoch erfüllte der Erlaß vom 1. 7. 1968 nicht seine abschreckende Funktion, denn die Zahl der Anträge in der Truppe stieg weiter ständig an. Die Pogromreden Schröders und Zimmermanns im Bundestag vom 29. 11. 1968, vorausgegangen waren Forderungen des CDU-MdB Leisler Kiep, das Grundrecht zeitlich zu beschränken bis zum Zeitpunkt der Musterung und die politische Verweigerung gänzlich zu verbieten (nur noch „echte“ Gewissensgründe dürften anerkannt werden, also religiöse und moralisch-individualethische), wie es auch von Hase als Verteidigungsstaatssekretär am 27. 8. 1968 gefordert hatte, signalisieren ebenso wie die Attacken des Straußschen Bayern-Kuriers eine neue Phase zur Einschränkung des Artikels 4, 3 GG.

Was ist aufgrund der Reden Schröders, Zimmermanns, der Militärmasken, die unisono in diesen Chor einstimmten, in der nächsten Zeit gegen das Recht der Kriegsdienstverweigerung zu erwarten?

Eine Aufhebung des Grundrechts ist nicht zu erwarten, da eine solche Maßnahme einem Staatsstreich gleichkommen würde, weil es unvereinbar mit Art. 79, III GG wäre.

Zu erwarten ist 1. die Aufhebung der Befreiung vom Waffendienst für kriegsdienstverweigernde Soldaten.

Diese Maßnahme hat de Maizière in Absatz 5 seines Erlasses vom 1. 7. 1968 schon angekündigt für den Fall, daß durch das weitere Steigen der Verweigerungen in der Truppe die Einsatzbereitschaft noch stärker bedroht sei; 2. die Zusammenfassung aller kriegsdienstverweigernden Soldaten in Sondereinheiten, wie der Absatz 6 des Erlasses vom 1. 7. 1968 andeutet; 3. die Schaffung von militärisch organisierten Einheiten, in denen kriegsdienstverweigernde Soldaten sofort nach Antragstellung ihren Dienst beginnen und ihn dort bis zum Ende der 18monatigen Dienstzeit, isoliert von den Verweigerern, die vor der Bundeswehr-Dienstzeit den Antrag gestellt hatten, ableisten. Dieser Dienst wird entweder wie der Reichsarbeitsdienst der Nazi-Zeit oder wie die Baukompanien der NVA aussehen. Diese Möglichkeiten hat CSU-Zimmermann am 29. 11. 1968 und am 4. 12. 1968 im Bundestag angedeutet.

Weitere Perspektiven sind: Überführung der Verweigerer in Dienstleistungen bei den Notstandsorganisationen nach Artikel 12a des neuen Grundgesetzes und in den Bundesgrenzschutz; zeitliche Begrenzung der Gültigkeit des Grundrechts: nur die, die vor der Bundeswehr den Antrag gestellt haben, dürfen den Kriegsdienst verweigern. Ebenso wird der Ersatzdienst in einen ersatzmilitärischen Dienst umgewandelt, auf den die militärischen Strukturen voll übertragen werden. Hinzu kommen kann noch eine Erweiterung des Ersatzdienstes in zeitlicher Hinsicht nach französischem oder amerikanischem Muster, wie es eine Wehrstudie des Verteidigungsministeriums nach dem Bayern-Kurier vorsehen soll. Diese Maßnahmen kommen einer exekutiven Abschaffung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung gleich ohne den Zwang der Grundgesetzänderung.

Eine weitere Möglichkeit aber bietet sich den Herrschenden, durch eine durch einfaches Gesetz ermöglichte Einschränkung das Grundrecht des Artikels 4 Absatz 3 GG für alle Kritischen und politisch Bewußten aufzuheben: der Artikel 4, 3 GG wird in seiner Begrifflichkeit einengend definiert. Ansätze bieten die Begriffe „Gewissen“, „Kriegsdienst“, „Kriegsdienst mit der Waffe“. Das Gewissen kann auf seine religiöse Dimension eingeengt werden; Wehrdienst kann verlangt werden, da ein „Friedenswehrdienst“ kein Kriegsdienst im wörtlichen Sinne ist; sogar Kriegsdienst ohne Waffe kann verlangt werden in allen militärischen Einheiten, die keine Kampfeinheiten sind.

Um eine solche weitere Grundgesetzeinschränkung oder -aufhebung möglich zu machen, starten die Herrschenden seit einiger Zeit eine psychologische Kampagne, die die „Bevölkerung“ bereit machen soll, einer solchen Maßnahme zuzustimmen. In dieser Kampagne werden Kriegsdienstverweigerung in der Truppe und Sabotage — angebliche Sabotage — in ursächlichen Zusammenhang gebracht. Zum zweiten wird die Verweigerungswelle als organisierter Mißbrauch dargestellt, den Linksextremisten inszeniert haben, um unsere Sicherheit zu gefährden, womit sie das wesentlichste Tabu dieser Gesellschaft angetastet haben.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Vorbeugehaft
Sicherungshaft
Schutzhaft

Die präzise Beschreibung eines politischen Sachverhalts verbittert dessen Verursacher, wenn dadurch sein politischer Stellenwert zu offensichtlich erkennbar wird. Nicht das Urteil, das, unter dem Vorsitz von Richter Oske entstanden, den Freispruch des Nazi-Richters Rehse enthielt, entfachte den Proteststurm der liberalen und anderen Bekenner zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, lag es doch ganz auf der Linie der vorhergegangenen Revisionsentscheidung des BGH im selben Fall (Urt. vom 30. 4. 1968, NJW 68, 1339). Sondern Oskes Begründung, die die aktuellen NS-Gesetze von 1968 mit dem NS-Recht zur Unterstützung der Kriegsführung 1939—1945 in Verbindung brachte, regte diejenigen auf, die als Nutznießer des Notstandsrechts die Aufdeckung dieser historischen Parallele fürchten.

Auf einer gleichen Ebene (schein)argumentieren die Initiatoren des Gesetzentwurfes über Vorbeugehaft. Der Vergleich mit der faschistischen Schutzhaft lehnte der Leiter des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Hirsch, so ab: „Schutzhaft war ja nun mal allein Sache der Polizei. Aber heute ist das doch anders. Es gibt keine Haft ohne richterlichen Befehl“ (Der Spiegel Nr. 52/1968, S. 51 ff., 52).

Diese Verschleierungsstrategie bringt hauptsächlich drei Argumente vor, um den politischen Zusammenhang zwischen Notstandsgesetzen und Notstandsmaßnahmen von Polizei, Justiz, Unternehmerverbänden (etwa Aussperrung beim Correcta-Streik in Bad Wildungen!) und Universitätsbürokratien zu übergehen.

1. Die geltende Strafprozeßordnung enthalte schon eine Art Vorbeugehaft; diese werde nur erweitert, wobei der bisherige „Etikettenschwindel“ (§ 112 Abs. 3 u. 4 StPO regelt eine vorbeugende „Untersuchungshaft“) beseitigt würde.
2. Die zunehmende Bandenkriminalität Jugendlicher (bes. der Rocker) müsse wirksam bekämpft werden.
3. Der Gesetzentwurf sei so formuliert, daß ein Mißbrauch gegen die politische Opposition nicht möglich sei.

zu 1) Das Strafprozeßänderungsgesetz von 1965 diente dazu, die relativ einschränkende Rechtsprechung der OLGs und des BGH zum Untersuchungshaftrecht zu legalisieren. Das gesunde Volksempfinden fand aber seinen Niederschlag in der Einführung der Vorbeugehaft gegen Menschen, die im staatsanwaltlichen und richterlichen Verdacht stehen, ein Sittlichkeitsdelikt begangen zu haben und wieder eins zu begehen; die uneingeschränkte Haft für vorsätzlicher Tötung Verdächtigte entspricht genausowenig dem Grund der Untersuchungshaft, der Aufklärung einer begangenen Tat zu dienen.

Auf diese Weise aber die Erweiterung der bestehenden Sicherungshaft zu legitimieren, bedeutet in der Konsequenz, die bestehende Praxis der U-Haft dadurch zu erweitern, daß man diesen gegenwärtigen Etikettenschwindel beseitigt und endlich ein Gesetz zur Einführung von Sicherungslagern vorlegt, in das man allerdings nur auf Grund eines richterlichen Beschlusses eingewiesen werden kann.

zu 2) Nach den Springerblättern beschwören jetzt auch die Sozialdemokraten das „Rockerunwesen“. Bandenkriminalität störe in ungeheurem Maße unsere öffentliche Ruhe und Ordnung. Dem könne man nur durch Sicherungshaft begegnen. „Wenn die Leute sagen, das ist doch unerträglich, daß Kriminelle laufengelassen werden, von denen man weiß, sie brechen ein, sie schlagen, und der Staat schützt uns nicht, dann meine ich, ist das einmal ein gesundes Volksempfinden im Unterschied, sagen wir mal, zu einem Volksempfinden, das sich nach der Todesstrafe sehnt.“ (Hirsch, a. a. O., S. 52).

Der Wahlkampf steht bevor, die SPD mobilisiert das gesunde Volksempfinden für eine gesunde Volkspartei. Das die angeführte anwachsende Bandenkriminalität nur ein Vorwand ist, zeigen Vergleich mit den sog. Halbstarkenkrawallen während der 50er Jahre (vgl. z. B. Kaiser, Randalierende Jugend, Heidelberg 1959); daß man jugendliche Bandenkriminalität nicht mit Mitteln des Strafvollzuges, sondern nur mit Verbesserung der Erziehungsinstitutionen Familie, Schule, Lehrbetrieb einschränken kann, ist auch der konservativsten Kriminologie seit langem bekannt.

Doch die Rocker, die sich politisieren und an außerparlamentarischen Aktionen teilnehmen, werden politisch gefährlich — also sind sie notwendig Manipulationsobjekt: sie seien reine Kriminelle (wobei ihnen Taten unterschoben werden, die sie nie begangen haben) und damit sind alle politischen Aktionen, an denen sie teilnehmen, leicht ebenso als kriminell zu denunzieren.

zu 3) Dem Wortlaut nach scheint der Entwurf tatsächlich nicht auf politisches Verhalten anwendbar. Aber was politisch und was kriminell ist, bestimmt immer noch die (herrschende) Meinung der Herrschenden. „Ein Demonstrant, der normal demonstriert, der vielleicht dann gewisse Regeln der öffentlichen Ordnung verletzt, das ist allerdings eindeutig ein politischer Täter, oder vielleicht überhaupt kein ‚Täter‘ . . . Aber wer Steine wirft, wer Fensterscheiben einschlägt ist für mich kein politischer Demonstrant. Der begeht ein kriminelles Delikt . . .“ (Hirsch, S. 53 f). In Notfällen, wenn eine Anwendung des Paragraphen gar nicht klappt, läßt sich die Vorbeuge-Norm der StPO noch ein klein wenig durch eine Gesetzesänderung ausweiten.

Aber entscheidender als formaljuristische Manipulationen, die mit dem Gesetz möglich würden, ist die schon [illegible]

Die Beschuldigten stünden dem SDS nahe oder seien Mitglied; der SDS sei bekannt dafür, daß er Leute untertauchen lassen könne; darum bestehe Fluchtgefahr und somit ein Haftgrund.

Das heißt: Jeder politisch Verfolgte kann in U-Haft genommen werden.

An den bisher in U-Haft Sitzenden wird eine Vorbeuge-Strafe vollstreckt. Schreibverbot, beschränkter Besuchsverkehr, streng bewachte Einzelrunden auf dem Gefängnishof, dauernde Umtransportierung der Gefangenen (die in Frankfurt wegen Brandstiftung noch nicht rechtskräftig Verurteilten lernen zur Zeit sämtliche hessischen Gefängnisse kennen), Verbote, Bücher oder Lebensmittel zu erhalten usw. sind die Wirklichkeit des U-Haftvollzugs. Ohne Gerichtsverhandlung werden Genossen durch monatelange Haft systematisch mürbe gemacht.

Die politische Funktion des Gesetzentwurfes ist nun leicht zu bestimmen. Er ist Teil jener Strategie der Herrschenden, die Außerparlamentarische Opposition schon zu Beginn ihrer Organisierung zu zerschlagen. 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet, das Haupt der Bewegung zerstört, um sie selbst endgültig zu zerschlagen.

Heute setzt die Strategie der Konterrevolution früher ein: formierte Abschreckung vor politisch oppositionellem Handeln soll die Organisierung des Widerstandes gegen den autoritären Staat von vornherein unmöglich machen. Nicht zufällig sind darum auch die Universitäten als Zentren dieses Widerstandes Angriffsobjekte der Einsätze von Justiz und Polizei.

Der SPD-Gesetzentwurf dient mit dazu, diese Gewalt zu legalisieren, in die den Rechtsstaat garantierende Form zu bringen. Denn schon jetzt wird Vorbeugehaft praktiziert: In Frankfurt wurden während des Prozesses gegen Cohn-Bendit im September 1968 vorsichtshalber einige Genossen verhaftet, die sich vor dem Gerichtsgebäude aufhielten. Sie hätten stören können. Auch in Hamburg wird diese Praxis geübt (vgl. FR vom 4. Jan. 69); und Rudi Dutschke wurde im Frühjahr 68 in Frankfurt auf dem Flughafen festgenommen, da zur gleichen Zeit eine Ostermarschdemonstration gegen die Vietnamkrieg stattfand, an der sich Dutschke übrigens nicht beteiligen wollte.

Ohne gesetzliche Grundlage können diese Maßnahmen zu mehr oder weniger peinlichen Untersuchungen führen. Das kann durch das Gesetz geändert werden.

Sozialdemokratische Beruhigung

Die Stimmen, die sich gegen die Vorbeugehaft erhoben, beruhigte M. Hirsch: „Für die SPD, deren Mitglieder nur zu gut wissen, was Schutzhaft und Justizterror bedeuten, gibt es in diesem Fall keinen Schritt zurück in die Vergangenheit.“ (S. 56) Die Sozialdemokraten gehen in der Tat keinen Schritt zurück, denn damals waren sie meist selber Opfer von Schutzhaft und Justizterror. Heute aber sind sie, besser noch als in Weimar, an Regierungs- und Verwaltungskartellen mitbestimmend beteiligt. Sollte das Terror sein, was Sozialdemokraten selbst zur Aufrechterhaltung der Herrschaftsordnung an Gewaltmitteln einsetzen?

Sozialdemokratischer Test

Doch ganz verfing die Beruhigung nicht. Der Entwurf scheint keine Chance mehr zu haben, bald als Gesetz verabschiedet zu werden: Sozialdemokratische Unterbezirke, Gewerkschafter, der Bundesanwalt Kohlhaas, der Starjurist der Bundesregierung, Prof. Dahs, mahnen und warnen (vgl. FR vom 8., 9., 13., 16. Jan. 69).

Doch auch die Notstandsgesetze, die in der Schröderschen Fassung auf Widerstand stießen, sind geltendes Recht geworden. Der sozialdemokratische Versuchsballon, in einer Reihe mit der Androhung des SDS-Verbots, der Relegation störender Schüler und Studenten, der Kürzung von Stipendien, der Aussperrung streikender Arbeiter usw., hat hervorragende Testergebnisse gebracht:

Die produzierte Volkswut gegen politisch gefährliche Minderheiten läßt sich in eine legale Form bringen. Sie läßt sich einset[illegible]

Archiv von Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Die sicherste Garantie der Entfaschisierung eines faschistischen Rechtsinstituts, der Hinweis auf eine formale Vollzugserschwerung ersetzt die Diskussion über die (rechts)politische Funktion der Vorbeugehaft, deren Inhalt (nach Kern, Strafverfahrensrecht[8], München/Berlin 1967, S. 133) besser mit Sicherungshaft zu bezeichnen ist.

Unterdrückung der politischen Opposition.

U-Haft

Ein Grund für U-Haft ist Fluchtgefahr. In Frankfurt (N. Fatahi) und jetzt in Heidelberg wurde dieses Merkmal aktuell ausgelegt:

gangen werden können. Noch ist aber die Zeit nicht reif für Schutzhaft und Konzentrationslager — um so wichtiger ist es, sich wirksam gegen die Herrschenden zu organisieren und ihre Herrschaftsinstrumente von technokratischer Universität bis Justiz durch Sabotage lahmzulegen.

MATTHIAS BELTZ

Die herzerquickende Titelgeschichte von dem genußfreudigen, kapitalkräftigen jungen Majoratsherrn Jaschka, der sich aus Liebe zu der lebenstüchtigen Näherin Janne über alle Standeskonventionen hinwegsetzt, ist von praller Lebenslust und viel Übermut erfüllt. Auch „Die Hochzeit auf Zarnikau" und „Das Kind im Altersheim" sind bezaubernde Dialoge reifer Damen und Herren, die glücklichen Tagen im Baltikum nachsinnen.

Dieser ungewöhnlich spannende Roman führt den Leser in die von Gärung und Umbruch gezeichnete Welt des amerikanischen Südens um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Die Geschichte einer wundervollen Frau, die erfahren muß, daß Schönheit auch Gefährdung bedeutet, die aber über alle Rückschläge und Enttäuschungen triumphiert, weil sie um die ewige Gnade der Liebe weiß.

Der Verfasser beschreibt mit den Erlebnissen dieses leichten Mädchens aus der Mancha einen großen Teil des Lebens der spanischen Gesellschaft, und es überrascht, daß in Spanien bereits mehrere Auflagen dieses Buches verkauft worden sind. Der Mensch sieht sich eben allzu gern im Spiegel, und de Laiglesia trifft zweifellos, was er treffen will. Eine reizvoll-amüsante Geschichte voller Geist mit sozialkritischen Untertönen!

In drei russischen Frauenschicksalen spiegelt sich der Weg des leidenden und immer wieder hoffenden Menschen, der am Widerspruch zwischen propagandistischer Verheißung und bitterer Wirklichkeit zu zerbrechen droht.

Die Phantasie des Autors läßt zwei Engländer nach Moskau reisen, die ihren Studienfreund Kuprin überreden sollen, wieder nach Großbritannien zu kommen. Gelingt es, ihn zur Flucht zu verleiten?

Als Begleiter des kauzigen Ökonomierates Wiggers trifft Thüme auf einer Reise zu den Deichen Ostfrieslands überraschend seine Jugendliebe Edith von Deiß, von der niemand weiß, daß sie inzwischen die Frau des Majors Tyllbeck geworden ist.

Ein zeitkritischer Liebes- und Gesellschaftsroman aus der Feder eines englischen Schriftstellers, der uns vor Augen führt, daß die Rassenfrage nicht nur in den USA und in Südafrika ein aktuelles Menschheitsproblem ist.

Allen Konventionen und Standesgrenzen zum Trotz reift die große Liebe zwischen einem feschen Dragoneroffizier und einer bildhübschen Handwerkertochter zum Bund fürs Leben.

Ein exotisch-buntes Milieu, eine muntere Clique von Käuzen, lustigen Vögeln, rauhen Männern und betörenden Frauen aller Hautfarben — das sind Schauplatz und Figuren dieses fesselnden Romans.

Am Arbeitsplatz in mancherlei Konflikte verwickelt, von ihrem Mann enttäuscht, kämpft eine junge Frau tapfer und unerschrocken um ihr Glück und die Zukunft ihres Kindes.

Der Titel ist doppelsinnig: Zwar geschieht alles auf dem Strom des Lebens, aber es geschieht Besonderes auch auf dem Fluß, zwischen dessen Eisschollen Anneken vom eigenen Vater hinuntergestoßen wird.

Die ebenso seltsame wie erschütternde Liebesgeschichte ist genauso der Wirklichkeit entnommen wie das Milieu und der in tausendfachen Spannungen bebende Betrieb eines großen Zeitungsverlages.

Ein Versicherungsmanager entdeckt sein Herz im gleichen Augenblick, da er sich Gefühle am wenigsten leisten kann. Indem er wissentlich einen „feudalen" Versicherungsbetrug deckt, setzt er seine berufliche Karriere aufs Spiel.

Hier schildert ein reifer Mann seine pädagogischen Erfahrungen im Umgang mit Teenagern. Auch in den heikelsten Situationen kommt er teils schmunzelnd, teils nachdenklich zu Erkenntnissen, aus denen Jugend wie Eltern einiges lernen können.

Wieder stehen die Vizetöchter des Schriftstellers im Mittelpunkt. Nur, daß Margot und Susanne inzwischen in das heiratsfähige Alter gekommen sind und ihre Umgebung in einen Wirbel von Aufregung versetzen.

Es beginnt und endet in Rotterdam. Dazwischen liegt die Geschichte eines Jahres aus dem Leben des Jünglings Mereyntje Geysen. Sein alter Freund Fliereflöter lehrt ihn, wie man Vergangenes lassen kann, um das Heute zu gewinnen.

Kuki, das Flüchtlingsmädchen begleitet ihren selbstlosen Beschützer, einen erfolgreichen ungarischen Schriftsteller, auf seinen Bildungsreisen nach Österreich und Südfrankreich, ja sogar bis nach Spanien. Ein Buch, das ohne billiges happyend auskommt.

Menschliche Elementarerlebnisse sind hier in packender Schlichtheit gestaltet. Zeitangaben werden vermieden, unaufhörlich fließt das Leben. Nur am Wechsel von Saat und Ernte, Geburt und Tod ist zu spüren, wie es weiterläuft.

Jean Paul Jacobs
Romane '66, edition et 1967

EXCLUSIV
TOBACCO
kostenlos probieren!
„Kleine Tabakbar" mit sechs Pfeifenfüllungen kommt gratis zu Ihnen.
Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV
TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 b

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 281494

Sind Sie beihilfeberechtigt?

... dann bleiben Ihnen im Krankheitsfall immer noch bestimmte Restkosten, die Sie bezahlen müssen.

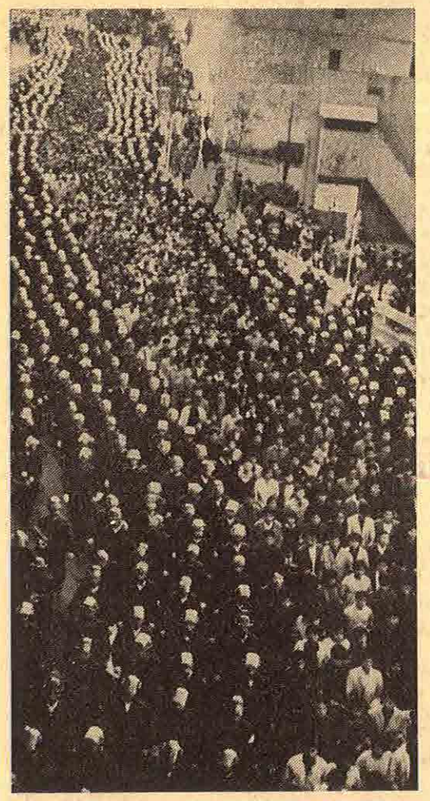
Unsere neue Restkosten-Versicherung deckt dieses Risiko auf Heller und Pfennig. Mit unserem Mitarbeiter können Sie jederzeit besprechen, was Sie versichern müssen, um mit der Beihilfeleistung einen vollen Krankheitskostenschutz zu erreichen.
Zu durchaus tragbaren Beiträgen, übrigens!
So zahlt z. B. ein junger Beamter (30 Jahre) für die Deckung sämtlicher, nicht von der Beihilfe bezahlten ambulanten und stationären Kosten (2. Klasse) monatlich 29,50 DM.

Volkswohl
Krankenversicherung VVaG

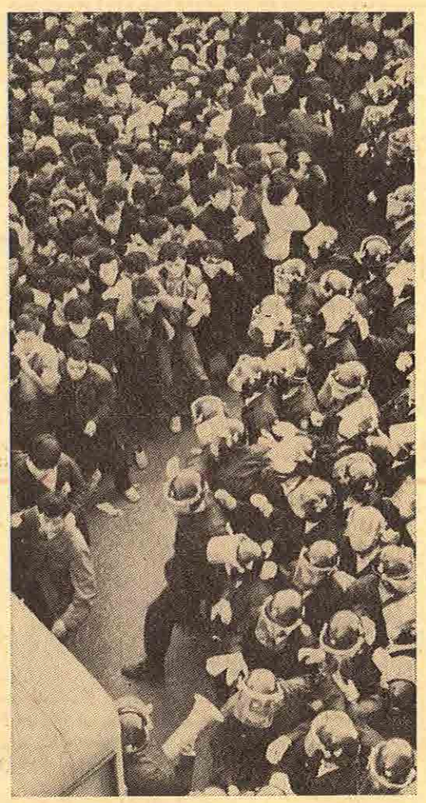
archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

ZENGAKUREN

Kampf gegen den US-Japanischen Imperialismus



„Sandwich-Demonstration"



Machtverhältnisse

Anläßlich der sporadischen Horror-Meldungen der westlichen Presse und des Fernsehens über den Kampf der japanischen Studenten sind Richtigstellungen notwendig. Dabei wird es nützlich sein, in einigen Aspekten „Zengakuren" (All-Japanischer Studentenverband) und die Bedingungen, unter denen dieser Verband kämpft, zu erläutern.

Nach den großen Demonstrationen gegen die Verlängerung des US-japanischen Sicherheitsvertrages im Jahre 1960, die zum Sturz der Regierung Kishi und zur Absage des geplanten Besuches von Eisenhower in Japan führten, breitete sich unter vielen Studenten Resignation aus. Das Ziel, die Auflösung der militärischen Präsenz der USA in Japan, wurde nicht erreicht. Der Hauptgrund für das Scheitern der Protestbewegung lag wohl in der Taktik der etablierten linken Parteien und Organisationen (Sozialistische Partei, KPJ, All-Japanischer Gewerkschaftsbund usw.), die Arbeiter möglichst von den revolutionären Studenten zu trennen und die Demonstrationen in dem von der Regierung vorgeschriebenen Rahmen durchzuführen. Schon vor dem Höhepunkt dieses Kampfes hatte sich Zengakuren (1948 gegründet) in einen pro-KP- und einen antistalinistischen Flügel gespalten (Dezember 1958). Der kommunistische Zengakuren konzentrierte sich nun in der Folgezeit auf die „geduldige Arbeit" in den Universitäten, beteiligte sich an den Aufgaben der Selbstverwaltung und erlangte so bis Anfang 1968 die Kontrolle über ca. 70% jener Gremien, die den AStAs bei uns entsprechen. Sowohl in den staatlichen als auch in den privaten Universitäten gelten die meisten kommunistischen Studentenfunktionäre als fleißige, zuverlässige Leute, mit denen die Professoren gut zusammenarbeiten können. — Der anti-imperialistische und anti-stalinistische Flügel von Zengakuren teilte sich bald seinerseits in mehrere Fraktionen auf, z. B. Revolutionäre Marxisten, Kernfraktionen, Sozialistischer Studentenbund und andere. Aus dreien dieser Fraktionen bildete sich 1966 Sampa-Zengakuren (3-Fraktionen-Z.) mit der Kernfraktion (Chûkaku-ha) als der aktivsten Gruppe.

Wie immer man die Arbeit der einzelnen Gruppen beurteilen mag — Sampa-Zengakuren mit im ganzen Land etwa 3000 Mitgliedern (bis zum Frühjahr 1968) war in den letzten Jahren die einzige, die durch gezielte Aktionen die übrigen Studenten wie die Bevölkerung zu politischen Stellungnahmen zwang.

Im Gegensatz zu den anderen linken Organisationen begannen vor etwa drei Jahren die fortschrittlichen Studenten erneut mit dem direkten Kampf gegen die Stützpunkte des US-Imperialismus in Japan. Dieser Kampf richtet sich ebenso gegen die schleichende Militarisierung des Landes und den eigenen Wirtschaftsimperialismus. Zusammen mit den Studenten fordern weite Kreise der Bevölkerung immer nachdrücklicher die Rückgabe von Okinawa, das zur größten amerikanischen Base im Fernen Osten geworden ist (u. a. starten von dort aus B 52-Bomber nach Vietnam). Auch bei Aktionen gegen die Lagerung von Atomwaffen werden die Studenten unterstützt. Seitdem sie die Zusammenarbeit von US-Militäradministration und Regierung (gestellt von der Liberal-Demokratischen Partei, die der CDU/CSU in Westdeutschland entspricht) aller Welt vor Augen geführt haben, indem sie von Satô's Bereitschaftstruppen vor den US-Basen zusammengeschlagen wurden, ist vielen Japanern der Zusammenhang zwischen dem Krieg in Vietnam und dem eigenen Gesellschaftssystem deutlich geworden. Es ist anzunehmen, daß sich diese Erkenntnisse und Erfahrungen 1970 auswirken werden, wenn die Revision und damit Verlängerung des US-japanischen Sicherheitsvertrages zur Debatte steht.

Im Sommer 1968 setzten inner-universitäre Kämpfe mit ungewohnter Heftigkeit ein. Sampa-Zengakuren hatte gezeigt, daß die Studenten keineswegs machtlos sind: die neuen Taktiken mobilisierten Zehntausende bisher unpolitischer Studenten. Sie kämpfen für die Demokratisierung des Lehr- und Verwaltungsbetriebes, für die studentische Mit-Kontrolle der Forschung, für die Erhaltung der Autonomie der Universitäten; gegen Zulassungsbeschränkungen, gegen das Eindringen von Polizei und Bereitschaftstruppen, gegen Disziplinarmaßnahmen — um nur die Hauptpunkte zu nennen. Diese Auseinandersetzungen erreichten im Herbst vergangenen Jahres ihren Höhepunkt, als an 51 Universitäten der Lehrbetrieb unterbrochen war. An den meisten dieser Universitäten gab es Streiks und Blockaden mit Barrikadenbau. Die bedeutendste Universität des Landes, die Tokyo-Universität, ist immer noch geschlossen. Examina werden dort in diesem Semester nicht mehr durchgeführt. Die etwa 20 000 Studenten dieser Uni wollen jedoch weiterkämpfen. (Siehe dazu die letzten Meldungen vom Wochenende.) Sie fassen die jetzige Situation als Vorstufe zu dem auf, was 1970 kommt.

Mit der folgenden Wiedergabe einiger Abschnitte des Buches „Was denkt Zengakuren?" ist nicht beabsichtigt, einen Beitrag zur internationalistischen Strategie der Studentenbewegungen zu liefern. Erstens betreffen jene Abschnitte nicht direkt strategische Fragen der japanischen Studentenbewegung, und zweitens blieben für uns Strategie-Artikel ohne eine einigermaßen fundierte Kenntnis der innen- und außenpolitischen Lage Japans reichlich abstrakt. Es geht zunächst einfach darum, japanische Studenten selbst zu Wort kommen zu lassen. Daß jene Veröffentlichung der „Kernfraktion" von Zengakuren im Herbst 1968 selbst einen bestimmten Stellenwert innerhalb der Politik dieses Verbandes hat, versteht sich von selbst.

Wolfgang Seifert

Wir sind keine „Aufrührer"

Was die Bezeichnung „Aufrührer" bedeutet.
Seit dem Kampf in Haneda nennt man die demonstrierenden Studenten „Aufrührer" und bezeichnet Zengakuren immer wieder als „gewalttätige Gruppe". Wir sind aber keineswegs Aufrührer, sondern die Bezeichnung „gewalttätige Gruppe" ist ein politischer Angriff der Regierungsmacht. Die Absicht der Regierung ist deutlich: Um den Kampf von Zengakuren zu unterdrücken, schützt sie vor, ihre Kontrolle sei keine „Unterdrückung", da es sich bei unserer Bewegung um Gewaltaktionen handele, die nichts mit einer sozialen, politischen oder Anti-Kriegs-Bewegung zu tun hätten. Diese „Kontrolle" wird zudem auf die Anti-Kriegs-Bewegung insgesamt ausgedehnt; es scheint zur Niederschlagung aller gegen die Regierung gerichteten Bewegungen zu kommen.
In unserer Bewegung haben Aktionen ein Ziel, und sie beruhen auf kühler Vernunft und Logik. Im Unterschied zu den von Furcht und Haß mitgerissenen, ohne Rücksicht auf die Zurückhaltung der Einsatzleiter angreifenden Bereitschaftstruppen handeln wir jederzeit überlegt. Alle unsere Aktionen werden, um das gesteckte Ziel besser verwirklichen zu können, gemäß einer mehr als ausreichend erwogenen Anleitung durchgeführt.

Unsere Bewegung ist eine politische Bewegung

Unsere Bewegung ist eine politische Bewegung. Obwohl wir mit der Bereitschaftspolizei einen blutigen Kampf austragen, gibt es keinen persönlichen Groll, gibt es kein Streben nach persönlichen Vorteilen der Proviantaufnahme, sondern die Auflösung der „Atom-Allergie" der japanischen Bevölkerung und die Einrichtung von Atomstützpunkten in Japan zum Ziel hatte. Die bewaffneten Bereitschaftstruppen, ein Unterdrückungsinstrument für jene Bewegung, die sich im Hinblick auf die neue Revision des US-japanischen Sicherheitsvertrages 1970 gegen die Bemühungen wendet, Japan in den Vietnam-Krieg noch mehr hineinzuziehen und mit Atomwaffen auszurüsten, und gegen die Stärkung des „Verteidigungsbewußtseins" — diese Bereitschaftstruppen erfüllen heute sogar die Funktion einer Sicherheitspolizei.

Die Polizei ist eine notwendige Institution, um das Leben des Volkes vor Dieben, Einbrechern oder Mördern zu schützen; man spricht sogar von Polizeibeamten als von Dienern der Nation, genau wie bei öffentlichen Beamten. Auch wenn wir hier nicht fragen, ob die öffentlichen Beamten „Staatsdiener" oder aber Mitglieder des Verwaltungsapparates zum Zweck der Aufrechterhaltung der Staatsmacht sind — falls die Aufgaben der Polizeibeamten nur in der sogenannten Verbrechensabwehr und der Verkehrsregelung bestünden, wären Bereitschaftstruppen überhaupt nicht nötig . . .

Außer „wirklicher Stärke" gab es keine Mittel

In den Kämpfen nach Haneda wurden „Helme und Stöcke" zum Hauptgegenstand der Vorwürfe. Sicherlich gab es diese in der bisherigen Studentenbewegung nicht. Aber wurde die Studentenbewegung etwa nicht angegriffen, als sie keine Stöcke hatte? Sie wurde es. Wir dürfen nicht verzuschreiten. Die Taktik in Haneda ist folglich nicht die einzige, und es ist auch nicht so, daß Helme und Stöcke die Studentenbewegung auf e i n e Taktik fixiert hätten, denn die Stärke dieser Bewegung besteht darin, daß ihre Taktiken vielfältig und variabel sind. Um die Demonstration zur Ver-

Helme zerbrechen leicht, obwohl sie aus Plastik sind, wenn man von oben mit einem Polizeiknüppel geschlagen wird; und man kann nicht sagen, daß sie immer sicher sind. Für die Stöcke gilt Ähnliches. Aber weil wir keine Mißverständnisse aufkommen lassen wollen: Das, was die Studenten von Zengakuren beim Kampf in Haneda (8. 10. 67) mithatten, waren keine Knüppel, sondern Transparente. Als wir mit den Transparenten die Demonstration auf der vorher beantragten Strecke beginnen wollten, griffen die Bereitschaftstruppen, um dies zu verhindern, uns mit allen möglichen Mitteln an; dagegen setzten wir uns mit den Stangen, an denen die Transparente befestigt waren, zur Wehr.

(Aus: Akiyama, K., Aoki, T., Zengakuren wa nani o kangaeru ka, Tokyo 1968. Seiten 45—54). W. S.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

„mit blutendem Gesicht auf

Wir kämpfen darum, wie Geschichte und Realität Japans und der Welt aussehen sollen. Das ganze Volk ist in gleicher Weise diesen Fragen konfrontiert. Dies als „Aufruhr" auszugeben, ist selbst ein politischer Angriff.

Da wir wissen, daß das Vorhaben der Herrschenden, Zengakuren als „Aufrührer" zu behandeln, ein Mittel zur Unterdrückung der Anti-Kriegs-Bewegung selbst darstellt, denken wir überhaupt nicht daran — welche unsinnigen Angriffe und absurde Propaganda man auch betreiben mag — nur deswegen unsere Bewegung zu stoppen oder sie in eine Bewegung innerhalb des von der Regierung zugestandenen Rahmens umzuwandeln. Wir werden aber die verfälschende Propaganda, wir seien eine

Die wahre Gewalt liegt bei der politischen Macht

Wir werden später darauf eingehen, ob Bedingungen dafür existieren oder nicht, daß die Studenten heute in Ruhe studieren können — nicht nur gesellschaftliche, sondern auch universitäre (s. Kap. III); aber der Inhalt dieser Kampagne der Massenmedien ist durch und durch falsch. Denn das Bild vom Studenten, das diese Leute sich wünschen, hat zur Voraussetzung, daß man die verschiedenen sozialen Widersprüche der Realität ganz aus dem Blick verliert und sich auf eine Seite der Herrschaftsstruktur begeben kann.

Seit alters nennen die Herrschenden ohne Ausnahme diejenigen, die sich gegen sie auflehnen, „Aufrührer", und um des „Friedens" willen, wie sie es nennen, unterdrücken sie jene mit Gewalt.

Daß die Handvoll Herrschender die überwältigende Mehrheit des Volkes beherrscht, daß sie durch Zwang die Ordnung des Systems aufrechterhält — das gerade aber ist Gewalt. Im allgemeinen spricht man häufig dann von Gewalt, wenn jemand etwa in einem handgreiflichen Streit oder in einer „gewalttätigen Gruppe" von Taugenichtsen im Alltagsleben sofort mit Brachialgewalt etwas bestimmen will. Auch die Regierung ist eifrig gerade bei der Kontrolle derartiger „kleiner Gewalttaten". Wir möchten aber auf die wirkliche Gewalt, auf die „große Gewalt" zu sprechen kommen, wo die riesigen Firmen und die Regierung das Volk seiner Rechte und seines Vermögens berauben, wo Polizei und Armee im Namen eines „Höheren" das Volk einsperren. Wenn bei einer Demonstration Arbeiter oder Studenten Polizeibeamte auch nur etwas schlagen, werden sie zweifelsohne verhaftet, verlieren ihren Beruf und werden zu Kriminellen gestempelt. Aber: Weit davon entfernt, daß Bereitschaftspolizisten, auch wenn sie die Studenten prügeln, zur Bestrafung herangezogen werden — sie erhalten dafür aus Steuergeldern Lohn, ja sie können sogar die Gelegenheit zur Verbesserung ihres Gehalts oder ihrer Position ergreifen. Wer von den beiden Gruppen ist denn nun eigentlich „berufsmäßig gewalttätig"?

In der heutigen Gesellschaft ist das Zentrum der Gewalt, unnötig zu sagen, die bewaffnete Staatsmacht. Für das Ziel der Ruhe und Ordnung im Lande und der Verteidigung der Nation wurden Militär- und Polizeiapparat mit den Jahren immer mehr vergrößert.

Aber wenn man für „Ruhe und Ordnung" ein anderes Wort einsetzt, dann ist das Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft; und „Verteidigung der Nation" bedeutet nichts anderes als die Verstärkung der militärischen Potenz, um auf andere Völker Druck ausüben zu können.

Indem nun der militärische und der Polizei-Apparat, das Instrumentarium von „Verteidigung" und „Ruhe und Ordnung", sich mit der Justizmaschinerie, den gesetzlichen Maßnahmen verfilzt, wird die Staatsgewalt aufrechterhalten. — Man kann sagen, daß der Invasionskrieg in Vietnam — ein Sumpf, der sich immer mehr ausdehnt — die größte Manifestation der Gewalt ist. Die „Enterprise", Flugzeugträger der 7. US-Flotte und ihr größtes Schiff, beteiligt sich als „schwimmender Atomstützpunkt" an der Bombardierung Nordvietnams, und es ist bereits aufgedeckt worden, daß das Anlaufen des Hafens Sasebo nicht rest & recreation diente oder etwa die japanische Gesellschaft für Erziehung Druck aus, daß diese Maßnahmen zur Einstellung der Stipendien für die dort verhafteten und angeklagten Studenten ergreifen sollte. Darauf sagte die Gesellschaft für Erziehung, die einen früheren Bürokraten des Innenministeriums als Direktor hat, zu, dem Wunsch der Regierung zu entsprechen. — In den Massenmedien malt man, halb zum Vergnügen, die gewaltsamen Aktionen von Sampa-Zengakuren aus, aber es gibt dort auch Leute, die verantwortungslos sogar verbreiten, Zengakuren-Mitglieder seien Berufsrevolutionäre unter der Maske von Studenten, und man sollte sie, da der Wille zum Studieren von Anfang an fehle, konsequenterweise relegieren.

Satirisches Theater Die Schmiere
das schlechteste Theater der Welt
Im Karmeliterkloster / Nahe Theaterplatz
Bestellungen über 28 10 66 jederzeit
Dienstags, donnerstags, sonntags 20.30 Uhr:
MENSCH IN ASPIK
Freitags 20.30 Uhr:
DIE TOTE RATTE IN DER LIMONADEFLASCHE
oder **JEDE LEICHE 'NEN GROSCHEN!**
Samstags 19.30 Uhr:
SIE NENNEN DAS MÄDCHEN EINFACH: PAUL!
21.30 Uhr:
SIE SIND EIN FERKEL, EXZELLENZ!
Alle Programme von Rudolf Rolfs

gessen, daß gleich haben Sie uns als „unstudentisch" mißbilligt wurden, als wir sie machten, daß ebenso Zickzack-Demonstrationen (der Demonstrationszug verläuft in einer Schlangenlinie und verteilt sich so über die ganze Breite der Straße — W. S.) mißbilligt wurden, als wir diese durchführten.

Wie im ersten Kapitel ausgeführt, war der Kampf in Haneda sowohl von der Situation als auch von den Angriffen der Regierung her ein Wendepunkt für die neuen Kämpfe. Die Anti-Kriegs-Bewegung wie die Studentenbewegung wurden in ihren Beziehungen zur Staatsmacht zur Aktivität getrieben. Helme und Stöcke waren nur eben eine winzige Hilfe, um dem starken Druck der Macht standzuhalten und doch voran-

Heute: nicht einmal das Recht auf Demonstration

Man hat gesagt, der Kampf gegen den US-japanischen Sicherheitsvertrag im Jahre 1960 sei der heftigste in der Geschichte von Zengakuren gewesen. Der Sturm auf das Parlament am 27. 11. 1959, die Demonstration am 26. 4. 1960, wo man vor dem Parlament auf die Panzerfahrzeuge stieg, und der Kampf am 15. 6. 1960, als man die Sperrzone des Parlaments durchbrach — all das wurde uns als „Aufruhr" vorgeworfen. Aber damals hatten die Studenten rein gar nichts in den Händen, und die Studentenführer hatten mit Ausnahme der Demonstration am 25. 6. 1960 streng verboten, Steine zu werfen. Während der folgenden sieben Jahre seit diesen Auseinandersetzungen hatte sich Zengakuren durchgängig an diese Kampfmethoden gehalten. Obwohl wir mit bloßen Händen gegen die Bereitschaftstruppen kämpften, hielten wir dem Druck viele Jahre lang stand.

Aber die Macht hat sich verändert. Mit dem Kabinett Sato erschienen bei den Demonstrationen riesige gepanzerte Fahrzeuge und Lastwagen; „Sandwich-Demonstrationen", bei denen die mit Metallhelmen und Schilden ausgerüsteten Abteilungen von beiden Seiten in die Demonstration drängen und prügeln, wurden zur Regel. Wir haben bereits gesagt, daß Demonstrationen nicht einmal mehr erlaubt wurden, und daß man begann, den Demonstrationskurs willkürlich abzuändern. Auch ohne, daß wir etwas in den Händen hatten, gingen die Polizeiknüppel mit voller Wucht auf uns nieder. Wir fingen an, uns Helme aufzusetzen als ein Mittel, uns vor derartigen Prügeleien zu schützen; und als wir in die Enge getrieben wurden, begannen wir als letztes Mittel, Steine zu benutzen, um zu entkommen. Einer nach dem andern wurden die Genossen verletzt — wie konnten wir dem wohl Einhalt gebieten?

Demonstrationen, die sich ihr Recht erkämpfen

Wir haben uns mehr als einmal bemüht, diese Unterdrückung durch die Macht aufzubrechen. Beim Kampf in Yokosuka (US-Base bei Tokyo) gegen das Anlaufen atomgetriebener U-Boote haben wir gelegentlich die „Sandwich"-Regeln (d. h. den Polizisten-Kordon zu beiden Seiten des Demonstrationszuges — W. S.) durchbrochen und ein Sit-in vor den Toren der Base durchgesetzt. Bei der nächsten Demonstration bekamen wir als Rache dafür unbarmherzige Gewalt zu spüren.

Angriffe der Staatsmacht gab es aber nicht nur dann, wenn wir politische Demonstrationen veranstalteten. Die Bereitschaftstruppen kamen auch auf das Universitätsgelände. Bei den Universitätskämpfen an der Waseda- und der Meiji-Universität (beide in Tokyo) mischte sich die Staatsmacht in aller Offenheit ein und zertrampelte willkürlich und aufs Geratewohl die Autonomie der Universität. Sie intervenierte bei den kollektiven Verhandlungen mit dem Rektor an der Hosei-Universität (in Tokyo) und führte nach einer Massenverhaftung 285 Studenten ab. Gerade die Herrschaft der unverschämt arroganten Bereitschaftstruppen, die Bedingungen des Polizeistaates dauerten an.

Panzerwagen, die den Weg völlig versperren; Wasserwerfer; Bereitschaftstruppen, die hinter ihren Schilden die Knüppel schwingen; willkürlich durchgeführte Massenverhaftungen — solange wir nicht diese Wand der Staatsmacht durchstoßen, werden wir keineswegs die Stärke einer Massenbewegung erreichen. Immer wieder das Gefühl einer Niederlage zu haben, wird zum Gefühl der Ohnmacht werden und die Bewegung selbst letztlich korrumpieren. Um dies zu durchbrechen, ist eine angemessene Stärke der Gegenschläge auf jeden Fall notwendig. Während wir wiederholt mit leeren Händen auf die Bereitschaftstruppen stießen, während wir zu Boden geschlagen und verwundet wurden, haben wir den festen Entschluß gefaßt, unbedingt jene Wand zu durchbrechen.

Keine Unterwerfung

Um das natürliche Recht auf Demonstrationen durchzusetzen, müssen die Studenten innerhalb seiner Grenzen den Druck der Bereitschaftstruppen durch ihre eigene Stärke beseitigen. Um uns dann vor dem Sturm der auf uns niedergehenden Polizeiknüppel zu schützen, legen wir Helme an. Wie auch durch die Bezeichnung „Schutzhelm" deutlich wird, sind die Helme nur solche zur Verteidigung, aber sogar diese

In einer neuen Reihe, die angelegentlich linke(??) Literatur vorstellt, erschienen zwei Erzählungen — Die Grenze, Ein gewiefter Bursche —, zuerst vorgelegt von den Freunden des Verfassers, der wegen praktischer Solidarität mit revolutionären Kämpfern von CIA und bolivianischem Diktatorenregime ins Gefängnis befördert worden war. Eine Ehrenausgabe sozusagen.

Es hieße, dem Realismus von Erzählungen über mangelnde sexuelle Aufklärung und Hilfsbereitschaft oder ein Opfer von „Rassen"-Mördern noch einen Realismus aufpfropfen, wenn Inhalt wiedergegeben würde.

Bejammernswert, traurig, empörend, Mitleid erweckend — es ist durchaus zu vergessen, daß Literatur produziert wurde. Die Beschreibung von Verhaltensweisen kann auch als eine Art Journalismus verstanden werden; der fehlt ganz sicher in der bürgerlichen Anekdotenpresse, die sich im größten Teil der Literatur noch fortsetzt als Unterhaltungsware. Das scheinen diese Erzählungen aber nicht ergänzen zu wollen.

Was der Erzähler an „Unmenschlichkeit" in einfachem realistischem Handlungsablauf resümiert, wird vollends abstrakter Humanismus, die Art der Literatur denunziert die Beschreibung dieser „Unmenschlichkeit". Hat nicht der bestätigende Realismus (recht eingeübt im 19. Jahrhundert — —) nur reproduzierende Funktion?

Zum anderen: es wäre zynisch, das Recht auf Unterhaltung zu verleugnen; nur: ist es nicht Illusion, auf den moralischen Appell eines Realismus noch zu vertrauen? Wallrafs Berichte haben einen der anderen möglichen realistischen Wege gezeigt, näher an der individuellen Erfahrung und Konkretion.

Der traditionelle Realismus fällt mehr denn je hinter die politische und private Realität zurück, weil sie artistisch harmonisch eine Form der Mitteilung ausmessen, die in der beschriebenen Realität nur als unstimmig festgestellt wird.

„Man kann einen Schrei nicht bearbeiten, ohne daß am Ende die Botschaft viel mehr von der Arbeit kündet als von dem Schrei." (R. Barthes)

Unstimmig schon: Mord und zumal politischen, noch poetisch fassen zu wollen. Ein „menschlicher" Realismus unterschlägt das Problem. Es ist ein Problem der Politik, grob gesagt, wer Alphabetisierung und wer Kunst und Literatur betreibt und es ist unsinnig, hier Fronten aufzubauen. Was denn, wenn der Autor verstörende konkrete Poesie zum Beispiel geschrieben hätte und ein aktiver politischer Revolutionär wäre? Hätte dann die Absage ans Poetisieren, ans Hobby eine der anderen möglichen Formen angenommen?

Der Autor, Regis Debray, ist kaum einen halben Satz über Balzac hinaus und politisch schon zu einer anderen Gesellschaft übergegangen. Ein Paradoxon, das man seinen Erzählungen nicht anmerkt.

Diese Literatur bleibt der veränderten gesellschaftlichen Realität, gegenüber Klassenkampf und Kulturindustrie ganz oberflächlich und äußerlich. Aber ein **politischer** Banause, wer puritanisch da „revolutionäre" Literatur verlangte.

Die Reihe Hanser, in der die Erzählungen erschienen, bringt schmale Bändchen mit literarischen, politischen Schriften. Das Marx-Zitat über den Kunstgegenstand, der sich wie jedes andere Produkt ein kunstfähiges und schönheitsgenußfähiges Publikum schaffe, ist in seiner ungebrochenen Geltung ein inzwischen auch vom kapitalträchtigen Verlag bezweifeltes Diktum.

w.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Revolutionäre Politik und Psychoanalyse

Zu Wilhelm Reich: Was ist Klassenbewußtsein?

Reichs Problemstellung ist die jeder revolutionären Politik, die von der Ungleichzeitigkeit revolutionären Bewußtseins ausgehen muß, nämlich „den Zusammenschluß des Bewußtseins der revolutionären Avantgarde mit dem Bewußtsein des durchschnittlichen Erdenbürgers" voranzutreiben (S. 3). Aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen der Ohnmacht der Arbeiterbewegung gegen den wilhelminischen Imperialismus und den Faschismus die Massen erfolgreich zu mobilisieren, kommt R. zu einer radikalen Kritik an der bisherigen politischen Praxis der Avantgarde der Arbeiterbewegung, d. h. ihren Versuchen, Klassenbewußtsein durch die Vergesellschaftung ihres eigenen revolutionären Bewußtseins herzustellen. Der Ökonomismus entwickelt seine ganze Arbeit und Propaganda einzig von der objektiven Seite des gesellschaftlichen Seins her, vom Fortschritt der Produktivkräfte, von den wirtschaftlichen Gegensätzen der Staaten, von der Überlegenheit der sowjetischen Planwirtschaft über die kapitalistische Anarchie etc. und knüpft diese Staatspolitik an die kleinen Tagesnöte an; er erlitt vollkommenes Fiasko.

„Die Sex-Pol entwickelte die Notwendigkeit der sozialen Revolution von den subjektiven Bedürfnissen her, leitete sämtliche Fragen der Politik aus dem Ob und Wie der Bedürfnisbefriedigung der Massen ab und erzielte dadurch das größte Interesse auch der politisch unklarsten Menschen aller Kreise" (S. 59).

Worin bestand nun der Ökonomismus der „Repräsentanten" der Arbeiterbewegung. Die revolutionäre Linke in der deutschen Sozialdemokratie, aus der später die KPD hervorging, sah die soziale Revolution abhängig von den Bewegungsgesetzen der Ökonomie. Die Theorie der sozialen Revolution, die in der Agitation fruchtbar werden sollte, hatte den Zusammenbruch des Kapitalismus als Notwendigkeit nachzuweisen, weil nur so die Notwendigkeit des Sozialismus wissenschaftlich bewiesen werden könne. „Nimmt man jedoch mit Bernstein an, die kapitalistische Entwicklung gehe nicht in die Richtung zum eigenen Untergang, dann hört auch der Sozialismus auf, objektiv notwendig zu sein." (Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? in: Politische Schriften I, Frankfurt 1966, S. 54). Das Verhalten der Individuen wurde als von außerindividuellen ökonomischen Widersprüchen abgängig gemacht.

Der Ökonomismus hielt natürlich gleichzeitig die Verschärfung von Klassengegensätzen für die politische, die steigende Aggressivität gegen die wachsende Ausbeutung für die psychische Grundlage der Revolution. Er setzte zwar auch an individuellen Bedürfnissen an, aber ausschließlich an ökonomischen: Lohn, Arbeitszeit usw. Die psychische Fähigkeit zur Revolution selbst wurde nicht wissenschaftlich untersucht. Ihr Wille zur Revolution sollte aber durch das Bewußtsein der Vergänglichkeit des Kapitalismus und der geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus gestärkt und aktionsfähig gemacht werden. „Er (der Vulgärmarxist R.R.) versinkt schließlich darin, revolutionär Mut einzupumpen, ohne in Wirklichkeit etwas Sachliches zur Situation zu sagen, ohne zu begreifen, was vorgegangen ist." (W. Reich, Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1934, p. 28.) Bewußtmachen hieß weitgehend, mit Hilfe der Nationalökonomie, die unbewußten, anarchischen Gesetze des Kapitalismus bewußtmachen. Nationalökonome war die Theorie der Revolution, allenfalls noch ein bißchen Soziologen begreifen (etwa daß sie den Gewerkschaftsgenerälen in den Krieg folgten).

Auch dem linken Flügel der Sozialdemokratie, der nicht zur KPD übergegangen war, wurde der Widerspruch zwischen objektiver Situation und individuellem Bewußtsein wichtig. Er faßte es unter dem Einfluß von Hendrik de Man und Max Adler als Problem der Erziehung. Die autoritären Organisationsstrukturen der Fabrik, die die SPD übernommen hatte, die zu Disziplin, Organisationstalent und repressiver Solidarität erzogen, wurden als Bedingungen des Scheiterns der Revolution erkannt. Unterdrückung subjektiver Initiative durch Zentralisierung und Militarisierung in der SPD sollte durch Entwicklung „freier Verantwortung" (Anna Siemsen) oder „Revolutionierung des Alltagslebens" (Max Hodann, Arkadius Gurland) aufgehoben werden. Hier entstehen die ersten Ansätze zu einer Massenpsychologie. Wenn H. de Man auch nur der revionistischen Politik, Demokratisierung, gleiche Rechte usw. eine psychologische Basis im Arbeiter verschafft, so stellt er doch die entscheidende Frage richtig: „Wie entsteht die Gefühlslage und die affektmäßige Willensrichtung des Arbeiters aus seinen Lebensverhältnissen." (de Man, Psychologie des Sozialismus, Jena 1927, S. 19) Auch Curt Geyer (USPD) versuchte eine Psychologie und Soziologie der radikalen Massen (G. G. Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1923) Diese und andere Arbeiten beruhen auf der Vorstellung, daß das Bestimmende an der Psychologie der Massen das soziale Minderwertigkeitsgefühl sei, die Schwächung des „Geltungstriebs", wie de Man erzählt. Wie die Individualpsychologie des sozialistischen Freudschülers Alfred Adler nimmt die Massenpsychologie in ihren Anfängen an der kollektiven Sexualverdrängung durch die Betonung von Ich und Bewußtsein teil.

In dieser Situation der Auflösung und Umorientierung des traditionellen Marxismus in der KPD und der SPD präzisiert Reich noch einmal genau die Stelle, die der traditionelle Marxismus, wie wiederhergestellt er auch immer ist, verdrängt. Er ist der Meinung, „daß die Psychoanalyse kraft ihrer Methode, die triebhaften Wurzeln der geschichtlichen Tätigkeit des Individuums aufzudecken und kraft ihrer dialektischen Methode in der Trieblehre berufen sei, die psychischen Auswirkungen der Produktionsverhältnisse im Individuum, d. h. die Bildung der Ideologie „im Menschenkopfe" im Detail zu erklären. (Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse, Unter dem Banner des Marxismus, 1927, Nachdruck, S. 28.) In dieser Schrift — die Bewegung für Sexualökonomie und Politik gründete er erst 1928 — formuliert er die „künftige gesellschaftliche Bedeutung der Psychoanalyse (35) noch nicht so explizit politisch wie in „Was ist Klassenbewußtsein? (1934). Er stellt ihr drei Aufgaben. Erforschung der Urgeschichte der Menschheit, seelische Hygiene (allerdings erst auf der Basis der sozialistischen Wirtschaft möglich) und Kindererziehung als psychologische Grundlage der sozialistischen Erziehung. (35 f.) Zur „politischen Psychologie" wird die Psychoanalyse für ihn erst durch die Erfahrung von der Unfähigkeit der KP und der SPD zum Kampf gegen den Faschismus.

Ein Stück der gemeinsamen Grundursache des Versagens des Sozialismus in allen seinen Teilen, ein Stück zwar bloß, aber ein wesentliches, nicht mehr zu übersehendes, nicht mehr als zweitrangig zu betrachten-

der revolutionären Politik soll nicht die bürgerliche Abstraktion von den Bedürfnissen reproduziert werden, sondern tendenziell aufgehoben oder ihre notwendigen Schranken in der Organisation des Kapitalismus aufgewiesen werden.

Dieses Prinzip revolutionärer Politik bringt er immer wieder zur Geltung. „Die revolutionäre Politik hat vor den Massen nichts zu verbergen, sie will alles enthüllen." (S. 44) Den Sozialismus kann man nur „durch die Erfüllung der kleinen, nächstliegenden Ziele der Massenindividuen, durch mächtige Steigerung ihrer Bedürfnisbefriedigung" erreichen. (16) Die Ansatzpunkte dazu und einige Hemmungen zeigt er unsystematisch und essayistisch in dieser kleinen Schrift auf, die unter den entfremdeten Bedingungen der Emigration in Dänemark geschrieben wurde. Einmal bestimmt er kurz revolutionäre und reaktionäre Momente beim Jugendlichen, den Frauen, dem werktätigen Mann und beim Kind und macht plausibel, daß Klassenbewußtsein „in allen Ritzen des Alltagslebens" (27) steckt, in der Rebellion gegen die autoritäre Unterdrückung durch die Eltern, im Bedürfnis nach einem eigenen Raum bei den Jugendlichen, in der Rebellion gegen die Ehe und die sexuelle Einschränkung bei den Frauen usw. Der KP wirft er bürgerliche Politik vor, weil sie sich nicht unausgesetzt, einfach und klar an die Massen wendet, den Respekt der Massen vor der hohen Politik nicht zerstört, Geheimdiplomatie und Mauschelei nicht abschafft, mit einem Wort auf die Bedürfnisse der Massen nicht eingeht, ihre Interessen nicht weckt, ihr Desinteresse nicht aufbricht. „Die revolutionäre Partei formiert sich ... in erster Linie durch die Behandlung derjenigen Fragen, die die verschiedenen Schichten der Bevölkerung interessieren." (S. 45) In einigen kleinen Reflexionen über Polizei, revolutionäre Aspekte des Liedes, die Angst vor der Revolution, revolutionäre wissenschaftliche Arbeiten usw. zeigt er dann noch die Realität solcher Widersprüche und Hemmungen, auch am Beispiel der Angst vor der Gewalt.

Was sofort auffällt ist, daß Reich sich offenbar hauptsächlich mit Problemen der Freizeit, der Kultur und der Sexualverdrängung auseinandersetzt, nicht aber die Betriebssphäre als ebenso bestimmendes Moment für das Arbeiterbewußtsein analysiert.

Zwar formuliert er anderswo: „Es kommt also auf die Erfassung des Wesens der ideologischen Struktur und ihrer Beziehung zur ökonomischen Basis, der sie entsprang, an. (Massenpsychologie des Faschismus, S. 26), aber diesen Entstehungsprozeß vollzieht er nicht nach. Das ist nicht schwer zu verstehen. Aufgrund des politischen Kampfes mit der autoritären Theorie und Praxis der KP, die ihn schließlich 1932 ausschloß, konnte er offenbar die Sphäre der Arbeit, die Produktion nur in der Form wahrnehmen und zurecht zunächst für sich zurückstellen, wie die KP sie definierte. Um seine „antiautoritären", von der Sexualität ausgehenden Überlegungen überhaupt fundieren zu können, als Basis der Ideologiebildung analysieren zu können, mußte er zurückweisen, daß die Ideologie schematisch und einseitig von der Wirtschaft abhängig sei (Massenpsychologie, S. 27), mußte er den Zusammenhang zwischen ökonomischer Struktur und politischem Interesse zurückdrängen. So wie es immer behauptet worden war, hatte er sich ja auch gerade als falsch erwiesen. Es besteht eben kein unmittelbarer Zusam-

Die Buchhandlung für den Mediziner
JOHANNES ALT seit 1868
BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN
In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21
Telefon 61 29 93
Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134

Luise Pollinger
Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77
Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-,
Zeichen-,
Schulartikel
Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Peter Naacher
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf * 28 76 41
Taschenbuchhandlung: Jügelstraße 1
Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Dissertationen
druckt
BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/525

von DIN A 4-Vorlage auf DIN A 5-Format	bei Expl.	DM pro Seite
	70	3,–
	100	3,20
	150	3,45
	200	3,60
	300	4,30

keine Nebenkosten
● Raster billigst! ●
Angebot anfordern

nach ISRAEL mit EL AL
ISRAEL AIRLINES in Zusammenarbeit mit
DEUTSCHEN

Archiv von Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

des affirmativ zur revolutionären Klasse erklärten Proletariats wurden in den autoritären Vorstellungen von geschichtlichen Notwendigkeiten verdrängt.

Der Erste Weltkrieg zeigte frappierend den Widerspruch zwischen objektiver Situation und dem Bewußtsein der Massen, die Irrationalität der sozialdemokratischen Politik, die autoritären Bindungen des Proletariats. Partei und Gewerkschaften hemmten und verhinderten die Befreiung des Proletariats in der Novemberrevolution. Dennoch konnten sie spontane Selbsttätigkeit, Entfaltung individueller Bedürfnisse nach Selbstbestimmung in Räten usw. zunächs nicht verhindern. Subjektive Momente brachen in dem Moment hervor, wo die alten objektiven Notwendigkeiten von Arbeitszwang, Militärzwang und Organisationszwang zerbrachen. Der Ökonomismus als Theorie, der an die alten autoritären Organisationsformen gebunden war, geriet ins Wanken. Vermittlungsglieder wurden in die Theorie der sozialen Revolution eingeführt, die sämtlich auf der aktiven, bewußten, subjektiven Momenten der gesellschaftlichen Zusammenhänge beruhten. Lukacs vertrat die Notwendigkeit exemplarischer Aktion einer bewußten Minderheit, die nicht erst auf die Naturnotwendigkeit der Krisen und der elementaren Massenspontanität warten, sondern diese gerade erst freisetzen sollte. Also Beseitigung der subjektiven Hemmungen durch politische Aktion. (Etwa in „Spontanität der Massen, Aktivität der Partei".) Korsch war wie Lukacs der Ansicht, daß nur bewußte menschliche Tätigkeit den Übergang zum Sozialismus vorantreiben könne. Er rehabilitierte überhaupt erst einmal das Bewußtsein, die Sphäre der Ideologie als „wirklichen Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtwirklichkeit" (Korsch, Marxismus und Philosophie, Frankfurt 1966, p. 120) und damit die Notwendigkeit der „geistigen Aktion". Aber weder Korsch noch Lukacs konnten die Subjekte massenpsychologisch analysieren, auf die sich doch ihre Aktionen beziehen sollten. Die Irrationalität ihrer politischen Handlungen ist der Mangel einer spezifischen

ren marxistischen politischen Psychologie." (Was ist Klassenbewußtsein, S. 8.)

Er stellt und beantwortet die zentralen Fragen der Wissenschaft im Interesse der Revolutionären Führung. „Die Führung hat keine dringendere Aufgabe, neben der genauen Kenntnis des objektiven historischen Prozesses, als die, zu verstehen: a. was die verschiedenen Schichten, Berufe, Altersstufen, Geschlechter an vorwärtstreibenden Wünschen, Ideen, Gedanken in sich tragen, b) was sie an derartigen Wünschen, Ängste, Gedanken und Ideen in sich tragen, die das Vorwärtstreibende an der Entfaltung verhindert („traditionelle Bindungen). (S. 13) Das zentrale Moment, was ihn radikal von den traditionellen Arbeiterparteien unterscheidet, scheint mir darin zu bestehen, daß er die Antizipation der Befriedigung elementarer Bedürfnisse zur Basis des Interesses an der Revolution machen will. In den Organisationsformen und in dem Wesen und revolutionärem Klassenbewußtsein. „Autoritäre und freiheitliche Gesinnung haben nichts mit den scharfen ökonomischen Klassengrenzen zu tun ... Die Praxis autoritären Zwangs geht ebenso kreuz und quer durch alle Schichten der Gesellschaft aller Nationen, wie freiheitliches Denken und Handeln." (Reich, Die sexuelle Revolution, Frankfurt 1966, Vorwort zur III. Auflage [1945], S. 11) Wer verstehen will, warum W. Reich nicht die Rationalität von Analysen erkannte, die die Fabrikarbeit als Ursache von sexuellen Hemmungen, als Ursache von autoritären Verfestigungen usw. und als Ort, wo gleichzeitig Klassenbewußtsein sich in der Anschauung der eigenen Objektstellung, der Unternehmer- und Meisterwillkür usw. bilden kann, zum Gegenstand haben, der braucht sich nur den denkwürdigen Spruch dieses KP-Fritzen Wilhelm Pieck anzuhören: „Ihr geht von der Konsumtion aus, wir aber von der Proktion; Ihr seid daher keine Marxisten." Wer „Fehler" bei W. Reich gefunden hat, der muß sie in der KP aufsuchen.

Reiner Roth

Schlußfolgerung

Das Klassenbewußtsein der Masse ist nicht die Kenntnis der geschichtlichen oder wirtschaftlichen Gesetze, die das Dasein der Menschen regieren, sondern:

1. die Kenntnis der eigenen Lebensbedürfnisse auf allen Gebieten;
2. Die Kenntnis der Wege und Möglichkeiten ihrer Befriedigung;
3. die Kenntnis der Hindernisse, die die privatwirtschaftliche Gesellschaftsordnung ihr in den Weg legt;
4. die Kenntnis der eigenen Hemmungen und Aengste, sich über die Notwendigkeiten des eigenen Lebens und ihrer Hindernisse klar zu werden („der Feind steht im eigenen Land" gilt auch besonders für die seelische Hemmung des einzelnen Unterdrückten selbst);
5. die Kenntnis der Unüberwindlichkeit der eigenen Kraft gegenüber der Macht der Unterdrücker im Falle ihrer massenmäßigen Zusammenfassung.

Das Klassenbewußtsein der revolutionären Führung (der revolutionären Partei) ist nichts anderes als die Summe des Wissens und der Fähigkeiten, für die Masse auszusprechen, was sie selbst nicht auszudrücken vermag; und die revolutionäre Befreiung vom Joche des Kapitals ist die zusammenfassende Tat, die aus dem voll entwickelten Klassenbewußtsein der Masse von selbst erwächst, wenn die revolutionäre Führung auf allen Lebensgebieten die Masse begriffen hat.

Wilhelm Reich

Dokument: Worte des NHB

Meditation über die Lebensdauer gemäßigter Gruppen an der Frankfurter Universität

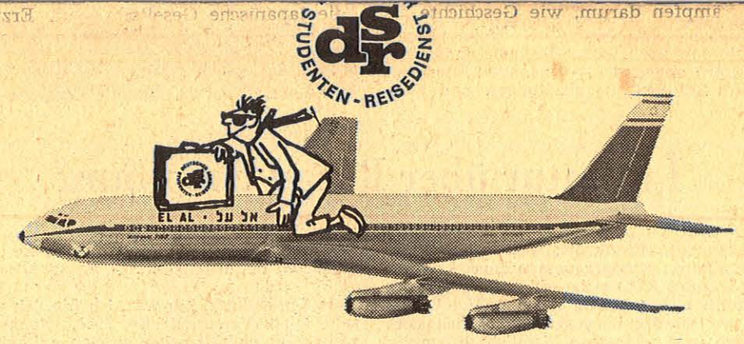
Der RCDS macht Wiederbelebungsversuche. Nachdem im Sommer auch das allerletzte Mittel der Rettung existenzgefährdeter Gruppen, das Demonstrieren, in Ein-Mann-Aktionen versickerte, soll noch einmal versucht werden, das große CDU-Nest mit akademischen Eiern zu füllen.

Dem ADS dürften diese Bemühungen ungelegen kommen, weil es überhaupt der gegenwärtigen Situation an der Universität hilflos gegenüberzustehen scheint. Als Schutz- und Trutzbündnis gegen Barrikadenbauer hat es schon im Mai versagt, als man nach anfänglichen großen Sprüchen nicht in der Lage war, den Zugang zur Uni durchzusetzen. Der Verein kaschiert seine apolitische Tendenz jetzt durch Übernahme linker Sprüche, die er damit zwar nicht inhaltlich billigt, aber auch nicht in ihrer dortigen Bedeutung kritisch reflektieren kann. Nachdem die Hoffnung auf eine parlamentarische Bühne nun mehr und mehr geschwunden ist und vielleicht auch die Finanziers keine Lust an der Fütterung unwirksamer Wahlkämpfe mehr haben, könnte es in Flügelkämpfen den Rest seines fruchtlos-geldverschlingenden Daseins aushauchen.

Da ohnehin einige ADS-Mitglieder dem NHB nahestehen, die sich nur deshalb dem ADS angeschlossen hatten, weil sie hier eine breitere Aktionsbasis und bessere Erfolgsmöglichkeiten für die Abwehr gesellschaftsfeindlicher Tendenzen an der Uni gegeben sahen, wird der NHB als politische Organisation das Interesse der verantwortlich engagierten Studenten verstärkt auf sich ziehen. Seine Möglichkeit auch parlamentarischer Einflußnahme läßt ihn jedenfalls attraktiver erscheinen, als es das rein defensiv agierende ADS sein kann.

Der NHB wächst langsam, aber stetig!

Burkhardt Brinkmann
Pressereferent des NHB



Für Schüler und Studenten wöchentlich

ab 1. März 1969

Frankfurt a. M.–Tel Aviv DM 320,– einfach

mittwochs, donnerstags, samstags

München–Tel Aviv DM 300,– einfach

montags, samstags

Mit planmäßigen Boeing-Jets der El Al

Buchung und Auskünfte

Auslandsstelle

des Deutschen Bundesstudentenringes

53 Bonn, Dietkirchenstraße 30, Telefon 3 10 11

Frankfurter Rundschau die große liberale tageszeitung, die zeitung, die von studentischen lesern bevorzugt wird. warum?

aktuelle information:
eigene korrespondenten und berichterstatter an den wichtigsten punkten des in- und auslands, täglich das weltgeschehen aus erster hand.

gründliche analyse:
leitartikel, glossen und kommentare von journalisten, deren namen über deutschland hinaus klang haben. die „dritte seite" — als gütezeichen für sauberen, engagierten journalismus ein begriff.

mut zur offenheit:
unabhängig von Parteien und interessengruppen, eine zeitung mit eigener Meinung und dem mut, auch heiße eisen anzufassen. ein blatt, das kein blatt vor den mund nimmt.

eine zeitung mit mut — eine zeitung für Sie! bilden Sie sich selbst ein urteil. lesen Sie die FRANKFURTER RUNDSCHAU eine woche lang kostenlos und unverbindlich. gutschein umseitig.

Frankfurter Rundschau

vertriebsabteilung — 6 frankfurt am main 1 — postfach 3685 — telefon 21 99 513

vorzugspreis für studierende

monatlich DM 3,15 als abholabonnement
monatlich DM 3,40 bei postzustellung
monatlich DM 3,80 durch träger

in berlin, bochum-querenburg, bonn, braunschweig, clausthal-zellerfeld, coburg, darmstadt, erlangen, frankfurt, freiburg, gießen, göttingen, hamburg, heidelberg, karlsruhe, kiel, köln, mainz, mannheim, marburg, münchen, münster, nürnberg, stuttgart, tübingen, wehrda und würzburg können studierende die FRANKFURTER RUNDSCHAU bei autorisierten abholstellen erhalten, deren genaue anschriften wir auf wunsch gerne mitteilen.

bau mit
in den sommerlagern des internationalen bauordens

14 tage oder drei wochen
im in- und ausland

auskunft:
bauorden
6520 worms
postfach 770

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn

www.frankfurt-uni68.de